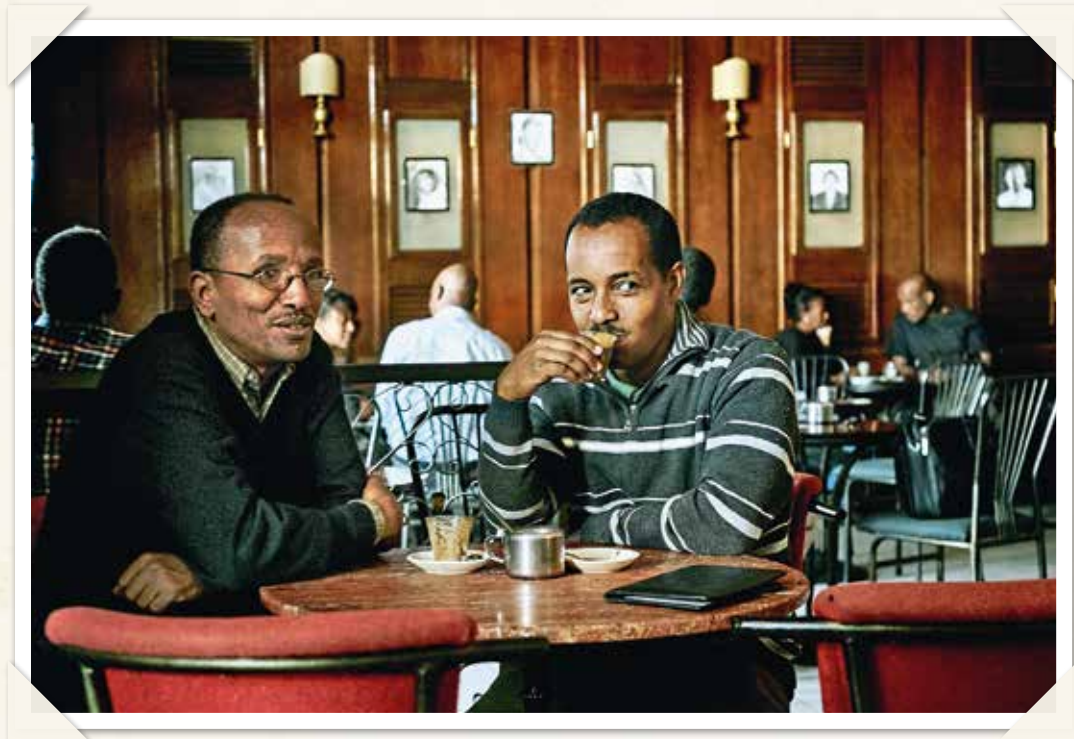


Norman Gobbi, Alvaro Uribe, Johanna Spyri, «Hunger Games»

Nummer 48 – 26. November 2015 – 83. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Eritrea.

Eine Reise. Von Eugen Sorg







PATEK PHILIPPE
GENEVE

Beginnen Sie eine
eigene Tradition.

Eine Patek Philippe gehört einem
nie ganz allein.

Man erfreut sich ein Leben lang an ihr,
aber eigentlich bewahrt man
sie schon für die nächste Generation.



Jahreskalender Ref. 5205G

Patek Philippe Boutique
at

BEYER

Zürich seit 1760 • Uhren & Juwelen
Bahnhofstrasse 31 • 8001 Zürich • Tel: +41 (0)44 888 33 88
beyer-ch.com



spinnen sie ihre
ideen im grünen!

riverside ... das seminar- und eventhotel.

... in der ehemaligen garn-spinnerei letten, wo sich nostalgie und moderne perfekt vereinen, finden sie eine einmalige atmosphäre, um andere menschen zu treffen, miteinander zu kommunizieren und ideen zu spinnen.

direkt am ufer der glatt setzen wir kulinarische akzente, verblüffen sie mit kreativen events und unterstützen sie in der planung und umsetzung von inspirierenden und produktiven momenten für ihre mitarbeiter und kunden.



hotel

seminare

gastronomie

bowling

events



riverside ... alles im grünen bereich.

spinnerei-lettenstrasse
ch-8192 zweidlen-glattfelden

+41 43 500 92 92
www.riverside.ch

Die Schweiz ist zum Haupteinwanderungsland für Eritreer geworden. Fast im Alleingang haben sie für die Zunahme der Asylgesuche in den letzten Jahren gesorgt. Angefangen hat die Wanderung wegen eines



Derber Jux: Baur, Bianchi, Gobbi (v. l.).

Entscheid der Asylrekurskommission im Jahr 2005, laut dem Militärdienstverweigerer in Eritrea als politisch verfolgt einzustufen sind und folglich Asyl erhalten. Doch wie sieht die Realität in Eritrea tatsächlich aus? Unser Reporter Eugen Sorg hat sich auf die Suche gemacht. «Ich bin mit vielen Meinungen und Bildern nach Eritrea geflogen, die sich bei meiner Reise durch das Land allesamt als unzutreffend erwiesen.» Zurückgebracht hat Sorg Geschichten, die ebenso überraschend wie faszinierend zu lesen sind, erzählt mit einem bestechenden Blick für die alltägliche Banalität. Seite 20

Nach einem ausführlichen Interview begleitete *Weltwoche*-Redaktor Alex Baur den Bundesratskandidaten Norman Gobbi zum Fototermin auf das Castelgrande in Bellinzona. Schlosswächter Carlo Bianchi alias Carlino nutzte die Gelegenheit, um dem amtierenden Tessiner Regierungschef zu seiner Nomination zu gratulieren und über den *Blick* zu wettern, der Gobbi in der *Svizzera interna* zu Unrecht als Rassisten diffamiere. Er erinnere sich bestens an den Eishockey-Klassiker Lugano-Ambri, wo vor bald zehn Jahren der ominöse Negerspruch fiel, erklärte Carlino, das Ganze sei nur ein derber Jux gewesen. Zum Beweis zeigte der Schlosswächter auf seine Trainer-

jacke, auf der das Emblem des HC Ambrì-Piotta prangt – er ist dabei gewesen. Seite 44

Die Zürcher in den Stadtkreisen 3 und 4 sehen sich als besonders progressiv und weltoffen. Hier wohnen die Kreativen, hier treffen sich die Trendsetter, hier wählt man aus Überzeugung links. Die angesagtesten Lokale im Quartier tragen neuerdings Namen wie «Dini Mueter», «Huusmaa» oder «Kafi Dihei». Darin sitzen mehrheitlich Männer mit Bärten, die alle Wert legen auf das Individuelle – und die doch zum Verwechseln ähnlich aussehen. Kulturredaktor Rico Bandle wohnt seit vielen Jahren unweit des Ausgehviertels im Kreis 3. Er spricht – in Anlehnung an den bekannten Mundartdichter – von einer zunehmenden «Pedro-Lenzisierung» der Szene. Was sind das für Leute, die im «Huusmaa» oder in der «Stubä» verkehren? Rico Bandle hat sich auf einen Rundgang durch die Schrebergärten der Coolness gemacht. Seite 56

Am 10. Dezember kommt der neue «Heidi»-Film in die Kinos. Mit Bruno Ganz als Alpöhi konnte eine internationale Grösse für die Hauptrolle gewonnen werden, mit einem Budget von 8,5 Millionen Franken handelt es sich für Schweizer Verhältnisse um eine Grossproduktion. Literaturkritikerin Pia Reinacher nahm den Filmstart zum Anlass, sich noch einmal intensiv mit den zwei «Heidi»-Bänden und der Autorin des Weltbestsellers, Johanna Spyri, zu beschäftigen. Spyri, so fand sie heraus, mochte Kinder nicht besonders. Die Schriftstellerin stammte aus der Zürcher Aristokratie, und die Erschaffung des naturnahen Heidi war ihr Weg, aus dem ungeliebten, urbanen Milieu auszuweichen. Seite 70

Ihre Weltwoche

DAS SCHWEIZER PORTAL FÜR HANDWERKERSTELLEN

Mit www.workerjobs.ch die besten Mitarbeiter finden!

stellen-anzeiger.ch GmbH
Technoparkstrasse 1
8005 Zürich
044 440 10 80
www.workerjobs.ch

worker jobs.ch

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich
Die Weltwoche erscheint donnerstags
Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch
Internet: www.weltwoche.ch
Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 298.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch
Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Chefredaktion: Philipp Gut (Stv.), Beat Gygi
Produktionschef: Lukas Egli

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*), Alex Baur, Urs Gehrigler, Wolfgang Koydl, Hubert Mooser, Alex Reichmuth, Markus Schär, Florian Schwab

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Mark van Huisseling, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Tom Kummer, Christoph Landolt, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniela Niederberger, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, Beatrice Schlag (*Los Angeles*), David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Sacha Verna (*New York*), Sami Yousafzai (*Pakistan/Afghanistan*), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Nathan Beck (*Leitung*), Martin Kappler, Lukas Schmid (*Assistent*)

Layout: Daniel Eggspühler (*Leitung*), Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger (*Leitung*), Viola Antunovits, Nadia Ghidoli, Rita Kempster, Sandra Noser, Oliver Schmuki, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Inga-Maj Hojaij-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Sandro Gianini (*Leitung*), Roman Küttel, Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: infoAadextra.ch

Druck: Print Media Corporation, PMC, Oetwil am See

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.



© UBS 2015. Alle Rechte vorbehalten.





Mehr erfahren:
[ubs.com/
advice-ch](http://ubs.com/advice-ch)

Interaktiv

Profitieren Sie von den neuen Funktionen
in UBS e-banking.

UBS Advice

Der Masstab in der Anlageberatung – auch online.
Zum attraktiven Pauschalpreis.

-  Ihre Anlagen werden regelmässig nach Qualitätskriterien überprüft.
-  Bei neuen Risiken oder Abweichungen von Ihrer Strategie werden Sie per SMS oder E-Mail informiert.
-  In UBS e-banking sehen Sie, wo Handlungsbedarf besteht, und erhalten alternative Anlageideen.
-  Gemeinsam mit Ihrem UBS-Berater können Sie Ihr Portfolio wieder optimal ausrichten.

Erfahren Sie jetzt mehr unter
ubs.com/advice-ch

Militär und Terror

Interessante Zusammenhänge. Asyl und Völkerrecht. Ich bin gegen die Fifa, also bin ich.

Von Roger Köppel

Was bedeutet der Terrorismus für die Schweizer Armee? Seit Jahren diskutieren wir über Bedrohungsszenarien und Feinde. Man schwurbelt über Cyber-War und extraterrestrische Gefahren. Kein anderer Bereich des Staates freilich wurde derart heruntergefahren: Unter allen Budgetposten hat nur das Militär real gespart, während alle anderen Ressorts bereits ein vermindertes Wachstum als Kostensenkung verkaufen. Die Streitkräfte sind ein Bruchteil ihres früheren Selbst. Man redet im Parlament über einen Bestand von 100 000 Mann zu rund 5 Milliarden Franken Kosten. Das ist das Ziel der «Weiterentwicklung der Armee (WEA)».

Ein Verdacht: Die jüngste Reform geht in die falsche Richtung. Die Armee wird weggeschrumpft. Selbst die Bürgerlichen sind im Begriff, sich mit einem Sicherheitskonzept zum Billigtarif zufriedenzugeben. Der Terrorismus zeigt: Die alten Tugenden der Armee wären auch heute gefragt: schnelle Mobilisierung, grosse Truppenzahl. Bewachen und Überwachen empfindlicher Infrastrukturen sind bei Terrorgefahr vordringlich. Das angepeilte Rumpf-Heer wird das nicht leisten können.

Die WEA geht noch immer von vergangenen Konfliktformen aus – Armeen kämpfen mit viel Material gegen andere Armeen. Das ist gegen Terroristen und terroristische Organisationen wohl der falsche Ansatz. Die Franzosen werden noch erleben, dass der schwimmende Rosthaufen «Charles de Gaulle» den IS im Wüstensand nicht schrecken wird. Man kann diese Guerilleros kaum in der Feldschlacht besiegen.

Terrorabwehr erfordert für die Schweiz eine kluge neutrale Politik, aber eben auch die Fähigkeit, im Ernstfall das eigene Territorium durch eine gut bewaffnete Milizarmee der schnellen Mobilisierung zu verteidigen. Die beste Armee ist für den Krieg gerüstet, der noch nicht geführt wurde. Das ist die Kunst der Strategie. Die alte Schweizer Armee war ihrer Zeit voraus. Sie bleibt ein Vorbild in vielem.

Noch immer leuchtet nicht ein, weshalb gut-bezahlte Schweizer Bundesanwälte den privaten Sportverein Fifa, dessen Hauptzweck darin besteht, Fussballturniere zu organisieren, seit Monaten mit Verbissenheit auf Staatskosten unter Beschuss nehmen. Selbst wenn einzelne Transaktionen nicht blütenrein gewesen sein sollen: Warum interessiert das die Staatsanwälte



«Der Staat zahlt gut und kündigt fast nie.»

des Bundes? Meines Wissens liegt bis jetzt keine Klage von Fifa-Mitgliedverbänden zum Beispiel gegen Sepp Blatter vor. Im Gegenteil. Der Dauerkritisierte würde wahrscheinlich immer noch mit solider Mehrheit wiedergewählt. Wer also ist der Geschädigte? Gibt es ihn überhaupt? Und wenn ja: Warum hat er sich noch nicht gemeldet? Meine Vermutung: Bundesanwalt Lauber benutzt die Fifa, um zu beweisen, dass es seine chronisch erfolglose, teure und umstrittene Bundesanwaltschaft eben doch braucht. Deshalb hat er in diesem Verfahren ganz unschweizerisch grösstmöglichen Lärm und grösstmögliches Getöse in den Medien verursacht. Man konstruiert sich einen Fall als Daseinsrechtfer-



tigung für die eigene Behörde. «Ich bin gegen die Fifa, also bin ich.»

Der philosophische Grundlagenirrtum unserer Asylpolitik besteht darin, dass unsere Asylverfahren illegale Migranten in asylberechtigte Flüchtlinge verwandeln. Das ist keine Polemik, sondern die Wirklichkeit. Jeder Migrant, der an der Schweizer Grenze Asyl beantragt, ist definitionsgemäss kein Flüchtling, kann es nicht sein. Der von der Schweiz unterschriebene völkerrechtliche Dublin-Vertrag besagt: Wer aus einem sicheren Drittstaat kommt, kann kein Asyl anmelden. Die Schweiz ist von sicheren Drittstaaten umzingelt. Es ist unmöglich, auf dem Landweg Asyl in der Schweiz zu finden. Ich behaupte nicht, dass Dublin vernünftig ist, aber Dublin gilt. Das ist Völkerrecht. Oder besser: wäre es. Tatsache ist: Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga setzt sich mit ihrer Migrationspolitik über das Völkerrecht hinweg, das sie sonst bei jeder Gelegenheit hoch hält. Willkür regiert. Verkehrte Welt: Im Asylbereich ist die SVP, die das Völkerrecht zurückbinden will, einsamste Hüterin des Völkerrechts.

Wer unbedingt Bundesrat werden will, wird kein guter Bundesrat.

Der Versuch, eine harmonische Weltgesellschaft, einen Weltstaat ohne Kriege zu schaffen, scheitert am untherapierbaren Bedürfnis der Menschen, sich in Gruppen gegen andere Gruppen zu stellen. Sie nehmen den Krieg in Kauf, um die Vielfalt zu erhalten. Vielfalt ist die Voraussetzung von Freiheit. Weltstaat heisst: alle Macht nur einem Staat. Wer die Freiheit will, muss die Vielfalt, muss die Möglichkeit von Kriegen ertragen.

Wir brauchen eine neue Diskussion im Finanzbereich. Seit acht Jahren reden wir ausschliesslich von den Risiken. Banken gelten als gefährlich. Die Politik gebietet laufend neue Vorschriften und Verbote. Die Finanzbranche wurde in einen Hundezwinger an Gesetzen gesperrt. Zu bewundern sind Banker, die jeden Tag mit Freude ins Büro gehen. Ja, klar. Natürlich war eine gewisse Regulierung nach der Finanzkrise sinnvoll. Aber wir müssen jetzt aufhören, nur die Risiken zu betrachten. Die bürgerliche Minimehrheit in Bern sollte die Gelegenheit nutzen, um die Wirtschaftlichkeit in den Vordergrund zu rücken. Die Finanzbranche muss helfen. Die Politiker brauchen Argumente, um den Regulierungsrambos zu trotzen. Was eigentlich kosten uns Konsumenten, uns Sparer, Hausbesitzer und Kreditnehmer am Ende die sich schwindlig auftürmenden Gesetze? Gute Regulierung schützt den Kunden und dient der Marktwirtschaft. Regulierung ist schlecht, wenn sie dem Kunden und der Ordnung schadet.



Rekordjagd: «The Hunger Games». Seite 16



«Will mir alles Huusmanne sind»: Seite 56



Gipfeltreffen der Weltverbesserer: Paris. Seite 36



Heilende Gegenwelten: Johanna Spyri. Seite 70

Kommentare & Analysen

- 7 Editorial
- 13 Kommentar Wucherstaat
- 13 Im Auge Jean Tigana
- 14 Sport Federer
- 14 Nahost Entzweite Allianzen
- 15 Bundeshaus Der teuerste Parlamentarier
- 15 Deutsch Ganz einfach
- 16 Kampf um den ewigen Ruhm
Stefan Bachmann über den Erfolg von «The Hunger Games»
- 18 Personenkontrolle Maurer, Schneider-Ammann, Leuthard, Berset, Jositsch, Sommaruga, Girod, Rytz, Glättli, Model, Freysinger, Andereggen
- 19 Nachrufe Helmut Schmidt, Werner Morlang
- 20 Liebe meines Lebens
Besuch in der Heimat, der viele Junge den Rücken kehren
- 28 Die Deutschen Gelbe Karte
- 28 Wirtschaft Historische Fehler
- 31 Ausland Europa verkümmert
- 32 Mörgeli Kriminelle oder Gotteskrieger?
- 32 Bodenmann 82 Jahre nach Globi: der Gobbi
- 33 Medien De Weck, wir haben ein Problem
- 33 Gesellschaft Urlaubspläne
- 34 Darf man das? / Leserbrief

Hintergrund

- 36 Freuden des Untergangs
Heisse Luft an der Klimakonferenz von Paris
- 39 Erderwärmung Falsche Voraussagen
- 40 Der Pariser Jahrmarkt
Klimakonferenz, Tummelplatz der Umverteilungskünstler
- 42 So arbeitet die Regierung
Der Bundesrat und die Debatte über Terror und Sicherheit
- 43 Bundeshaus Ein bewährter Trick
- 44 Botschafter der Urschweiz
Besuch beim Tessiner Bundesratskandidaten Norman Gobbi
- 47 Verlorene Seelen
Der Kampf der CVP gegen die Selbstauflösung
- 50 IS-Filialen in Schaffhausen und Baden
Das Winterthurer Dschihad-Netzwerk zieht weitere Kreise
- 52 Schweiz im Sicherheitscheck
Wer schützt Bürger und Einrichtungen in der Schweiz?
- 55 Migration Mit falschem Pass ins Paradies
- 56 Unter Schwipstern
Das hippe Zürich ist ein urbanes Heidiland geworden
- 59 Islamisierung Still und leise zur Mehrheit
- 60 Amerikas neuer Klassenkampf
Christopher Caldwell über Donald Trumps Aufstieg

Trends zu erkennen
lohnt sich – nicht nur
in der Kunst.



Besuchen Sie uns auf www.zkb.ch/privatebanking

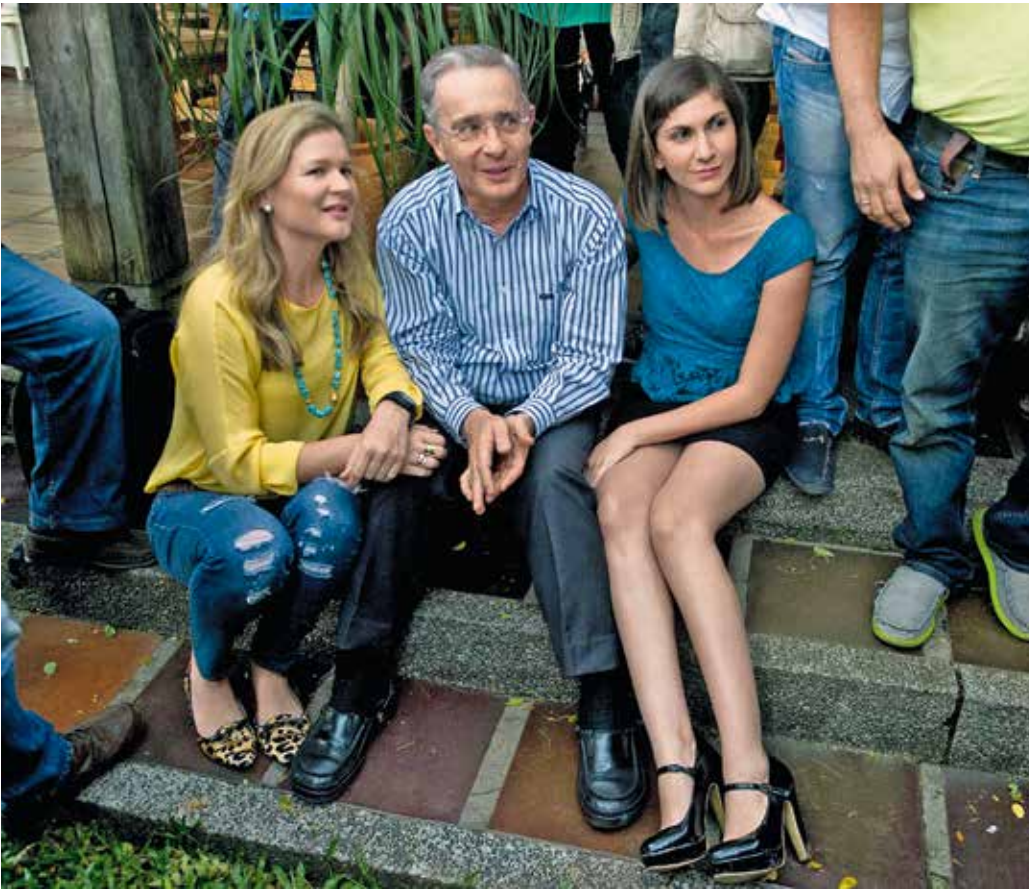
In der Kunst entstehen bleibende Werte aus Innovationskraft und Persönlichkeit. So auch in unserem Private Banking: Wir erarbeiten individuelle Lösungen, die an Wert gewinnen. Sie können sich auf eine persönliche und professionelle Beratung verlassen, die höchsten Qualitätsansprüchen genügt.

Die nahe Bank



Zürcher
Kantonalbank

Aus der Sammlung der Zürcher Kantonalbank
wiedemann/mettler, «cosmic square», 2012. System
verchromt, Rindsleder mit Silberlaminat, gepolstert
© wiedemann/mettler



««Ich kämpfe jeden Tag»: Ex-Präsident Uribe. Seite 64

Interview

64 «Das Teufelchen von Fidel Castro»

Kolumbiens Ex-Präsident Alvaro Uribe ist der erbitterteste Gegner seines Nachfolgers, Juan Manuel Santos. Ein Treffen in Bogotá

Stil & Kultur

68 Stil & Kultur Slow Art

70 Heilende Gegenwelt

Johanna Spyris «Heidi»-Romane als Ausweg

71 Jazz Michael Wollny

74 «Zukleistern unseres Versagens»

James Cuno, Präsident des J. Paul Getty Trust, über die Zerstörung von Kulturgütern

76 Top 10

76 Kino «Bridge of Spies»

78 Namen Naturgewalt

79 Hochzeit Teukie Martin und Sky Minkoff

79 Thiel Erschiessen?

80 Wein Dr. Crusius: Top of the Rock Riesling Nahe 2014

80 Zu Tisch Peter Knogls «Cheval Blanc» in Basel

81 Auto Toyota Avensis 2.0 D-4D Swiss Trend

82 MvH trifft Jérôme Lambert, Montblanc-Manager

Autoren in dieser Ausgabe

Christopher Caldwell



Der amerikanische Journalist und Buchautor führt aus, warum die elitäre Politik der Demokraten und das Thema Einwanderung dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten Donald Trump in die Hände spielen. Seite 60

Stefan Bachmann



Mit neunzehn Jahren feierte der schweizerisch-amerikanische Autor mit seinem Debütroman («Die Seltsamen», 2012) einen Überraschungserfolg. Er analysiert das Erfolgsgeheimnis der millionenfach verkauften und mehrfach verfilmten «Hunger Games». Seite 16

Zum Blättern bitte streicheln.

Mit der sanften Blättertechnik vermittelt das neue E-Paper noch mehr Lesevergnügen.



Available on the App Store ANDROID APP ON Google play

DIE WELTWOCHEN

WELCOME TO MY WORLD



In der Hauptrolle: John Travolta, Filmlegende, Pilot und Aeronautik-Freak. Im Rampenlicht: die mythische North American X-15, ehemalige Geschwindigkeits- und Flughöhenrekordhalterin sowie Wegbereiterin für Weltraumflüge. Produktionsleiter: Breitling, der privilegierte Partner der Aeronautik dank seiner zuverlässigen, präzisen und bahnbrechenden Instrumente – wie der Chronomat, des Pilotenchronografen par excellence. Willkommen in der Welt der Legende, der Spitzenleistung und der Performance.



CHRONOMAT 44

RUCKLI
seit 1898 **goldrichtig**
AM BAHNHOFPLATZ LUZERN



INSTRUMENTS FOR PROFESSIONALS™

Blättern wie im gedruckten Heft.

Mit dem E-Paper lesen Sie die Weltwoche am Bildschirm wie im gedruckten Heft. Und Sie können aus jeder Ausgabe fünf Artikel verschicken oder ablegen. Beachten Sie den Link auf unserer Webseite.

Artikel als PDF verschicken



Wucherstaat

Von Markus Schär — Die Bundesverwaltung beansprucht immer mehr Personal für Aufgaben, die sie sich selber gibt. Das Parlament muss das stoppen, also die Budgets stützen.



Protest auf Vorrat: Staatsangestellte.

Eine «verheerende Sparpolitik» drohe von Seiten des rechtsbürgerlichen Parlaments, das nächste Woche seine Arbeit aufnimmt, zetert das Bundespersonal auf Vorrat. Mit einem Protestmarsch reichten Anfang November 500 Staatsangestellte eine Petition mit 6600 Unterschriften ein, die «Stopp dem Abbau» fordert. Dabei heisst das, ins Deutsch der Steuerzahler übersetzt, «sparen»: Der Staat soll nicht mehr ganz so viel ausgeben. Und «Abbau»: Die Zahl der Bundesangestellten und vor allem ihre Löhne, die besten des Landes, sollen nicht ungebremst weiterwachsen.

Wovon andere nur träumen können

Es kann nicht so weitergehen wie in den letzten acht Jahren, das sieht sogar der Bundesrat ein. Die Ausgaben schnellten in dieser Zeit von 54 auf 67 Milliarden Franken hoch, also um 24 Prozent – dies bei schwächelndem Wirtschaftswachstum und zurückgehender Teuerung. Zum Nachdenken zwang die Regierung aber erst die Tatsache, dass die Einnahmen einbrechen: Im letzten Jahr kamen an direkten Bundessteuern, die zuvor kräftig einschenkten, 2,1 Prozent weniger als erhofft herein, zwei Milliarden weniger als im Vorjahr. Der Bundesrat nahm sich deshalb, immer in seiner Sprachregelung, ein «Sparprogramm» vor: Er kürzt das vorgesehene

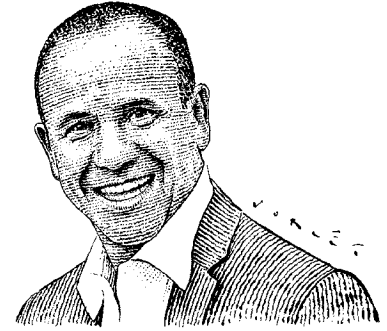
Ausgabenwachstum für die kommenden Jahre im Finanzplan. Zum Sparen im bürgerlichen Sinn – also weniger ausgeben, als herinkommt – sah er vor allem im Voranschlag für das nächste Jahr aber keine Möglichkeit. Dieser rechnet mit Einnahmen von 66,7 Milliarden und Ausgaben von 67,1 Milliarden, also mit einem Defizit von 402 Millionen.

Die Ausgaben für das Personal blähten sich allein seit 2011 um 13 Prozent auf, auf 5,4 Milliarden. Die Bundesverwaltung zahlte im letzten Jahr ihren 34 770 Angestellten einen durchschnittlichen Bruttolohn von 121 110 Franken – den branchenweit höchsten im Land. Auch im nächsten Jahr stellt die Bundesverwaltung weitere 177 gutbezahlte Mitarbeiter ein. Der «Abbau», gegen den das Personal aufbegehrt, zeigt sich darin, dass der Bundesrat keinen Teuerungsausgleich vorsieht (die Teuerung liegt im Minus!) und keine generellen Lohnerhöhungen gewährt. Den individuellen Aufstieg, bisher nur bei ungenügenden Leistungen verweigert, verspricht er dagegen weiterhin – allerdings soll es bei sehr guten Leistungen nur noch drei statt wie bisher fünf Prozent mehr Lohn geben.

Davon konnten die Angestellten in der Privatwirtschaft, die den Staatsapparat aushält, in den letzten Jahren nur träumen. Vor allem seit dem Frankenschock müssen die Unternehmen noch härter rechnen, ihre Ausgaben also zurückfahren, wenn die Einnahmen einbrechen. Ein solches Wirtschaften lässt sich dagegen dem Bund angeblich nicht zumuten: Die Politikbürde der Verwaltung immer mehr Aufgaben auf, klagen deren Sprachrohre bei den Gewerkschaften und im Parlament – der Staat breche zusammen, zetern sie deshalb in den Budgetdebatten, wenn die Räte auch nur eine Stelle etwa im Gleichstellungsbüro streichen, von dem die Öffentlichkeit ohnehin nie etwas hört. Dabei verschweigen sie: Die Bundesverwaltung lässt sich ihre Aufträge via Vorstösse von geneigten Parlamentariern geben. Sie macht Gesetze auf Vorrat wie das Bundesamt für Energie. Oder sie werkelt gar an Projekten ohne Gesetzesgrundlage wie den Kampagnen zur Krankheitsprävention oder der Koordination des Langsamverkehrs.

Hier muss das Parlament aufräumen, indem es Aufgaben streicht oder, besser, Budgets kürzt, damit die Bundesämter ihre Mittel selber effektiver einsetzen müssen. Es braucht dafür keine rechtsbürgerlichen Mehrheiten, bürgerliche genügen.

Der Briefträger



Jean Tigana, der Mann aus Mali.

Aus Mali rauszukommen, ist schwierig, leicht ist es für Terroristen reinzukommen. Es ist ein Binnenland und einer der zehn ärmsten Staaten der Welt, mit einem Pro-Kopf-Einkommen im Streubereich von null und mit einer Geburtenrate von 6,2 Kindern pro Frau. Als Boubou Tigana mit seiner französischen Ehefrau Mauricette nach Frankreich zog, war Mali noch eine Kolonie und der kleine Jean drei Jahre alt. Boubou fand einen Job bei der Post in Toulon, eine Lebensversicherung. Jean wurde ebenfalls Briefträger, in Cassis, einem Hafenstädtchen. Er spielte Fussball in der Freizeitmannschaft der PTT, und mit seinen ausdauernden Postbotenbeinen fiel er einem Talentsucher auf. Da war er schon zwanzig, und aus diesem federleichten Kerlchen, das nie zu kämpfen aufhörte, wurde der Liebling der Nation und ein Grossverdiener bei Lyon, Bordeaux und Marseille. In der Equipe de France, die 1984 Europameister wurde, hielt er dem grossen Star Michel Platini den Rücken frei, Angebote von Barcelona, Juventus Turin und Tottenham schlug er als Patriot aus.

Später setzte er seine Erfolge als Trainer fort. Einer der reichsten Afrikaner, der Ägypter Al-Fayed, holte ihn zum FC Fulham. Der Potentat lud den Trainer jeden Abend zum späten Rapport, aber da er fürchtete, vergiftet zu werden, musste Tigana als Mundschenk den aufputschenden Tee Al-Fayeds schlürfen und fand drei Jahre lang kaum Schlaf. Er trinkt ohnehin lieber Wein. In Bordeaux erwarb er das Château Bibian, schlug es aber wieder los, nachdem seine Tochter im Stadion von Hooligans angegriffen worden war. Mit Platini entzweite er sich, weil dieser das Versprechen brach, ihn bei der Wahl zum Nationalcoach zu unterstützen. Jean Tigana kehrte nach Cassis zurück, wo er jeden Quadratmeter kennt, und kaufte ein neues Weingut, ist aber, mittlerweile sechzig, vor allem als Immobilienmakler unterwegs. Das Auto mit Radarwarngerät ist sein Büro. Aber hauptsächlich sammelt er in Europa medizinisches Gerät und lässt es nach Bamako transportieren, er erledigt das ganz allein, ohne Hilfsapparat, wie ein Briefträger. Peter Hartmann

Federer

Von *Philipp Gut* — Ein leicht wehmütiges Lob auf den Schweizer Tenniskünstler.



In Bewegung gegossene Eleganz: Roger Federer.

Millionen Zuschauer weltweit haben am Sonntagabend das Endspiel der ATP World Tour Finals zwischen Roger Federer und Novak Djokovic gesehen. Ich muss hier etwas persönlich werden: Auch ich habe schon etliche Federer-Spiele am TV verfolgt, aber in der Londoner O2-Arena war ich erstmals live dabei. Am Ende hätte ich Djokovic berühren können, so nah war ich der Weltranglisten-Nummer-eins. Trotzdem blieben die Emotionen im kontrollierbaren Bereich.

Anders bei Roger Federer – und das hat nicht nur damit zu tun, dass dieser Schweizer ist. Das Publikum im 20 000-Seelen-Stadion stand mehrheitlich hinter Federer, was etwas heissen will: Denn Sieger sind sexy, und Novak Djokovic siegt seit Jahren. Unerbittlich. Roger Federer hatte auch dieses Mal keine Chance – trotzdem hinterliess er die tieferen Spuren.

Mehr Souplesse als Djokovic

Die Hymnen auf Federers Stil, seine Souplesse, sind Legion. Ich fand es immer peinlich, wenn erwachsene Männer so ins Schwärmen gerieten. Doch jetzt kann ich es verstehen. Am Fernsehen mag man die einzelnen Schläge präziser vorgeführt bekommen, doch der Blick für das Ganze bleibt eingeschränkt. Von Platz 850 in Reihe U – also von ganz oben – fielen die Unterschiede umso mehr auf. Federer spielte ideenreich und aggressiv, er drückte dem Match den Stempel auf, zur Freude des Publikums. Djokovic wirkte bei all seiner Schnelligkeit irgendwie statisch. Der Serbe gewann, weil er kaum Fehler machte. In Erinnerung bleiben wird das Spiel des unterlegenen Schweizers, die in Bewegung gegossene Eleganz der Marke Federer.

Entzweite Allianzen

Von *Pierre Heumann* — Solange nicht geklärt ist, gegen wen man vorgehen will, ist mit einem raschen Ende des Kriegs in Syrien nicht zu rechnen. Das hat Konsequenzen für Europa.

Im syrischen Bürgerkrieg stellt sich immer leindringlicher die Frage, gegen wen man denn eigentlich vorgehen will. Es gibt zwar eine Allianz zur Beendigung der syrischen Tragödie. Partner sind neben den USA unter anderem Frankreich, Grossbritannien, Saudi-Arabien und Russland. Doch für die einen ist Präsident Baschar al-Assad der Feind, für die anderen ist es der Kalif im Islamischen Staat (IS). Moskau und Teheran wollen an Assad festhalten, Saudi-Arabien betrachtet Assad hingegen als unhaltbar, die USA haben sich noch nicht definitiv entschieden, und die EU traut sich (wie üblich) nicht so recht, gemeinsam eine Position zu beziehen, geschweige denn dieser Nachdruck zu verleihen.

Eine starke Allianz sieht anders aus. Der jüngste Abschluss des russischen Kampffjets durch die Türkei schwächt das informelle Bündnis, das dem syrischen Krieg ein Ende setzen sollte, zusätzlich. Die Türkei ist aus der Sicht Russlands Teil des Problems geworden. Spätestens jetzt ist ein einheitliches Vorgehen in Syrien in weite Ferne gerückt.

Eklatant ist die Kluft zwischen Rhetorik und Aktionen. Die Türkei, die am Aufstieg des IS nicht ganz unschuldig ist, gibt zum Beispiel an, gegen Assad zu kämpfen. Doch ihre Erzfeinde sind weder Assad noch der Islamische Staat, sondern die Kurden, die Autonomie an-

streben, eine Autonomie, die Ankara um jeden Preis verhindern will. Die Türkei hat deshalb kein sonderlich grosses Interesse, gegen den IS vorzugehen. Eine Niederlage des IS würden die Kurden als Sprungbrett für einen eigenen Staat betrachten.

Wohin mit Assad?

Auch Präsident Wladimir Putin behauptet, den Islamischen Staat bekämpfen zu wollen. Aber seine Luftangriffe gelten meistens Assads Gegnern, der syrischen Opposition. Putin will Assads Regime am Leben erhalten, weil es ihm den Ausbau der Militärbasis an der syrischen Küste erlaubt. Bei Frankreichs Präsident François Hollande klaffen Intention und Handlungen ebenfalls weit auseinander. Nach den Terroranschlägen in Paris hat er zwar Flugzeuge in die Region geschickt. Aber die militärischen Kapazitäten seines Landes sind zu begrenzt, um den IS in die Knie zu zwingen.

Der diplomatische Plan zur Lösung der syrischen Wirren, an dem derzeit gearbeitet wird, muss scheitern, solange unklar ist, auf wen er sich stützen soll. Auf die Frage «Wohin mit Assad?» gibt es keine Antwort, auf die sich die wichtigsten Akteure der Allianz einigen können.

Auch die Luftangriffe der Allianz werden nicht zum Ende des IS führen. Eine Armee, die sich im Krieg bloss auf Flugzeuge stützt, hat noch nie einen Krieg gewonnen. Kosovo (1999) ist die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Weder Drohnen noch Kampffjäger sind in der Lage, den Feind aufzugreifen, auszufragen oder gefangenzunehmen. Dazu braucht es Bodentruppen. Doch Amerika und Europa zeigen keine Bereitschaft, in Syrien mit «boots on the ground» präsent zu sein. Nur Russland könnte Ambitionen zeigen, Assad zu helfen. Das würde den Bürgerkrieg allerdings nicht beenden, sondern verlängern.

Deshalb muss sich Europa zu Hause wappnen. Weil der IS durch Luftangriffe unter Druck gesetzt wird, aktiviert er seine Terroristen immer stärker im Ausland – zuletzt in Paris, zuvor in der Türkei oder im Libanon. Wenn der Westen den Krieg gegen den Terror des IS schon nicht gewinnen kann, soll er sich zumindest vor dessen Gräueltaten schützen: mit einer effizienten Kontrolle an den Grenzen, mit einem Ausbau der Geheimdienste, mit einer länderübergreifenden Kooperation der Nachrichtendienste und mit einer Profilierung radikalisierten Bürger.



Eklatante Kluft: russische Jets über Syrien.

Der teuerste Parlamentarier

Von Philipp Gut — Der neue SP-Nationalrat Tim Guldemann wohnt in Berlin. Seine Reisen nach Bern muss der Steuerzahler berappen. Die Flug-Gesellschaften freut's. Man rechne.

Als ehemaliger Diplomat ist sich Tim Guldemann das Reisen gewöhnt. Sein Berufsleben lang wurden ihm seine Reisespesen vergütet – von den Steuerzahlern. Das wird sich auch nicht ändern, wenn Guldemann sein Amt als Nationalrat antritt. Ihm werden nicht nur die Reisekosten innerhalb der Schweiz erstattet, er darf auch die häufigen Hin- und Rückflüge von seinem Wohnsitz Berlin nach Bern in Rechnung stellen.

Wie viel der Steuerzahler für Guldemanns selbstgewähltes Fernleben aufwenden muss, ist der Weisung betreffend Entschädigung der Ratsmitglieder mit Wohnsitz im Ausland vom 13. Mai 2011 zu entnehmen. Der SP-Politiker erhält nicht nur höhere Reiseentschädigungen als andere Parlamentarier; er bekommt auch mehr Entschädigungen für Distanzen, Mahlzeiten und Übernachtungen.

Als Wahlberliner gehört Guldemann gemäss Weisung der geografischen Zone «B) übriges Europa» an. Wie alle Ratsmitglieder erhält er ein SBB-Generalabonnement erster Klasse oder den entsprechenden Betrag. Hinzu kommen die Flugkosten, und zwar für eine «unbeschränkte Anzahl Flüge» in der Economy-Klasse für Sitzungen parlamentarischer Gremien. Guldemann erhält nicht bloss einen Retourflug pro Session, er darf jede Woche einmal gratis zurück nach Berlin fliegen.

Pro Session macht das maximal sechs Flüge. Bei vier ordentlichen Sessions sind das 24 Flüge pro Jahr. Hinzu kommen zwei Flugtickets für die Sondersession. Damit sind wir bei 26 Flügen.

25 000 Franken reine Transportspesen

Noch nicht mitgezählt sind die rund zehn Kommissionssitzungen pro Jahr. Das macht also nochmals zwanzig Flüge. Falls der pensionierte Botschafter in zwei Kommissionen Einsitz nimmt, hat er nochmals Anspruch auf zwanzig weitere Flüge.

Insgesamt könnte Guldemann der Eidgenossenschaft also Rechnung für rund 46 oder gar 66 Flüge stellen.

Nehmen wir für unsere Überschlagsrechnung die kleinere Zahl, mit nur einem Kommissionsmandat. Ein Flug nach Berlin kostet im Schnitt vielleicht 200 Franken (einfache Strecke). Am Wochenende betragen die Preise schnell einmal 500 Franken. Ohne Wochenendflüge käme Guldemann somit auf 9200 Franken. Sind einige Weekend-Flüge dabei, kommen die Flugkosten des Genossen auf über 10 000 Franken zu stehen.



Fernleben: SP-Nationalrat Guldemann.

Als Auslandschweizer profitiert Guldemann von weiteren Privilegien. Er bekommt zusätzlich pro Reise eine sogenannte Distanzentschädigung von 400 Franken (hin und zurück). Wenn wir bei unserem Zahlenbeispiel bleiben, kommen also nochmals 9200 Franken hinzu (23-mal 400 Fr.). Damit verursacht Guldemann reine Reisespesen von rund 25 000 Franken pro Jahr und von 100 000 Franken pro Legislatur.

Anders als die Kollegen darf Auslandschweizer Guldemann aber noch weitere Spesen geltend machen. Wenn er übers Wochenende in der Schweiz bleibt, wird ihm von Freitag bis Sonntag eine Mahlzeiten- und Übernachtungsentschädigung ausgerichtet. Und er darf eine zusätzliche Nacht verrechnen, «falls eine Anreise am Vortag nötig und/oder eine Rückreise am Sitzungstag nicht möglich ist».

Wie der *Beobachter* kürzlich schrieb, verdient ein Nationalrat im Schnitt 139 556 Franken, ein Ständerat gar 155 374 Franken. Mit seinen Reiseentschädigungen dürfte Guldemann beim Totaleinkommen die meisten Ständeräte überholen. Der teuerste Nationalrat der Schweiz verursacht jedoch nicht nur hohe Kosten, auch seine persönliche Ökobilanz wird – nicht unwichtig für einen Sozialdemokraten – beträchtlich sein. Gemäss Myclimate beträgt der Ausstoss für einen einzigen Retourflug von Berlin nach Zürich 0,348 Tonnen CO₂.

Ganz einfach

Von Max Wey — Schlechtes Deutsch ist plötzlich gut. Und Ironie schlecht.

Heute fühle ich mich leicht. Deshalb sage ich etwas zu der Leichten Sprache. Die Leichte Sprache ist für Menschen mit Lernschwierigkeiten. Oder für Menschen, die nicht gut Deutsch können. In Deutschland gibt es das Netzwerk Leichte Sprache. Dieses Netzwerk hat Regeln gemacht. Hier sind einige Regeln: «Schreiben Sie kurze Sätze. Verzichteten Sie auf Fach-Wörter und Fremd-Wörter. Schlecht: Workshop. Gut: Arbeits-Gruppe. Trennen Sie lange Wörter mit einem Binde-Strich. Schlecht: Bundesgleichstellungsgesetz. Gut: Bundes-Gleichstellungs-Gesetz. Vermeiden Sie den Genitiv. Schlecht: Das Haus des Lehrers. Gut: Das Haus von dem Lehrer.»

Ich bin leicht verwirrt. Schlechtes Deutsch ist in Leichter Sprache gut. Wir sollen auch vermeiden: Konjunktiv-Sätze, Passiv-Sätze und Rede-Wendungen. Ironie ist schlecht. Jahres-Zahlen sind schlecht. Deshalb haben wir in der Schule gelernt: Die Schlacht am Morgarten hat um Viertel nach eins stattgefunden.

Hurraki

In Deutschland regiert die Bundes-Kanzlerin Angela Merkel. In dem Netz erklärt sie in Leichter Sprache ihre Aufgaben: «Die Bundes-Kanzlerin bestimmt: So soll Deutschland regiert werden. Das will die Bundes-Regierung machen. Das will die Bundes-Regierung nicht machen.» Das Regieren ist ganz einfach. In der Stadt Zürich hat das Hilfswerk Pro Infirmis ein Büro für Leichte Sprache. In dem Kanton St. Gallen ist das Amt für Soziales. Dieses Amt erklärt in dem Netz in Leichter Sprache ein Gesetz für Menschen mit Behinderung: «Wo die männliche Bezeichnung steht, sind auch die Frauen gemeint.» Das kennen wir von früher. «Wenn sie nicht arbeiten müssen, machen Menschen gerne etwas in ihrer Freizeit.» Das ist wahr. «Alle Menschen werden alt.» Das ist nicht wahr. Viele Menschen sterben jung.

In dem Netz gibt es ein Wörterbuch für Leichte Sprache. Dieses Wörterbuch heisst «Hurraki». Zu dem Wort Nebenwirkung steht dort: «Manche Menschen sind allergisch gegen bestimmte Stoffe. Ist dieser Stoff in der Tablette, ist das die Nebenwirkung.» Manche Leute schreiben Bei-Pack-Zettel. Diese Leute müssen dringend dieses Wörterbuch benutzen.

Manche Leute lieben die Leichte Sprache nicht. Sie sagen: Die Menschen müssen besser Deutsch lernen. Vielleicht haben sie recht. Die Sprache ist leicht. Aber das Leben bleibt schwer.

Kampf um den ewigen Ruhm

Von Stefan Bachmann — In Hollywood hiess es lange, mit weiblichen Action-Helden sei kein Geld zu verdienen. «The Hunger Games» beweisen das Gegenteil: Die Bücher verkaufen sich millionenfach, die Verfilmungen erzielen Rekordergebnisse. Worin liegt das Geheimnis des Erfolgs?

Als ich vor ein paar Jahren mit Christopher Paolini sprach, Autor des Millionensellers «Eragon», fragte ich ihn, was ein erfolgreiches Buch ausmache. «Wunscherfüllung», sagte er, und wenn man die meistverkauften Bücher der letzten zwanzig Jahre anschaut, ob Jugendbuch oder nicht, dann stimmt das fast immer.

Im ersten «Harry Potter»-Band bekommt der Held nicht nur einen Haufen Goldmünzen, sondern auch den besten Hexenbesen im Besenladen, eine Eule, magische Kräfte, tolle Schulfreunde, also so ziemlich alles, was man als Kind auch nicht schlecht finden würde. In «Twilight» (zu Deutsch: «Bis[s] zum Morgenrauen») wird die Heldin Bella Swan, obwohl sie sich selbst als unscheinbar, blass und tollpatschig beschreibt, plötzlich das Objekt der Faszination von einem hundertjährigen Vampir und später von einem Werwolf. (Viele werden sich wahrscheinlich fragen, ob das wirklich eine Wunscherfüllung ist, und doch: Wer möchte nicht von jemandem umworben werden, ohne dass man selber besonders interessant oder reich an Persönlichkeit sein muss? Von den 120 Millionen Lesern der «Twilight»-Bücher vermutlich einige.)

Tricks des Jugendbuch-Genres

Und nun kommt die jüngste Welle – die alle paar Jahre durch die Verlagswelt rollt – zu ihrem Höhepunkt. Der letzte Teil von «The Hunger Games» (auf Deutsch: «Die Tribute von Panem») startet in den Kinos. 65 Millionen Bücher sind schon verkauft. Die Trilogie der US-Schriftstellerin Suzanne Collins hat ein ganzes Sub-Genre hervorgebracht, die *dystopian* Bücher, in denen Jugendliche heldenhaft gegen totalitäre Regime kämpfen.

Äusserlich scheint die Trilogie «The Hunger Games» in ziemlichem Gegensatz dazu zu stehen, was vor ihr erfolgreich gewesen war. Katniss Everdeen, unsere Heldin, hat keine magischen Kräfte, wüsste nicht, was sie mit einem Vampirfreund anfangen sollte, ist kantig und wortkarg. Die Bücher spielen in einer futuristischen Welt namens Panem, in der sich jedes Jahr 24 Jugendliche in einer riesigen geschlossenen Arena bis auf den Tod bekämpfen. Der Kampf wird live im Fernsehen übertragen. Nur eine(r) kann gewinnen, und Katniss muss mitkämpfen, unfreiwillig. Nach Wunscherfüllung hört sich das nicht an. Doch weiss die Autorin Suzanne Collins so zu schreiben, dass es eine wird. Oder zumindest, dass es uns so scheint. Sie weiss die Formeln und Tricks des



Jüngste Welle: «Hunger Games»-Verfilmung mit Jennifer Lawrence alias Katniss.

Jugendbuch-Genres als Werkzeug genau einzusetzen, um ihr Publikum zu fesseln. Und sie hat auch Botschaften, die sie klug darunter mischt. Man kann diese aber auch übersehen und das Ganze einfach als eine weitere unterhaltende, leicht dämmliche Jugendserie abstemeln.

Der interessanteste Punkt

Zu dieser Formel der Jugendliteratur: Es gibt mehrere Elemente, die man in dieser Abteilung der Buchläden immer gerne sieht. Ein Schuss Romantik. Die oben genannte Wunscherfüllung, sei sie materiell oder emotional. Starke, manchmal überzeichnete Gefühle. Vielleicht ein Wettkampf oder zwei. Und neu, seit «The Hunger Games», ein bisschen Brutalität. «The Hunger Games» enthält diese Elemente, und zwar so genau abgemischt und bemessen, als handle es sich um eine chemische Formel. Die Action-Szenen kommen in regelmässigem Takt, die emotionalen Dialoge zwischen den Figuren auch. Die Romanze ist, wie bei «Twilight» auch, gleich ein Liebesdreieck, und die Wunscherfüllung, die Collins einsetzt, um das Ganze – «Kinder, die einander umbringen» – genüsslich zu machen, kommt auch nicht zu kurz: Katniss wird für die Hungerspiele aus ihrem harten Leben in Distrikt 12 direkt ins Kapitol gebracht, eine glitzernde, falsche Welt voll Glamour und ahnungslosen, privilegierten Menschen.

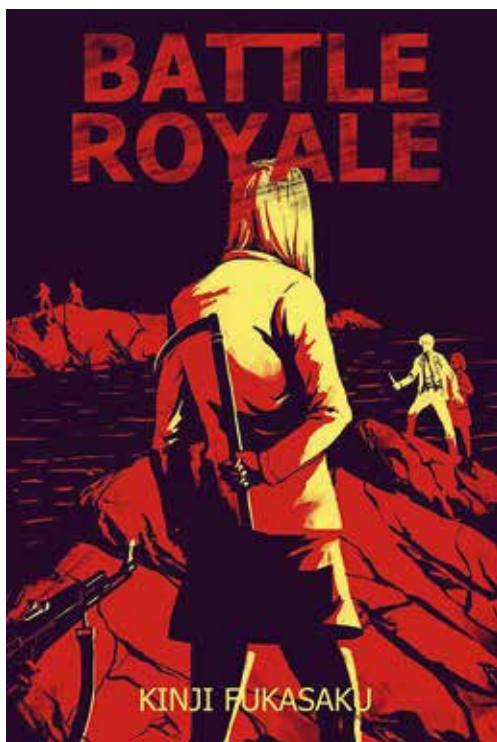
Sie bekommt dort ein Hightech-*makeover*, ist plötzlich nicht nur eine gute Bogenschützin, sondern jetzt auch schön. (Sogar diese altehrwürdige Aschenputtel-Trope macht Collins glaubwürdig: Alle Kandidaten in «The Hunger Games» werden von Anfang an als Stars behandelt, in einer riesigen Talkshow interviewt, kriegen Sponsoren. Und wie auch in unserer Welt verdrängen die Zuschauer komplett, was für Opfer diese Kandidaten für solchen Ruhm bringen müssen.)

Um Originalität geht es hier also nicht. «Battle Royale», ein japanischer Roman von Koushun Takami, handelt auch von einem Todeskampf zwischen Jugendlichen und wurde bereits vor fünfzehn Jahren publiziert. Noch älter ist der Roman «The Running Man» von Stephen King, der mit Arnold Schwarzenegger verfilmt wurde und der sich auch um die Live-Übertragung von tödlichen Kämpfen drehte.

Aber es ist die Art, in der ein Buch geschrieben wird, die es gut oder schlecht macht, und Suzanne Collins weiss die Sympathien für ihre Figuren zu wecken und nur so viel Brutalität zu zeigen, dass der Leser nicht überfordert wird von der Unmenschlichkeit des Szenarios. Es ist schlimm, und doch möchte man irgendwie ein bisschen daran teilnehmen, schön sein, stark sein, kämpfen und gewinnen für den ewigen Ruhm – oder zumindest zuschauen. Und genau hier kommt man zu dem für mich interessantesten Punkt der Buch-Trilogie: Inmitten des ganzen Gewirrs von Spannung und Romantik



Leicht böser Streich: Autorin Collins.



Inhaltliche Ähnlichkeit: «Battle Royale», 2000.

spielt Collins den Lesern einen leicht bösen Streich. Beim Buchlesen und Filmschauen werden wir, die Konsumenten, zu ahnungslos-brutalen Voyeuren. Wir haben bezahlt, um zu sehen, wie Jugendliche einander umbringen, und wollen damit unterhalten werden. Man könnte argumentieren, dass wir dafür bezahlt haben, um zu sehen, wie die Heldin das Ungerechte besiegt – und doch: Wären wir in gleichem Masse interessiert, wenn es keinen Todeskampf gäbe? Hier geht es plötzlich nicht mehr um Wunscherfüllung, sondern um gesellschaftliche Scheinheiligkeit und um die Art und Weise, wie das Publikum durch Medien und Unterhaltung manipuliert wird. Denn Collins macht

einfach das, was Hollywood schon immer gemacht hat und was die Medien tun, wenn ein Krieg vom Zaun gebrochen werden soll: Sie zeigt etwas Schreckliches, packt es spannend, emotional und manchmal auf eindimensionale Art ein, und das Publikum schluckt es blindlings. Wir bestätigen ihre Botschaft.

Es sollte gesagt werden, dass es in den beiden weiteren Büchern der Trilogie überhaupt nicht mehr um Wunscherfüllung geht. Ohne *spoilers* preiszugeben: Nachdem Collins ihr Publikum mit dem Glamour des ersten Bandes fest im Griff hat, führt sie es in «Catching Fire» und «Mockingjay» unerbittlich durch Korruption, Tod und die Konsequenzen von Macht. Es ist keine heile Welt, nicht für Sieger und nicht für Verlierer, und auch Happy Ends sind durch Krieg und Gewalt besudelt.

Sie ist keine Superheldin

Das Young-Adult-Genre (YA) wird oft geschmäht. Immer wieder zirkulieren Artikel auf Twitter, in denen Autoren augenrollend zu lesen bekommen, wie Leute, die wenig über das Genre wissen, ihre Arbeit kommentieren und im Endeffekt für seicht erklären. Über Geschmack lässt sich ja nicht streiten, doch Menschen, die glauben, dass es einfach sei, ein populäres Jugendbuch zu schreiben, müssten es einmal selber ausprobieren. Wieso sollte es nicht genauso viel Können erfordern, etwas zu schreiben, das vielen gefällt, wie etwas «literarisch Wertvolles», das nur ein paar hundert Leute als brilliant erkennen werden, den Rest aber zu sehr langweilt, um mehr als die ersten fünfzig Seiten zu lesen? Ist das eine wirklich besser als das andere? Muss man nicht gar trickreicher vorgehen, um seine Botschaft einem breiteren Publikum weiterzugeben statt nur den paar im eigenen Echozimmer?

Und nun das letzte und fortschrittlichste Phänomen von «Hunger-Games». Katniss ist keine Superheldin. Sie ist stark, weil sie das sein muss, für ihre Familie und ihre Freunde. Sie trifft ihre Entscheidungen selber und trägt auch die Konsequenzen davon. Das ist eine bedeutende und vor allem in Hollywood längst überfällige Entwicklung. Oft wird gesagt, dass Actionfilme und Thriller, deren Handlung von Frauen getragen wird, kein Geld in die Kasse spülen. Mag sein – aber vielleicht ist das so, weil diese viel seltener ins Kino kommen. Die ersten drei Filme von «The Hunger Games» spielten mehr als 2 Milliarden Dollar weltweit ein. Das schaffen ab und zu Batman und Bond, nach über sechzig Jahren im Geschäft. Und nun auch Katniss Everdeen. Und die Welt schaut zu, genau so, wie Collins das wollte.

Stefan Bachmann, 22, schweizerisch-amerikanischer Autor und Musiker, veröffentlichte mit neunzehn Jahren seinen Debütroman «Die Seltamen», erst auf Englisch, dann auf Deutsch. Er landete in den USA damit einen Riesenerfolg, der auch von der *New York Times* vermerkt wurde. Sein letzter Roman, «Die Wedernoch», erscheint in diesen Tagen als Taschenbuch im Diogenes-Verlag. Bachmann lebt in Adliswil ZH.

Personenkontrolle

Maurer, Schneider-Ammann, Leuthard, Berset, Jositsch, Sommaruga, Girod, Rytz, Glättli, Model, Freysinger, Anderegg

Im Bundesrat formiert sich der Widerstand gegen einen SVP-Bundesrat an der Spitze des Finanzdepartementes. Seit Verteidigungsminister **Ueli Maurer** (SVP) gewisse Ambitionen auf einen Wechsel ins Finanzdepartement (EFD) angemeldet hat, werden in rascher Abfolge neue Kandidaten dafür ins Spiel gebracht. Einmal heisst es, Wirtschaftsminister **Johann Schneider-Ammann** (FDP) solle das EFD übernehmen, ein andermal wird **Doris Leuthard** (CVP) vorgeschoben. Zurzeit wird von der Mitte-links-Koalition Sozialminister und Ökonom **Alain Berset** (SP) beknet. Und der Freiburger Bundesrat wäre auch nicht abgeneigt, wie er kürzlich dem Westschweizer Radio RTS anvertraute – auch wenn man dafür die Sozialversicherungen, ein Kernthema der Genossen, einem SVP-Vertreter überlassen müsste. (hmo)

Nach Tagen der Spekulation hat die SVP am vergangenen Freitag ihr definitives Bundesratsticket bestimmt. Nun schlägt die Stunde der Herummäcker. Der eine Kandidat sei zu «jung», der andere bloss ein «Alibi-Romand», der dritte eine «Schande für das Tessin». Auch der frisch und fulminant in die Kleine Kammer gewählte **Daniel Jositsch** (SP) mischt sich in die Kür ein. Zwar verlange die Konkordanz, so der Zürcher Standesvertreter, dass er jemanden von der SVP wähle, aber diese Person müsse nicht zwingend vom offiziellen Ticket stammen. Es gehe nun darum zu schauen, «welches der fähigste Mann, die fähigste Frau aus der SVP» sei. Gegenfrage: Seit wann wählt die Bundesversammlung die fähigsten Vertreter der gegnerischen Parteien in die Regierung? Oder bereitet hier Jositsch schon mal das Terrain für seine eigene, künftige Kandidatur vor? Dass der Zürcher Strafrechtsprofessor sich allemal für geeigneter hält, ein Justizdepartement zu führen, als seine Parteikollegin, die gelernte Klavierspielerin **Simonetta Sommaruga**, dürfte unbestritten sein. (kep)

Die NZZ druckte eine falsche Richtigstellung: «Der grüne Ständeratskandidat **Bastien Girod** legt Wert auf die Feststellung», vermeldete das Blatt am Donnerstag vor dem Wahlsonntag, «dass er die Initiative zur Einführung eines Grundlohns nicht unterstützt.» (Das ist nochmals falsch, denn es geht nicht um einen Grundlohn für eine Leistung, sondern gerade um ein Grundeinkommen ohne Leistung.)



Widerstand: Sozialminister Berset.

Weil Girod das «völlig surreale» Anliegen unterstütze, hatten ihm die Grünliberalen die Empfehlung verweigert. «Die falsche Einschätzung beruhe auf einem Abstimmungsfehler im Nationalrat», schrieb die NZZ. Das Abstimmungsprotokoll zeigt allerdings: Von der Fraktion der Grünen stimmten, bei sechs Enthaltungen, drei Mitglieder für den Mehrheitsantrag (Ablehnung der Initiative), darunter Co-Präsidentin **Regula Rytz** und Fraktionschef **Balthasar Glättli**, vier aber dagegen, das heisst für die Initiative, darunter **Bastien Girod**. Er hat also entweder die Abstimmungsfrage nicht verstanden oder seine Meinung im Wahlkampf verleugnet – er muss sich jetzt nur richtig entscheiden, was peinlicher ist. (sär)

Der Staat verteilt das Geld so freigiebig, dass auch für die Staatskritiker etwas abfällt. Nach achtzig Jahren Nachbarschaft arbeiten die beiden grössten Weinfelder Familienunternehmen erstmals zusammen: die Meyerhans Mühlen und der Verpackungskonzern Model. Meyerhans entwickelte ein neues Verfahren, um aus dem Mehl Stärke zu gewinnen; die Mühle beliefert damit via eine 400 Meter lange Pipeline das Papierwerk von Model. Damit spart Meyerhans jährlich 14 Gigawattstunden Energie, Model, wo die Stärke bisher aus Belgien kam, 800 000 Lastwagen-Kilometer; das Projekt lohnt sich also schnell. Umso schneller, weil es als Beitrag zur Energiewende von der Klimastiftung Schweiz, vom Kanton Thurgau und vom Bundesamt für Energie üppige Förderung bekam. Die Millionen flossen allerdings ausschliesslich an die Mühle. Am anderen Ende der Pipeline kann Konzernchef



Verfestigt: Justizministerin Sommaruga.



«**Fähigster Mann**»: SP-Ständerat Jositsch.

Daniel Model, landesweit als Hardcore-Libertärer bekannt, sein gutes Gewissen pflegen – und sich an der dank Subventionen günstigeren Stärke freuen. (sär)

Bei der Differenz der Löhne von Männern und Frauen liessen sich bisher 8,7 Prozent nicht statistisch erklären: Deshalb schreien die Linksparteien, die Gewerkschaften und die Frauenorganisationen nach einer Lohnpolizei. Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** (SP) gab ihrem Drängen nur allzu gerne nach. Die Justizministerin beantragte ein Gesetz, das Firmen mit mehr als fünfzig Mitarbeitenden zu regelmässigen Lohnkontrollen verpflichtet, und bestellte eine Studie zu den Methoden, wie die Lohnungleichheit gemessen wird. Diese liegt jetzt vor, und sie nennt acht bisher nicht erfasste Kriterien, welche die Lohnunterschiede erklären könnten, davon vier mit hohem oder sehr hohem Potenzial, wie Führungserfahrung, Weiterbildungen oder Sprachkenntnisse. Doch Bundesrätin **Simonetta Sommaruga** zeigt sich in ihrer Ideologie verfestigt: Diese Erklärungen, sagte sie vor den



Dafür: Grünen-Co-Präsidentin Rytz.



Gutes Gewissen: Konzernchef Model.



Poetische Hiebe: SVP-Mann Freysinger.

Medien, brächten «keinen erheblichen Zusatznutzen». (sär)

Der dichtende Walliser Staatsrat Oskar Freysinger (SVP) – ein Dauerärgernis der Walliser Linken und des CVP-Polit-Etablissements –, den seine Kantonalpartei gerne im Bundesrat sähe, wird in einem Büchlein des dichtenden Walliser Historikers Stéphane Anderegg unter dem Titel «Gute Nacht Oskar!» in Deutsch und Französisch und erst noch in Gedichtform durch den Fleischwolf gedreht. Die Verse sind eine bitterböse Abrechnung mit der Politik Freysingers – wie zum Beispiel das Gedicht «EIN Kampf»: «Oskar Freysinger will Europa kippen / das Experiment beenden / die Grenzen schliessen / Die Nation retten. / Er kann nicht atmen in einem Kontinent voller Migranten. / Allein lässt sich der Kampf nicht gewinnen / es braucht den Kreml und die Lega / den Front aus Frankreich / den wilden Wilders.» Was lässt sich dazu sonst noch sagen? Vom Wallis ist man sich einiges gewohnt. Aber Hiebe und Schläge gegen politische Gegner in Form von Poesie, das ist eine neue Entwicklung. (hmo)

Nachruf

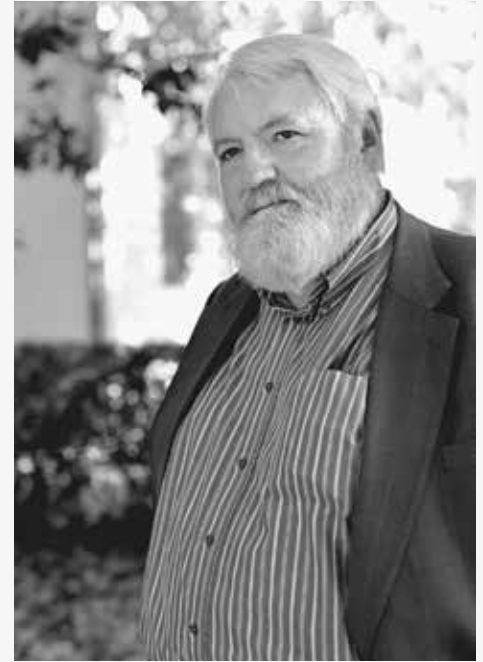


Der Maestro! Schmidt beim Musizieren.

Helmut Schmidt (1918–2015) — Als er dann schliesslich, am 21. Dezember 1981, in der Londoner Abbey Road erschien, fand die grosse Verwandlung statt: Aus Helmut Schmidt, dem Bundeskanzler, wurde Helmut Schmidt – der Maestro! Völlig gelassen sei er da gewesen. Dass er gleichsam im Petersdom der Popmusik Einzug hielt, berührte ihn nicht. Es waren ja auch nicht die Beatles, die ihn beschäftigten, sondern es war Wolfgang Amadeus Mozart. Das dritte Klavier sollte er spielen bei der Aufnahme des F-Dur-Konzerts (KV 242), neben Justus Frantz und Christoph Eschenbach. Eine letzte Prise Schnupftabak habe er genommen – die Aufnahme konnte beginnen.

Die Filmaufnahme des Virtuositentreffens, die die BBC noch am gleichen Abend ausstrahlte, zeigt einen hochkonzentrierten, aber keinesfalls verspannten Pianisten, der mit seinen Kollegen eine tadellose Interpretation des Werks ausführt, die später prompt von Klavierguru Joachim Kaiser ausdrücklich gelobt wurde: Man habe «die Harmonie des Ganzen erfasst». Das fand der Gelobte wohl auch, denn knapp zwei Jahre später gab er sich als Solist in der Zürcher Tonhalle die Ehre. Schmidts Lieblingskomponisten blieben Johann Sebastian Bach und Mozart. Am Ende wünschte er sich Bach als Wegbegleiter und das zarte «Abendlied» von Matthias Claudius in der Vertonung von Johann Abraham Peter Schulz – ein wirklich anrührender Abschied für jemanden, der Politik auch als «Kampfsport» schätzte. «Ohne Musik», hat er einmal gesagt, «wäre mein Leben ganz anders verlaufen.»

Thomas Würdehoff



Philologischer Schwerarbeiter: Werner Morlang.

Werner Morlang (1949–2015) — War er der letzte Stellvertreter Robert Walsers auf Erden? – Zusammen mit Bernhard Echte entzifferte der philologische Schwerarbeiter die «Mikrogramme» aus Walsers «Bleistiftgebiet». Wertvoll für das Verständnis von Walsers Hauptwerken, die Schatzkammer einer Happy Few. Morlang, aus Olten gebürtig, war auch ein leidenschaftlicher Filmfreund. Kino und Literatur waren für seine Generation noch ein Abenteuer. Mit dem Abtreten der Walter Muschgs, Emil Staiigers, Peter von Matts ging die Epoche der Literaturkanoniker an den Hochschulen zu Ende. Kreative Germanisten verzogen sich in die Klausur des Privatgelehrten. In dieser Eigenschaft wurde Morlang Entdecker und Erschliesser. So von Ludwig Hohl und Gerhard Meier, auf dessen Meisterschaft der Solothurner unpathetisch aufmerksam machte. Die *Heimlifeissen* in Literatur und Philosophie hatten es ihm angetan. Zum Beispiel der Aargauer Robert Mächler (1909–1996). Dessen Vermächtnis betreute er bis zu dessen 100. Geburtstag, den er zusammen mit Karlheinz Deschner, Hans Saner, Christoph Bopp und anderen beging. Die leisen Stimmen in der Literatur standen für Morlang im Vordergrund, so die Lyrik und Prosa von Klaus Merz, dessen 70. Geburtstag er knapp noch erlebte. Frei von literarischem Snobismus, war der bärenhafte Hüne Morlang unter unseren Germanisten einer der letzten Meister. Der Träger einiger Literaturpreise erlag nie den Versuchungen der Eitelkeit, aber am 18. November in Zürich einem Krebsleiden. Pirmin Meier

Liebe seines Lebens

Von Eugen Sorg und Helmut Wachter (Bild) — Jeden Monat brechen Tausende junger Eritreer in Richtung Europa auf. Das Land ist geprägt von melancholischen Erinnerungen und einem alten Autokraten.

Ein Spaziergang durch Asmara, die Hauptstadt Eritreas, ist wie ein Traum. Alles ist fremd und doch irgendwie seltsam vertraut. Die Leute bewegen sich schlafwandlerisch langsam, niemand schaut einen an oder scheint einen zu bemerken, und das Licht in der auf 2400 Meter Höhe gelegenen Kapitale ist von einer blendenden alpinen Schärfe. Man nimmt Häuser wahr, die man in dieser Weltgegend nie erwarten würde; Häuser im Stil des italienischen Razionalismo, des Neofuturismus, Art-Déco-Gebäude und Bauhaus-Konstruktionen. Kolonisor Mussolini hatte in den dreissiger Jahren das römische Imperium auferstehen lassen wollen mit Asmara als *piccola Roma*, als kleinem Rom, und er hatte den Architekten freie Hand gelassen. Dank dem megalomanen Italiener und seinen formenverliebten Baukünstlern steht heute auf einem abgelegenen ostafrikanischen Hochplateau eines der grössten architektonischen Ensembles der klassischen Moderne. Die bröckelnden Fassaden und die verblichenen Farben verstärken den Eindruck der Unwirklichkeit, das Gefühl, in eine andere Zeit, in einen alten Film versetzt worden zu sein.

Der Deserteur und die Folgen

Was ist Kulisse, was ist Realität, was ist Täuschung, was ist Fakt? Diese Fragen sollte ich mir in den nächsten Tagen immer wieder stellen. Ich war mit vielen Meinungen und Bildern nach Eritrea geflogen, die sich bei meiner Reise durch das Land allesamt als unzutreffend erwiesen. Ist Eritrea das Nordkorea Afrikas, wie es viele westliche Journalisten und Politiker behaupten? Ist es beherrscht von einem «totalitären Regime», dessen «Ausmass und Umfang nahezu beispiellos» seien, wie es jüngst in einem Bericht der Uno hiess? Sind staatliche Anmassung und Willkür derart unsäglich, dass den Menschen, die nicht zu den wenigen Nutzniessern des Regimes gehören, nur die Flucht übrigbleibt? In diesem Zusammenhang wird immer wieder der für alle obligatorische Nationaldienst erwähnt, eine Art Staatsklaverei, die lebenslang dauern könne und deren Verweigerung mit dem Tode oder mit langer Haft bestraft werde. Bei jedem Gespräch mit Ansässigen, mit Männern, Frauen, Gebildeten oder einfachen Leuten, mit Jungen und Alten, löste sich eine der vorurteilshaften Vorstellungen in nichts auf, öffnete sich ein neuer Aspekt der Wirklichkeit, entstand aber auch eine neue Frage.

Auf das kleine Land am Horn von Afrika ist man in den letzten Jahren aufmerksam geworden, weil von dort ein grosser Teil der Flüchtlinge oder Migranten stammt, die nach Europa kommen. Pro Monat verlassen 2000 bis 5000 meist junge Eritreer ihre Heimat, die genauen Zahlen sind unklar. Die Schweiz ist neben Schweden für sie das Haupteinwanderungsland. Der Grund dafür ist ein Urteil der Asylrekurskommission aus dem Jahre 2005. Ein Eritreer war aus der

«Wenn deine älteren Brüder und deine Freunde weg sind, dann fühlst du dich einsam.»

Armee davongelaufen, lebte danach drei Jahre im benachbarten Sudan, um anschliessend in die Schweiz zu reisen und ein Asylgesuch zu stellen. Er könne nicht mehr in die Heimat zurück, begründete er seinen Antrag, da er als Deserteur und zudem gläubiger Pfingstgemeinde-Anhänger mit dem Tode bedroht werde. Das Gesuch wurde abgelehnt, er legte Rekurs ein und fand schliesslich bei der höchsten Instanz entgegenkommende Richter. Der Grundsatzentscheid der Asylrechtskommission, Desertion als Asylgrund anzuerkennen, sprach sich wahrscheinlich schon am nächsten Tag in Asmara herum, und die Folge war, dass sich immer mehr junge Eritreer in Richtung Schweiz aufmachten. Und alle erzählten sie die gleiche Geschichte von Dienstverweigerung, Verfolgung und Terror, und mancher brachte zur Sicherheit auch eine Bibel zu den Befragungen mit, um sich als frommer Evangelikaler auszuweisen. Lebten 2005 etwa tausend Eritreer in der Schweiz, sind es heute rund 30 000.

Adi Kwala ist ein staubiger Marktflecken südlich der Hauptstadt Asmara. Er liegt an der Strasse, die zur nahegelegenen äthiopischen Grenze führt. Viele der Migranten kommen hier durch. Auf der anderen Seite der Grenze befinden sich Flüchtlingscamps. Sie werden betrieben von äthiopischem Regierungspersonal, aber bezahlt vom Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, dem UNHCR. Diese Camps seien das erste Etappenziel der auswanderungswilligen Eritreer auf dem Weg nach Europa, hatte mir ein Mitarbeiter einer neutralen internationalen Hilfsorganisation in Asmara erzählt. Dort erhielten sie einen Flüchtlingspass, der ihnen erlaube, frei weiterzureisen. Die nächste Station sei der Sudan, dann Libyen, dann Italien. Eine teure, von



Wie in einem alten Film: Stadtcafé in Asmara.

professionellen Menschenschmugglern organisierte Reise. Vielleicht ein Viertel der eritreischen Flüchtlinge seien überdies in Wirklichkeit Äthiopier aus der Provinz Tigray. Sie sprechen dieselbe Sprache und sehen gleich aus wie ihre ethnischen Verwandten aus der Kebesa, dem Hochland Eritreas. Je mehr Flüchtlinge registriert würden, fuhr der Mitarbeiter fort, desto mehr Geld fiesse in die Camps. Niemand wisse jedoch, wie viele Leute



die Grenzen überqueren. Es sei ein Chaos. Sicher sei lediglich, hatte er noch gemeint, dass die Politik des Uno-Flüchtlingshilfswerks mithilfe, eine riesige Schlepperindustrie am Laufen zu halten.

«Eine helle Haut allein genügt nicht»

«Ich kenne viele, die abgehauen sind, auch in die Schweiz», erzählt Efrem, mit dem ich in Adi Kwala ins Gespräch komme. Er ist zwan-

zig und Angestellter im kleinen Hotel am Hauptplatz. «Warum sind sie gegangen?» – «Weil sie mehr Geld verdienen wollen. Und weil die anderen gegangen sind. Wenn deine älteren Brüder und deine Freunde weg sind, dann fühlst du dich einsam und willst auch gehen.» – «Warum bist du noch hier?» – «Viele haben mich gefragt, ob ich mitkommen wolle, aber ich habe abgelehnt. Mein Leben hier ist gut.» Efrem, ein Kopte wie die meisten Hoch-

landbewohner, hat die obligate Schulzeit absolviert, inklusive des zwölften Jahrs im Trainingscamp von Sawa, wo die Jugend neben patriotischem Unterricht auch eine militärische Ausbildung erhält. Weil er bei den Prüfungen durchfiel, konnte er nicht an die Hochschule und wurde in die Armee eingezogen. Man detachierte ihn für Büroarbeiten, und weil es nichts zu tun gab, schickte ihn der Kommandant nach Hause. Das war vor sechs

Monaten. Er werde sich melden, hatte dieser gesagt, wenn etwas los sei, aber bis jetzt hat Efreem noch nichts von ihm gehört. Wann seine Dienstzeit offiziell zu Ende sei? «Das ist nicht an mir zu entscheiden. Sie entscheiden.»

Solange ihn sein Kommandant nicht ruft, kann er im Hotel arbeiten, wo er monatlich 1200 Nakfa verdient, umgerechnet 76 Franken. Das ist ein Durchschnittslohn in einem Land, wo ganz wenige wohlhabend, kaum jemand notleidend, aber die allermeisten arm sind. Tausend Nakfa gibt er seiner Familie, 200 behält er für sich. Er kauft sich damit farbige T-Shirts oder Jeans oder Turnschuhe, unverzichtbare Dinge eben. Und er hat Pläne. In fünf Jahren will er heiraten und drei Kinder machen, und später einmal möchte er ein Hotel in Asmara bauen. «Wie soll die Frau sein?» – «Hellhäutig.» – «Und wenn sie dumm ist?» – «Gut, eine helle Haut allein genügt nicht. Sie muss auch rechnen und kochen können.»

Genauere Vorstellungen hat auch Machmud. Der 27-Jährige arbeitet im Rahmen des Nationaldienstes bei der staatlichen Busgesellschaft. Er ist verheiratet und hat ein Kind. «Nur ein Kind?», frage ich, worauf er mich anschaut, als hätte er es mit einem hoffnungslosen Hinterwäldler zu tun. «Hast du schon etwas von Familienplanung gehört?», fragt er zurück. «Ich habe 2013 geheiratet, und ich will fünf Kinder. Aber nur alle drei Jahre eines.» Selber habe er elf oder zwölf Geschwister. Schnell zählt er alle ihre Namen auf. Er kommt auf zwölf, und er ist der Älteste. Eine Schwester und ein Bruder sind in den Sudan gereist, nicht als Flüchtlinge in ein Camp, wie er betont, sondern um dort zu arbeiten. Ein weiterer Bruder, 21-jährig, lebt seit kurzem in der Schweiz. Der Trip via äthiopisches Camp, Sudan, Libyen übers Mittelmeer dauerte ein Jahr.

«Warum verliess er sein Land?» – «Er hoffte auf einen besseren Job.» – «Wusste er, wie gefährlich die Reise werden könnte?» – «Ja.» – «Warum ging er das Risiko trotzdem ein?» – «Viele von hier haben es schon geschafft. Er dachte, er schaffe es auch.» – «Was macht er in der Schweiz?» – «Er lernt die Sprache.» – «Wie geht es ihm?» – «Den Eltern sagt er, es gehe ihm gut. Den Freunden sagt er, es sei schwierig. Er vermisse die Freunde und die Familie.» – «Schickt er Geld nach Hause?» – «Das weiss ich nicht.» Machmuds Lohn inklusive Zulagen beträgt 2000 Nakfa, etwa 126 Franken. Daneben betreibt er zusammen mit seiner Frau einen kleinen Schuhladen und eine Schneiderei. Er habe gehört, dass die Schweiz schön und friedlich und reich sei. Er würde trotzdem nie weggehen, behauptet er. Er liebe seine Heimat.

Efreem und Machmud hatten, ohne zu zögern, in das Gespräch eingewilligt, und die Unterhaltungen waren entspannt verlaufen, obwohl wir in einem Café sassen und andere Leute uns zuhörten. Zudem war klar, dass



Ein «Klima der Angst» fühlt sich anders an: Nonne und Jugendliche in Asmara.

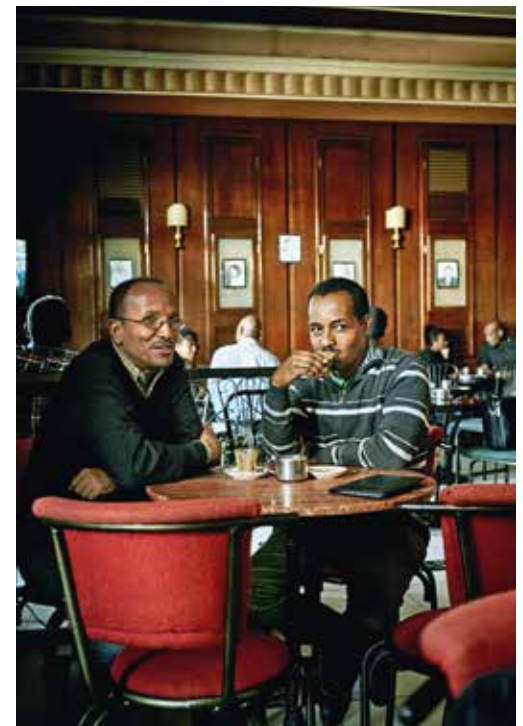
Worku, meine eritreische Übersetzerin, mit der Regierung zu tun hatte. Ausländer reisen kaum ohne offizielle Begleitung im Lande herum, und die etwas über sechzigjährige Worku war mit ihrem westlich-sportlichen Outfit sofort als Vertreterin jener Generation von Gue-

«Bei uns gab es den Feminismus und die Hippies und die Befreiungsbewegung.»

rilla-Kämpfern zu erkennen, die in Asmara vor 25 Jahren die Macht erobert hatten. Doch Efreem und Machmud empfanden offensichtlich keine Furcht dabei, zu reden, genau wie die vielen anderen ihrer Landsleute, die ich noch kennenlernen sollte.

Hot Pants und wilde Afrofrisuren

Etwas ausserhalb von Adi Kwala befindet sich ein italienisches Heldendenkmal. Ein Obelisk ragt gegen den Himmel, bewacht von Marmorlöwen, verziert mit faschistischen Rutenbündeln und versehen mit pathetischen Schwüren wie: «O Italien, für dich opferten wir heiter unsere Seelen dem schwarzen Schicksal». Mussolini hatte es erbauen lassen in Erinnerung an die Gefallenen der Schlacht von Adua im Jahre 1896. Eine italienische Truppe von 19 000 Soldaten war von einer 100 000 Mann starken Armee des abessinischen Königs Menelik II. gedemütigt und vernichtend geschlagen worden. Sechstausend Italiener und Askari, eritreische Kolonialsoldaten, fielen an einem Tag. Den überlebenden Eritreern hackten die Sieger den rechten Arm und das linke Bein ab, auf dass sie sich nie mehr für den weissen Mann verdingen konnten.



Land im Wartemodus: Kaffeehaus.

Der Denkmalaufseher, ein spindeldürrer älterer Mann, öffnet für uns das *ossario*, das Knochenhaus, ein Kellergewölbe unterhalb des Obeliskens. Die Gebeine der Offiziere ruhen in Einzelgruften, diejenigen der einfachen Soldaten in Massengrabkammern. Der Aufseher hat nicht viel zu tun. Der letzte Eintrag im Besucherbuch wurde vor drei Monaten geschrieben: «Nie vergessen wir dieses Land. Wir kehren zurück. Dicker Kuss: Thea Mozzani.» Schon sein Vater sei hier Aufseher gewesen, erzählt er, und sein Sohn stehe bereit, falls er nicht vorher weggehe. Dann führt er uns wieder nach draussen. Das Denkmal liegt direkt



«Piccola Roma»: Tankstelle von 1938.

passiert, wenn sie erwischt werden?» Er zuckt mit den Schultern. «Dann versuchen sie es ein nächstes Mal.»

Worku sieht das Monument zum ersten Mal und ist begeistert. «Dieser Stil, wie majestätisch, ich bewundere das. Die Italiener machten auch schlechte Dinge, aber sie brachten uns Infrastruktur.» Dann wird sie nachdenklich. Alle Jungen wollten weg, meint sie, ein richtiger Trend, das sei schlimm. Denn man brauche sie für den Aufbau des Landes, für die Schulen, Spitäler, den Strassenbau. Und wer nicht wegwolle, werde religiös und fanatisch und renne in die Kirchen und Moscheen. «Meine Generation war anders», bilanziert sie, und die kleine, agile Frau wirkt plötzlich müde, «bei uns gab es den Feminismus und die Hippies und die Befreiungsbewegung. Schon Kinder und Jugendliche wollten sich dieser anschliessen.» In Cafés oder Amtsräumen in Asmara sieht man ab und zu noch Gemälde und Fotos aus der heroischen Zeit des Unabhängigkeitskrieges. Sie zeigen junge Frauen und Männer in knappen Hot Pants und mit wilden Afrofrisuren. Einzig die

stellt, und an den Universitäten studierte der akademische Nachwuchs Theorien, die lehrten, wie man die verderbte kapitalistische Welt niederreißen und eine neue, gerechte schaffen könne. Da die Arbeiterklasse aber keinerlei Neigungen zeigte, auf ein eigenes Auto und die Segnungen eines vielleicht etwas langweiligen, aber friedlichen Lebens zu verzichten, mussten sich die Jungrebelln nach einem

«Die Italiener machten auch schlechte Dinge, aber sie brachten uns Infrastruktur.»

neuen revolutionären Subjekt umsehen. Sie fanden es in den Aufstandsbewegungen der Dritten Welt. Den «kämpfenden Völkern des Trikont» schien zu gelingen, was zu Hause nicht klappen wollte: die Weltrevolution, die Sprengung aller Ketten.

Es wurden Kontakte geknüpft, und man einigte sich auf eine Arbeitsteilung. Die Novizen aus Berlin, London, Basel überliessen das Schiessen den Guerilleros und widmeten sich stattdessen in ihrer Heimat dem Sammeln von Spenden und der Propaganda für die Kampforganisationen. Das erhebende Gefühl, im Krafraum der Geschichte angekommen zu sein, durchströmte die wortgläubigen Studenten. Sie wähten sich als Zeugen der Zukunft. In der Eritreischen Volksbefreiungsfront (EPLF) zum Beispiel, einer maoistischen Guerilla, kämpften junge Männer und Frauen gleichberechtigt Seite an Seite, teilten selbstlos das wenige, das sie besaßen, feierten zusammen und starben für den anderen. Der bewaffnete Kampf gebar den neuen, schönen, sozialistischen Menschen. Paul Parin, der Zürcher Gralshüter einer linken Psychoanalyse, deutete noch 1990 auktorial: «Die EPLF hat entscheidende Schritte zu einer wirklichen Revolution getan.»

«Doctor Tonis» grosse Liebe

Das Revolutionsdelirium verdampfte mit den Jahren wieder. Eine Befreiungsbewegung nach der anderen entpuppte sich als brutales Kampfvehikel skrupelloser Machtstrategen. Zur Ausnüchterung trug auch die Schwerkraft des Alltags bei. Die Studenten wurden erwachsen, ergriffen einen Beruf, gründeten Familien. Die Zeit als Drittweltaktivist verwandelte sich in eine melancholische Erinnerung an die verwegenen Jugendjahre. Nur ganz wenige blieben ihrer Vergangenheit treu. Einer davon ist der gebürtige Oberwalliser Toni Locher, Frauenarzt in Wettingen und heutiger Schweizer Honorarkonsul von Eritrea.

Seit seinem ersten Besuch vor vier Jahrzehnten reist er zwei- bis dreimal jährlich in das ostafrikanische Land. Eritrea ist zur zweiten Heimat, zur Liebe seines Lebens geworden. Eine schwierige Liebe, denn das Land wird inter-



Melancholische Erinnerungen: Alte in Keren.

am Rande der Kebesa, des Hochlandes, das hier unvermittelt abbricht und einen atemberaubenden Ausblick wie aus einem Cockpit freigibt. Am Horizont schweben die blauen Berge Äthiopiens, gigantische, uneinnehmbare Felsburgen, an deren Sockel das Gemetzel von Adua stattgefunden hatte. Und direkt unter unseren Füßen, einige hundert Meter tiefer, erstreckt sich eine flimmernde Ebene, an deren Ende Äthiopien beginnt. Der Aufseher zeigt mit dem Finger darauf. Über diese Ebene, sagt er, verliessen die Jungen das Land. «Auf der rechten Seite werden sie eher erwischt. Die linke, hügelige Passage ist sicherer.» – «Und was

geschulterten Kalaschnikows unterscheiden sie von Besuchern des Rockfestivals von Woodstock.

Lange hatte sich in der nördlichen Hemisphäre niemand für die Geschehnisse in den Bergen irgendwo in Ostafrika interessiert, wo seit 1961 eine kleine Guerilla-Truppe gegen das übermächtige Äthiopien für einen eigenen eritreischen Staat kämpfte. Das änderte sich erst nach einer unerwarteten Kapriole des Geschichtsverlaufes. Ausgerechnet in den freien und reichen Ländern des Westens entbrannte eine Revolte der Jugend gegen ihre Gesellschaft. Mit anarchischem Furor wurden Staat, Eigentum, Ordnung an sich in Frage ge-

national angeprangert. Die vielen falschen Vorwürfe, Eritreer würden Hunger leiden, als Sklaven gehalten, tun ihm weh. Aber noch stärker schmerzen die Vorwürfe, von denen er weiss, dass sie stimmen. Eritrea ist eine Autokratie, es gibt keine freien Medien, keine politischen Parteien, und Kritiker des Präsidenten sind ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen verschwunden. Locher, den in Eritrea alle «Doktor Toni» nennen, räumt Mängel ein, aber relativiert sie gleichzeitig. Nicht das Regime sei schlecht, sondern die Umstände seien es. Manchmal erinnert er an einen Mann, dessen Frau ihn mit einem anderen betrügt. Das ganze Dorf weiss es, nur der verliebte Ehemann will es nicht wahrhaben.

Dauerbedrohung durch Äthiopien

Locher ist zur gleichen Zeit in Eritrea wie ich. An einem Morgen begleite ich ihn auf einer dreitägigen Reise in die westliche Tiefebene Eritreas. Ausserhalb Asmaras breitet sich das Hochland aus, eine pastorale, berückend schöne Landschaft, ein grüngoldener Teppich aus Getreidefeldern, Wiesen, Eukalyptuswäldern. Dazwischen unzählige kleine Teiche und Stauseen, an denen sich Vögel versammeln. «Früher war es hier weitgehend kahl», erklärt Locher, «aber die Regierung hat bewässert und angepflanzt.» Leise Genugtuung klingt mit. Nach etwa zwei Stunden Fahrt fällt das Hochland ab. Die Strasse schmiegt sich Abgründen entlang, windet sich in scharfen Kehren talwärts, führt durch spektakuläre Felslandschaften, mündet schliesslich in das Tiefland, eine hitzefirrende Savanne, die sich bis an die Grenze zum Sudan hinzieht. Ab und zu sieht man ein armseliges Dorf oder Wanderhirten mit ihren Kamel- und Ziegenherden. Ansonsten wirkt die Ebene weitgehend menschenleer.

Auf der ganzen Reise kommen wir an Projekten des Schweizerischen Unterstützungskomitees für Eritrea vorbei, dessen Mitbegründer und Seele Locher ist – ein Wasserreservoir an einem Bergabhang, das mehrere Dörfer mit Wasser versorgt, ein kleines Staudammecken, um Dürreperioden zu überstehen. Wir besuchen eine Schule für Gehörlose, einen Kindergarten und lernen ein Frauenprojekt, das gegen weibliche Genitalverstümmelung kämpft, kennen. Wir überreichen 300 von einem Schweizer Optiker gestiftete Brillengestelle an die Augenklinik «Lichtblick», machen eine Kurzvisite in einem Weingut mit angeschlossener agrotechnischer Hochschule, das von einem jungen eritreischen Priester geführt wird und wo Doktor Toni den Studienbesuch eines interessierten Tessiner Winzers ankündigt. Locher erzählt von hundert Eseln, die man Dorffrauen gespendet habe, von Recycling-Velos für Kriegsversehrte, von einem Haus in einem Dorf, das man mit Stromgenerator und Kühlschranks ausgerüstet hat, um einen Junglehrer für eine Mädchenschule zu finden, das aber immer noch



Jeder bekommt eine freie Ausbildung: Basarstrasse in Keren.

leerstehe, weil sich bis jetzt keiner gefunden hat, der in das abgelegene Nest ziehen wollte.

Wie eine wärmende Lichterkette des Humanitarismus reiht sich Projekt an Projekt. Locher hat noch nie einen Rappen für sein jahrzehntelanges Engagement bezogen. Sein Lohn sind die strahlenden Gesichter der Beschenkten, das herzliche «Thank you, doctor Toni», die Befriedigung, über die kalte Welt des Geldes doch noch einen kleinen Sieg errungen zu haben. Ein pragmatischer Restposten der kommunistischen Utopie von der Menschheitsverbrüderung hat im Frauenarzt mit der sanften, melodischen Stimme überlebt.

«Wenn sie auf Facebook schreiben, wie viel sie verdienen, braucht es eine robuste Vaterlandsliebe.»

Auf der Rückfahrt übernachteten wir in Keren, einer orientalischen Kleinstadt im Landesinnern. Am Abend lassen wir uns in der Halle unseres Hotels auf einen Drink nieder. An der Réception, hinter der Bar und im Speisesaal arbeiten junge Frauen. Sie haben nicht viel zu tun, Gäste sind selten. Wir plaudern ein wenig, und sie erzählen, dass sie hier ihren Nationaldienst leisten. «Für wie lange?», frage ich. «Das ist unklar», antwortet eines der Mädchen. «Und was machst du nachher?» – «Heiraten.» Sie fragt zurück, woher ich käme, und als ich «Schweiz» sage, meint sie lachend: «Ah, gut, da kommen wir auch hin.» – «Welcome», sage ich, und sie antwortet: «Aber wie? Wir verdienen 700 Nakfa. Das reicht gerade für den täglichen Transport vom Hotel nach Hause zur Familie.»

«Doctor Toni», ruft plötzlich ein Mann und steuert auf Locher zu. Dieser steht auf, und die beiden stossen die rechten Schultern gegeneinander, senken den Kopf hinter den Kopf des anderen und drücken sich gleichzeitig die Hände – es ist der Gruss der alten Kämpfer. Der andere ist einer von den vielen Freunden Lochers, und sie haben sich schon länger nicht mehr gesehen. Der Neuankömmling heisst Zerigabir, ein gepflegter, zurückhaltender Mittdreissiger, der als Chefindenieur für die Bewässerungssysteme der Provinz verantwortlich ist.

Locher freut sich sehr, ihn hier zu sehen. Beim letzten Treffen hatte Zerigabir noch mit dem Gedanken gespielt, aus Eritrea wegzugehen. Achtzig Prozent seiner alten Studienkollegen hätten das Land verlassen, erzählt er, und arbeiteten im Südsudan, in Ruanda, Angola, in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Dieser Brain-drain sei schlimm für das Land. Aber wenn sie auf Facebook schreiben, wie viel sie verdienen, braucht es eine robuste Vaterlandsliebe, um nicht ebenfalls gleich den Koffer zu packen. Sein Ingenieursjob ist Teil des Nationaldienstes, der Lohn beträgt 1700 Nakfa. Würde er in der Schweiz Asyl beantragen, weiss er, bekäme er monatlich über 900 Franken Flüchtlingsgeld. Überwiese er nur 100 Franken davon nach Hause, ergäbe dies auf dem Schwarzmarkt 4000 bis 5000 Nakfa, mehr als das Doppelte seines Salärs. Die Regierung müsse die Löhne erhöhen, findet er, sonst liefen noch mehr Leute davon. Und Europa solle die sogenannten Flüchtlinge aus Eritrea zurückschicken. Es passiere ihnen nichts. Viele kämen, um die Frau zu heiraten, die von der Familie für sie ausgesucht worden sei. Danach verliessen sie das Land wieder, ohne behelligt worden zu sein. >>>



NOTENSTEIN LA ROCHE

PRIVATBANK

Das neue Urgestein.

Notenstein La Roche – gebündelte Expertise auf dem Fundament jahrhundertelanger Erfahrung. Mit dem Zusammenschluss der Notenstein Privatbank und der Bank La Roche vereinen sich zwei traditionsreiche Schweizer Privatbanken mit Ursprung im 18. Jahrhundert. Wir sind Bewährtem verpflichtet und denken vorausschauend, um Ihr Vermögen zu schützen.

www.notenstein-laroche.ch



Berückend schöne Landschaft: Hochland von Eritrea.

Abgesehen vom zu niedrigen Lohn verteidigt Zerigabir den Nationaldienst, der ursprünglich nach achtzehn Monaten hätte beendet sein sollen, aber nun je nach Ministerium oft viel länger dauert. «Wir leben unter einer Dauerbedrohung durch Äthiopien», sagt er. «Es akzeptiert unsere Grenzen nicht. Unsere Armee muss bereit sein.» «Viele meinen», erwidere ich, «der Streit mit Äthiopien sei ein Vorwand des Präsidenten, um weiter uneingeschränkt herrschen zu können. Warum soll mehr Freiheit nicht möglich sein, auch wenn man von aussen bedroht wird? Israel zum Beispiel macht es seit bald siebzig Jahren vor.» – «Israel hat ein hohes Bildungsniveau und ist wohlhabend. Das macht Demokratie erst möglich. Eritrea ist anders, elementarer. Gäbe es mehrere Parteien, bräche das Chaos aus. Wir dulden zum Beispiel keinen islamischen Extremismus. Schau zu unseren Nachbarn: Somalia, Sudan, Jemen – überall Aufruhr und Bürgerkrieg. Unser erstes Ziel ist Stabilität. Nur so können wir wirtschaftlich prosperieren.»

Zerigabir hofft, dass der Aufschwung bald kommt. Die Zara-Goldmine, ein Joint-Venture-Unternehmen mit China, beginnt in diesen Tagen mit der Produktion, und in der Danakil-Wüste am Roten Meer liegen gigantische ungeborgene Pottasche-Vorräte. Er selber träumt von einem Internet-Zentrum, das er in unserem Hotel aufbauen möchte. Die Regierung erlaubt zwar keine privaten Medien, doch das Internet ist frei zugänglich.

Es rennen auch Vierzehnjährige davon

Nur wenige Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit hatte Eritrea mit Äthiopien einen Krieg um ein verschlafenes Grenzkauf geführt.

Er dauerte von 1998 bis 2000, kostete 19 000 Eritreer das Leben und war eine wirtschaftliche und politische Katastrophe für das junge Land. Fragen kamen auf, ob Isaias Afewerki, der starke Mann der Regierung, alles richtig gemacht hatte. War der begabte, vergötterte Leader des Befreiungskampfes auch für den Frieden geeignet? Fünfzehn Persönlichkeiten aus dem inneren Kreis der Macht, «G 15» genannt, verfassten einen offenen Brief. Sie forderten Afewerki auf, die Verfassung zu anerkennen und einen «demokratischen Dialog» mit dem Volk aufzunehmen. Ein paar Monate später, am 18. September 2001, gab Afewerki Antwort. Er liess die

«Du vergisst deine Tasche in einem Lokal, und sie ist am anderen Morgen noch dort.»

Briefunterzeichner verhaften. «Das sind keine Politiker», erklärte er einem BBC-Reporter, «sondern Leute, die ihr Land in schwierigen Zeiten verraten haben.» Bis auf vier, die gerade im Ausland waren, verschwanden alle in Geheimgefängnissen, und man hat bis heute nichts mehr von ihnen gehört.

Berhane hat die Verschwundenen gekannt. Ich treffe ihn in einem Café in Asmara. Er spricht sechs Sprachen, ist Schriftsteller, hat in Europa und in den USA gelebt. Seinem klugen, etwas melancholischen Gesicht sieht man die siebzig Jahre nicht an. Berhane heisst in Wirklichkeit anders. Würde er mit seinem richtigen Namen in einer europäischen Zeitung zitiert, hatte er gemeint, wüsste dies zwei Tage später die Regierung. Und je nachdem, sagt er lachend, würde man ihn dann als Landesverräter bezeichnen. Er

habe schon genug Sorgen. Mit den Kindern, den Enkelkindern. Wieder lacht er.

«Ist Eritrea ein zweites Nordkorea?», frage ich. «Nein, auch kein zweites Kuba. Eritrea ist wie kein anderes Land.» – «Warum laufen die Jungen davon?» – «Es ist verrückt. Das Land ist sicher, es gibt kaum Kriminalität, du vergisst deine Tasche in einem Lokal, und sie ist am anderen Morgen noch dort, die Leute sind ehrlich, jeder junge Mensch bekommt eine freie Ausbildung – all das ist nicht selbstverständlich in Afrika. Gut, die Inflation frisst den Lohn weg, und der Nationaldienst müsste beschränkt werden, damit die Jungen ihr Leben planen können. Aber es rennen auch Vierzehnjährige davon, die ein gutes Leben haben und nicht in den Dienst müssen, oder etwa diese 22-jährige Frau, die ich neulich traf. Sie war demobilisiert worden, weil sie das einzige Kind ihres Vaters war. Trotzdem wollte sie weg.»

Was wichtiger sei, frage ich ihn, Stabilität oder Freiheit. Ohne Stabilität gebe es keine Freiheit, meint er, aber ohne Freiheit sei Stabilität ein Gefängnis. «Ist diese Regierung fähig, mehr Freiheit zuzulassen?» – «Der Präsident und seine Minister waren Guerilla-Krieger und Marxisten und sind es wahrscheinlich immer noch. Sie machen, was sie immer gemacht haben: Befehle erteilen, Kommandos geben. Das ist einfacher als aus der Realität lernen.» Er wirkt erstaunlich gelassen angesichts der Tatsache, dass das Regime einige der besten Köpfe abservieren liess, darunter auch gute Freunde von ihm, und damit auch alle übrigen potenziellen Reformer kaltstellte, Persönlichkeiten, Intellektuelle, die das Land für den Aufbau dringend brauchen würde. Es muss erniedrigend sein, dazu zu schweigen.

«Was kann ich machen», meint Berhane, «weshalb sollte ich bitter werden?» Und fügt nach kurzem Nachdenken hinzu: «Man muss Wutkontrolle betreiben, *anger management*, und sich um die Familie kümmern. Diese ist das Wichtigste.» Die momentane Situation sei eine Phase, fuhr er fort, die jedes afrikanische Land durchlaufe und die wieder vorübergehe. Falsch sei es jedoch, ein westliches System importieren zu wollen. Man müsse in Afrika wie überall den eigenen Weg finden. Und sobald sich die Wirtschaft erhole, gebe es wieder weniger *runaways*, jugendliche Ausreisler.

Er redete wie andere urbane Eritreäer, die ich kennengelernt hatte, Gebildete, Angehörige der dünnen Mittelschicht. Sie hatten die Geduld, die Zähigkeit, die Ausdauer ihrer Landsleute gelobt. Und plötzlich glaubte ich die Langsamkeit, das Traumwandlerische und Unwirkliche, den Leerlauf und das aus der Zeit Gefallene, welches ich in diesen Tagen oft empfunden hatte, etwas besser zu verstehen. Die stoische Schicksalsergebenheit Berhanes und der anderen *Asmarinos* ist Ausdruck eines Landes im Wartemodus, die Reaktion von Leuten, die auf das Ableben des Diktators warten,

und die, bis es so weit ist, lieber nichts tun als etwas Falsches. Kleine Episoden und unscheinbare Vorfälle auf meiner Reise fügten sich zum Bild eines Regimes, das hypermisstrauisch jede Aktivität im Lande kontrollieren will.

Die Geschäfte in Asmara sind voll mit Früchten und Getreide. Da sich die Preise für Lebensmittel in den letzten Jahren aber verfünffacht haben, hat die Regierung in jedem Quartier Asmaras noch staatlich subventionierte Läden eröffnet, in denen Familien einmal im Monat verbilligt einkaufen können. Wir wollten einen dieser Läden anschauen, was aber kurioserweise eine Bewilligung erfordert hätte, die wir aus noch unersichtlicheren Gründen nicht erhielten. Als wir Übersetzerin Worku sagten: «Lass uns trotzdem schnell reingehen», weigerte sich die verdiente alte Freiheitskämpferin: «Nicht erlaubt ist nicht erlaubt.»

Beim Besuch einer vom Suke unterstützten landwirtschaftlichen Schule war der Chef nicht anwesend. Sein Stellvertreter hätte Auskunft geben sollen. Er war nicht in der Lage, die einfachsten Antworten zu geben. Nicht, dass er nichts gewusst hätte, sondern er getraute sich nicht. Ein Techniker war mutiger und erklärte die Abläufe des Betriebes.

Kein Ausländer darf sich frei in Eritrea bewegen. Für jede Fahrt aus Asmara heraus braucht es eine Bewilligung. Zuständig für die Reiseerlaubnis ist die Assistentin des Präsi-

denberaters, also eine Person in unmittelbarer Nähe des Machtzentrums. Da sie gerade auf Dienstreise im Ausland war, musste sich Worku auf einen nervenaufreibenden Parcours durch den Ministerienschwungel begeben, bis sie jemanden fand, der es wagte, eine Bewilligung auszustellen. Als offizielle Gäste der nationalen Gewerkschaft durften wir schliesslich Asmara verlassen.

Eine Narbe an Isaia Afewerki's Oberarm hat die Form eines E. «E» für Eritrea. Der junge Afewerki hatte sie sich selber in die Haut geritzt, ein ins Fleisch getriebener Schwur, so lange zu kämpfen, bis seine Heimat unabhängig war. Im China der Kulturrevolution erhielt er seine mi-

Man wartet auf das Ableben des Diktators, und niemand weiss, was nachher kommt.

litärische und politische Ausbildung. Sie prägte sein Misstrauen gegenüber städtischem Leben und Intellektuellen und seine Vorliebe für wirtschaftliche Autarkie und bäurischen Sandalenkommunismus. Zäh, bedürfnislos und mit machiavellistischen Instinkten gesegnet, schaltete er alle Machtkonkurrenten aus und arbeitete sich an die Spitze der EPLF-Guerilla und später der Staatspartei hoch. Hilfreich waren dabei auch seine imposante Körpergrösse und seine

einschüchternden Wutausbrüche. Man erzählt sich, dass er bei Meinungsdivergenzen Kommandanten oder Kabinettsmitgliedern plötzlich Schläge oder Kopfstösse versetzte, und einmal zerschmetterte er eine Whisky-Flasche auf dem Schädel eines Ministers. Heute ist Afewerki nur noch von Jasagern umgeben.

Die Kontrollsucht des Guerilleros

Afewerki ist ein Autokrat, aber kein schrecklicher Tyrann. Er terrorisiert nicht ganze Bevölkerungsgruppen mit willkürlichen Strafaktionen, wie man es aus anderen Dritte-Welt-Diktaturen kennt. In latenter Lebensgefahr schweben nur jene wenigen, die sich in seiner unmittelbaren Umgebung bewegen, die direkten Rivalen im Zentrum der Macht. Ich erinnere mich an Begegnungen, die ich im Irak zur Zeit der Diktatur Saddams hatte. Jede Frage, die nur im Entferntesten mit Politik verbunden war, liess das Gegenüber erbleichen und vor Schreck erstarren. Hier kann ich mitten in Asmara sitzen und mein Gesprächspartner kritisiert die Regierung und verlangt lediglich, dass ich seinen Namen in der Zeitung nicht erwähne. Ein «Klima der Angst», wie es in Eritrea herrschen soll, fühlt sich anders an. Doch solange Afewerki herrscht, ist jede selbständige Initiative, jeder eigenständige Gedanke sinnlos. Die Kontrollsucht des 69 Jahre alten Guerilleros lähmt eine ganze Nation. ○

my105
x-mas
Das Weihnachtsradio

my105.ch oder als Gratis-App

Gelbe Karte

Von Henryk M. Broder — Wenn einer aus der Reihe tanzt, kriegt er eine Verwarnung.



Es kommt nicht oft vor, dass der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland Stellung zu Problemen bezieht, die nicht unmittelbar mit den Belangen der jüdischen Gemeinden in der Bundesrepublik zu tun haben. Josef Schuster, von Beruf Arzt, ist ein stiller und zurückhaltender Mann, der das Rampenlicht eher scheut, als dass er es suchen würde. Nun hat er der *Welt* ein längeres Interview gegeben, in dem er sich auch zu der Frage äusserte, ob es für die Aufnahme von Flüchtlingen eine «Obergrenze» geben sollte. «Über kurz oder lang», so Schuster, «werden wir um Obergrenzen nicht herumkommen.» Und: «Viele der Flüchtlinge fliehen vor dem Terror des Islamischen Staates und wollen in Frieden und Freiheit leben, gleichzeitig aber entstammen sie Kulturen, in denen der Hass auf Juden und die Intoleranz ein fester Bestandteil ist... Denken Sie nicht nur an die Juden, denken Sie an die Gleichberechtigung von Frau und Mann oder den Umgang mit Homosexuellen.» Um nicht in den Verdacht zu geraten, islamophob zu sein, betonte Schuster, hier handele es sich «nicht um ein religiöses Problem, sondern um ein ethnisches».

Wie dem auch sei, Schuster sprach aus, was alle wissen, aber nur wenige so klar artikulieren: Irgendwann muss Schluss sein mit der unkontrollierten Zuwanderung. Allein in den ersten drei Novemberwochen wurden von der Bundespolizei 180 000 «illegale Einreisen» gezählt, das ist die Einwohnerzahl einer Stadt wie Saarbrücken oder Hamm in Westfalen.

Vielen Angehörigen der deutschen Gutmenschen-Fraktion ist das noch lange nicht genug. Es dürfe keine Obergrenzen geben. «Unser Grundgesetz gilt für alle Menschen», sagt Eva Högl, die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Der grüne Abgeordnete Volker Beck meint: «Der menschenrechtliche Flüchtlingsschutz kennt keine numerische Obergrenze.» Der Geschäftsführer der Organisation Pro Asyl warnt davor, eine Debatte zu führen, die «Rechtspopulisten und Rechtsextremen in die Hände spielen» würde – das ultimative Argument, das jeden verstummen lässt.

So laufen derzeit deutsche Debatten. Alle sind sich einig, und wer aus der Reihe tanzt, bekommt die gelbe Karte gezeigt.

Historische Fehler

Von Kurt Schiltknecht — Europa gerät gegenüber den Vereinigten Staaten ins Hintertreffen. Das Einzige, was im Euro-Raum gewachsen ist, sind die Bürokratie, die Regulierungen und die Staatsschulden.

Die Vereinigten Staaten haben ihre Bankenkrise vor rund sechs Jahren überwunden. Seither wächst die Wirtschaft. Inzwischen ist es eine der längsten Wachstumsperioden der amerikanischen Geschichte geworden. Parallel dazu ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Wie lange das vornehmlich auf monetärem Flugsand basierendes Wachstum anhält, wagt niemand vorzusagen. Niemand weiss, wie die Wirtschaft auf einen Abbau der Liquidität reagiert. Ebenso wenig ist das Problem der Staatsverschuldung gelöst. Im Dunstnebel liegt auch der Abbau der riesigen, von der amerikanischen Notenbank gehaltenen hypothekarisch gesicherten Wertpapiere. Trotz aller offenen Fragen nimmt sich die amerikanische Wirtschaftsentwicklung im Vergleich zur europäischen noch gut aus.

Das Einzige, was im Euro-Raum seit der Euro- und Bankenkrise gewachsen ist, sind die Bürokratie, die Regulierungen und die Staatsschulden. Gleichzeitig verharrte die durchschnittliche Arbeitslosigkeit auf schwindelerregendem Niveau. An dieser negativen Beurteilung ändert auch die momentane Wachstumsbelebung nichts. Europa gerät gegenüber den Vereinigten Staaten noch mehr ins Hintertreffen. Diese Entwicklung kontrastiert mit den grossspurigen Ankündigungen der EU-Politiker in der Lissabon-Agenda von 2000. Damals wurde ein Bündel von Massnahmen aufgelistet, mit denen Europa bis ins Jahr 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten, wissensbasierten Volkswirtschaft der Welt gemacht werden sollte. Zwischen den Ankündigungen und der effektiven Entwicklung hat sich eine riesige Kluft aufgetan. Das Wachstum der Arbeitsproduktivität hat sich verlangsamt und ist hinter demjenigen der USA zurückgeblieben.

Die Schweiz darf nicht nachgeben

Das Versagen der europäischen Wirtschaftspolitik überrascht nicht, denn sie wird noch häufiger als in den USA von politischen Ideen statt von wirtschaftlichen Erkenntnissen geleitet. So war Bundeskanzler Kohl dezidiert der Meinung, dass die Einführung des Euro eine politische und keine wirtschaftliche Frage sei. Inzwischen wissen immer mehr Leute, dass auch gutgemeinte politische Entscheidungen unerfreuliche wirtschaftliche Folgen haben können: Die Einführung einer gemeinsamen

Währung in einem heterogenen Wirtschaftsraum war einer der grössten Fehlentscheide der Nachkriegszeit. Trotzdem werden keine ernsthaften Versuche zur Lösung des Euro-Problems unternommen. Weder wird ein automatischer Finanzausgleich noch eine Auftrennung in einen schwachen und einen starken Euro ins Auge gefasst. Stattdessen sind Durchhalteparolen angesagt, und es wird weiterhin behauptet, dass Europa ohne Euro scheitern würde.

Als ähnlich grosser Fehler wird sich der bedingungslose freie Personenverkehr erweisen. Seit Jahren behaupten die Politiker, dass dieser eine wesentliche Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg und für ein Zusammenwachsen von Europa sei. Nun gibt es in der ökonomischen Literatur weder eine überzeugende Theorie noch irgendwelche empirische Evidenz, dass ein freier Personenverkehr – und dies im Gegensatz zu freiem Handel – für den wirtschaftlichen Erfolg

eines Landes von entscheidender Bedeutung ist. Dass sich das Volkseinkommen dank Zuwanderung erhöhen lässt, kann nicht bestritten werden. Doch dies ist für den Bürger irrelevant. Entscheidend ist nur die Verteilung und ob sich der Wohlstand pro Kopf durch einen bedingungslosen freien Personenverkehr verbessern lässt.

Vieles spricht dafür, dass eine unbegrenzte und unregulierte Zuwanderung die Löhne der weniger gut Verdienenden senkt, die Mieten in die Höhe treibt und umfangreiche Infrastrukturausgaben nach sich zieht. Das war in den sechziger Jahren der Fall. Hinzu kommt, dass die Sozialsysteme in den Einwanderungsländern strapaziert und teilweise ausgenutzt werden. Das ist unter anderem ein Grund, weshalb Grossbritannien die Zuwanderung begrenzen oder die Sozialleistungen abbauen will. Statt die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Probleme der freien Migration anzuerkennen, stilisieren sie die EU-Politiker zu einer unabdingbaren Voraussetzung für eine Zusammenarbeit innerhalb Europas.

Die Schweiz sollte solchen Forderungen nicht nachgeben. Ein unbegrenzter freier Personenverkehr ist für die Wirtschaft letztlich eine grössere Gefahr als ein Aufkündigen der bilateralen Verträge. So wie es sich für die Schweiz gelohnt hat, dem Euro fernzubleiben, wird es sich langfristig auszahlen, wenn wir die Migration selber in die Hand nehmen und sie uns nicht von der EU aufoktroyieren lassen.



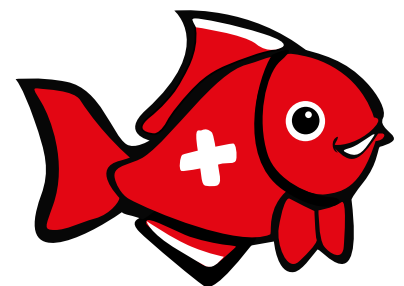


Schweizerzeit

Herbsttagung

2015

Samstag, 28. November 2015
10.15 – 11.45 Uhr
Türöffnung 9.15 Uhr



Referat von
Dr. Christoph Blocher
alt Bundesrat

**«Gibt sich
die Schweiz
selbst auf?»**

Hotel Banana City, Festsaal, Schaffhauserstrasse 8, Winterthur



Live on Stage: Sinatra & Friends

Der grösste Entertainer aller Zeiten.

Sinatra & Friends ist eine Hommage zum 100. Geburtstag des grössten Entertainers aller Zeiten. Das legendäre «Rat Pack» zelebriert als Frank Sinatra, Dean Martin und Sammy Davis Jr. eines der grandiosen Konzerte von Las Vegas.



Wer die Jubiläums-Show erlebt, glaubt Frank «The Voice» Sinatra, Dean Martin und Sammy Davis Jr. leibhaftig vor sich zu haben. In den Rollen ihrer Vorbilder sind die drei Performer Stephen Triffitt, Mark Adams und George Daniel Long selbst zu Stars geworden. Mit ihrem Programm «The Rat Pack – live from Las Vegas» haben sie während Jahren das Publikum und die Presse im Londoner West End begeistert.

In Zürich, St. Gallen, Luzern und Bern lässt das begnadete Trio – begleitet von einer neunköpfigen Big Band und drei Sängerinnen – mit Songs wie «New York, New York», «Come Fly with Me», «That's Amore» und «My Way» die wilden sechziger Jahre nochmals aufleben. Eine Gelegenheit, die man nicht verpassen sollte!

Platin-Club-Spezialangebot

Sinatra & Friends – Hommage an Frank Sinatra

Orte und Daten:

Theater 11, in Zürich: 21.–24. Januar 2016
Tonhalle, St. Gallen: 25.–26. Januar 2016
KKL Luzern: 28.–29. Januar 2016
Kultur Casino Bern: 2.–4. Februar 2016

Spezialkonditionen:

Ticketpreise von Fr. 31.20 bis Fr. 87.20 (statt Fr. 39.– bis Fr. 109.–). Die Preise variieren je nach Spielort und Kategorie (inkl. Vorverkaufs-, exkl. Bearbeitungsgebühren).

Buchung:

Reservierungen unter www.franksinatra.ch/angebot mit Promotionscode «WW20SAF» oder über Hotline 0900 444 262 (Fr. 1.19/Min.) mit dem Stichwort «Weltwoche».

Bedingungen:

Das Angebot ist nur gültig mit einem Abonnement der Weltwoche. Nicht kumulierbar, max. 6 Tickets pro Abonnenten.

Veranstalter:

MAAG Music & Arts AG, Zürich

Weitere Informationen:

www.franksinatra.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Europa verkümmert

Von Hansrudolf Kamer — Die EU findet sich in der Gegenwart nicht mehr zurecht. Ihre Regeln und Verträge werden Makulatur. Nur noch die Rhetorik verweist auf die grosse Vision der Vergangenheit.



Glaubt man den Fernsehbildern, so befindet sich Brüssel im Belagerungszustand. Es geht hier um mehr als um die vom Terror verseuchte Hauptstadt Belgiens. Sie ist EU-Zentrale und Nato-Hauptquartier. Sie ist die zu Stein gewordene Verkörperung europäischer Aspirationen und postmoderner westlicher Regierungsweisen.

Unter dem Druck der Ereignisse – und nicht erst seit dem Terroranschlag in Paris – bröckelt die Fassade. Walter Russell Mead zitiert den düsteren Roman von Joseph Conrad, «Heart of Darkness», und schreibt von der «Stadt der weissgewaschenen Gräber» – mit ihrem glänzenden Äusseren, aber penetranten Verwesungsgeruch.

Brüssel ist für Mead ein Blick in die Zukunft Europas und des Westens: zuerst das Geld, dann die Flüchtlinge, schliesslich der Terror. Die EU taumelt von Krise zu Krise. Natürlich leben Totgesagte länger. Aber anders als in früheren Zeiten, wo aussergewöhnliche Spannungen die Geister auf das Wesentliche lenkten und die europäische Integration vorantrieben, bröckeln nun die von ihr geschaffenen Errungenschaften langsam ab.

Die Schwierigkeiten, mit denen die Union das Euro-Problem Griechenlands über die Runden brachte und unbewältigt in die Zukunft schob, waren nur der Anfang. Der Flüchtlingsstrom entblösste das Arrangement zur Abschaffung der inneren Grenzen als Papiertiger. Und der Terroranschlag in Paris entlarvte die EU als Gemeinschaft, die für ihre Sicherheit nicht zuverlässig sorgen kann.

Der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble nannte die anhaltende Flüchtlingsbewegung eine «Lawine», die von einer unachtsamen Skifahrerin (Merkel) losgetreten worden sei. Die Schweiz und andere Alpenländer haben gelernt, wie man Lawinenverbauungen erstellt und Bannwälder aufforstet. Von den politisch korrekten deutschen Staatsmedien wurde Schäuble stattdessen kräftig gescholten. Hilflos wankt der deutsche Riese im Sturm.

Die hochgemuten Beschwörungen von Solidarität und Zusammenarbeit zur Eindämmung und Kanalisierung des Zustroms waren nur leere Worte. Solidarität und Zusammen-

arbeit wären eigentlich die Raison d'être der EU: zusammenstehen, um Krisen zu bewältigen und den Frieden zu bewahren. Alles andere ist, wie es heisst, Beilage.

Dass die Terrorattacke in Paris nicht verhindert werden konnte, mag an nachrichtendienstlichen Unzulänglichkeiten liegen. Vielleicht haben die Terroristen dank Edward Snowden gelernt, die Überwachung auszutricksen. Doch so oder so ist nicht ganz klar, wie die Zusammenarbeit unter den Diensten in Europa funktionieren soll, wenn das Vertrauen fehlt.

Wenn ein Land – Deutschland – die Dublin-Regeln im europäischen Asylwesen einfach unilateral ausser Kraft setzen kann und dann andere moralisch an den Pranger stellt, wenn diese sich selber schützen, ist das wenig solidaritätsfördernd.

Das Gleiche gilt für Schengen und den Abbau der inneren Grenzkontrollen. Es gab und gibt keine *unité de doctrine*, was mit dem Schutz der Aussengrenzen konkret gemeint war. Deutschland und Ungarn konnten sich nicht einmal darüber einigen, wie gross die Zahl der Migranten wirklich war, bevor der Stacheldraht aufgebaut wurde.

Die Saat für diese Zerfallserscheinungen wurde Jahrzehnte früher gelegt. Die Grossen hatten in der «Rechtsgemeinschaft» immer

mehr zu sagen als die Kleinen. Es war die deutsch-französische Lokomotive, die den sogenannten Stabilitätspakt auf den Prellbock schob.

In der Euro-Krise wurde das grundlegende Bail-out-Verbot missachtet mit dem Hinweis auf höhere Interessen – will sagen: die Rettung der Einheitswährung. Nun sind Schengen und Dublin politische Manövriermasse geworden, nicht etwa als Folge demokratisch verankerter gemeinsamer Beschlüsse, sondern als Folge deutscher Entscheidungen. Frankreich beruft sich auf die Terrorabwehr, um erneut die Auflagen des Stabilitätspaktes zu umgehen.

Kein Geld für Verteidigung

Diskrepanz zwischen Rhetorik und Realität begleitet die ganze Geschichte der EU. Die Lage wäre auch nur marginal besser, wenn Eintracht herrschte. Frankreich gibt weniger als 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die nun plötzlich benötigte militärische Verteidigung aus, obwohl der Staat 54 Prozent der Wirtschaftsleistung konsumiert. Britannien will nun ebenfalls mehr tun: Es wäre heute nicht mehr in der Lage, einen Falklandkrieg zu führen.

Es ist fraglich, ob der Westen die politische Geduld aufbringt, um den Terror wirkungsvoll zu bekämpfen. Neben politischem Durchhaltewillen braucht es eine gesunde wirtschaftliche Basis, um sich militärische und andere Anstrengungen leisten zu können. Damit hapert es bedenklich. Doch eine liberale Reform der EU an Haupt und Gliedern, wie sie der britische oder der ungarische Regierungschef anregen, findet kein Gehör. Das ist, was Joseph Conrad im Brüssel von Leopold II. als Fäulnis und Zerfall beschreibt.



Zuerst das Geld, dann die Flüchtlinge, schliesslich der Terror: EU-Hauptquartier in Brüssel.

Kriminelle oder Gotteskrieger?

Von Christoph Mörgeli

Aussenminister Didier Burkhalter gibt den Takt vor: «Bei Terror kann die Schweiz nicht neutral sein.» Eine Woche später echot die *NZZ am Sonntag*: «Angesichts des Terrors gibt es keine Neutralität.» Und der Solothurner Ständerat Pirmin Bischof hat gleichentags seine ganz persönliche Erleuchtung: «Die Schweiz ist gegenüber einem Bankräuber nicht neutral, gegenüber der Mafia nicht neutral und auch gegenüber der kriminellen Organisation IS nicht neutral.»

Im Gleichklang mit der französischen Kriegsrhetorik machen jetzt unsere Internationalisten auf schweizerische Kriegsrhetorik. Grelles Theater gefällt ihnen besser als vorsichtige Skepsis. Wir Bürger aber sollten uns den sicheren Boden der Neutralität nicht von unbedachten Schwätzern wegweissen lassen. Terrorismus ist nichts anderes als eine spezielle Form der Kriegsführung. Selbstverständlich ist die Schweiz nicht neutral gegenüber einer bestimmten Kriegsführung. Schon gar nicht, wenn sie auch unser Land bedroht.

Was aber jetzt an «gutem» Antiterror gegen den «bösen» Terror kommen wird, ist unübersichtlich, komplex und hochexplosiv. Die Exponenten der Grossmächte bombardieren, töten und verkennen die Nebenwirkungen. Wie wenn man den IS-Milizen mit Flugzeugträgern beikäme. Wie wenn man die Terroristen lokalisieren und mittels Bombardierung eines syrischen Landstriches ausrotten könnte. Statt der einzigen Entscheidungsschlacht drohen unzählige Massaker. In Wirklichkeit geht es um die Ausweitung der nahöstlichen Kampfzone nach Europa. Da wäre die Preisgabe unserer bewaffneten Neutralität die schlechteste aller Antworten.

Wir erwarten von unserem Staat die Wahrung unserer Sicherheit und unserer Werte. Doch die Schweiz sollte im Kampf zwischen «Guten» und «Bösen» bescheiden beiseitestehen. Jene, die wir ganz selbstverständlich und mit den besten Gründen als Kriminelle beurteilen, sind für andere Kämpfer, sogar Gotteskrieger. Es gab sie immer in unserer Geschichte, die Burkhalters, die Bischofs, die *NZZs am Sonntag*. Die immerwährende Neutralität muss uns dauerhaft vor Eitlen und Schwachen schützen. Damit sie die Bevölkerung mit ihrer unbedachten Kriegsbegeisterung nicht ins Verderben stürzen. Damit sie nicht unsere Unabhängigkeit und somit unsere Handlungsfähigkeit opfern – zugunsten des Weisungsrechts der Mächtigen.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

82 Jahre nach Globi: der Gobbi

Von Peter Bodenmann — 1933: Globi und der «weisse Neger». 2015: Die SVP und ihr Tessiner Gobbi.



Politisch unkorrekt: Globi als kolonialer Abenteurer, in den dreissiger Jahren.

In seinem ersten Buch ging der Basler Globi auf Zürcher Pantherjagd. Wie immer erfolgreich. Weil ihm – politisch unkorrekt – ausgerechnet ein «weisser Neger» half. Heute will der Tessiner Gobbi Bundesrat werden. Für viele ist er verständlicherweise nicht wählbar. Unter anderem, weil der aus der eishockeyverrückten Leventina stammende Gobbi 2003 den Luganeser Stürmer Anson Carter einen «Negro» schimpfte. Und wie ein Affe herumbrüllte. Was ihm 2000 Franken Busse eintrug. In Sachen «Neger» ist Gobbi ein Globi geblieben.

Die *NZZ* regt sich denn auch über das Dreierticket der SVP auf. Dieses sei gar keine Auswahl, da nur der Zuger Sonntagsschüler Thomas Aeschi real in Frage komme. Die SVP habe unter anderem den Lega-Mann Gobbi von der Lega zur SVP transferiert, um so eine echte Auswahl zu verhindern. Staatsrat Gobbi steht denn auch weiterhin in Bellinzona für die Lega auf dem Eis. Und trägt nur in Bern das Trikot der SVP. Rechte fremdenfeindliche Parteien in Europa politisieren inhaltlich sowieso schon auf der Linie der Lega und nicht auf der Linie der SVP. Le Pen, Lega Nord, Strache, Orbán und Co kombinieren in ihrer Politik mehr Staat – auch mehr Sozialstaat – mit brutaler Abschottung der nationalen Arbeitsmärkte und der Hatz auf das Fremde und die Fremden.

Die Smartspider-Profile von Aeschi und Gobbi sprechen für sich. Gobbi ist viel sozialer als Aeschi.

Und auch sonst inzwischen etwas vernünftiger. SP, Grüne, CVP, BDP und Tessiner haben in der Vereinigten Bundesversammlung eine satte Mehrheit. Wenn sie taktisch die Hälfte der Tassen im Schrank haben, müssen sie den von der SVP portierten Lega-Staatsrat Gobbi zum Bundesrat machen. Wem wäre Gobbi in sozialen Fragen mehr verbunden, der Tessiner Lega oder der Zürcher SVP? Was macht Gobbi, wenn Italien im Rahmen der real nicht existierenden Verhandlungen mit der Schweiz den Druck vorab auf das mehr als fragile Tessin massiv erhöht?

Gobbi muss weiterhin für und mit der Lega, für und mit dem Tessin politisieren. So wie Maurer immer zur Stelle ist, wenn es gilt, die Pfründen der Schweizer Bauern zu verteidigen. Ein Bundesrat Gobbi würde die SVP – im Gegensatz zu Eveline Widmer-Schlumpf – entlang der sozialen Frage spalten. Denn der Tessiner Legist kann unmöglich für tiefere AHV-Renten und höhere Krankenkassenprämien antreten. Der bereits zu selbstsichere Thomas Aeschi verriet dem *Blick*: «Ich hoffe auf einen Romand oder einen Tessiner als SVP-Bundesrat.» Christoph Blocher rühmte am Sonntag Gobbi bei Gilli, um ihn endgültig unmöglich zu machen. Der Tessiner wäre die bessere Wahl. Es geht im Bundeshaus eben um keine «Schein-Auswahl». Und das macht René Zeller von der *NZZ* zu Recht etwas Sorgen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

De Weck, wir haben ein Problem

Von Kurt W. Zimmermann — Wieder einmal beißen sich die privaten Medienhäuser an der SRG die Zähne aus.

Pietro Supino, der Präsident des Medienhauses Tamedia, hat ein Problem. Das Problem aber kann er alleine nicht lösen.

Denn sein Problem ist die SRG.

Die SRG geht mit Swisscom und Ringier demnächst ein Joint Venture ein. Die drei Partner wollen ihre Werbevermarktung, rund 600 Millionen Franken, in einer gemeinsamen Firma zusammenlegen.

Also wandte sich Supino an die Kanzlei Hirzel.Neef.Schmid, die Spezialisten für strategische Kommunikation. Zwei Berater mit Fachwissen unterstützen ihn nun. Der eine ist Jürg Wildberger, früher im Dienst der SRG, der andere ist Dominique Reber, früher im Dienst von Swisscom.

Die Schweizer Verleger möchten den Dreier-Zusammenschluss verhindern. Ringier ist als Reaktion aus ihrem Verband ausgestiegen. Auch Medienministerin Doris Leuthard hat im Parlament mehrfach klargestellt, die Sache sei «unproblematisch». Demnächst wird die Wettbewerbskommission entscheiden. Eine Zustimmung ist wahrscheinlich.

Die privaten Verleger kämpfen wieder mal gegen die SRG. Und sie kämpfen wieder mal mit dem Rücken zur Wand.

Als Erstes liessen Supinos neue Berater nun ein juristisches Gutachten erstellen, das der SRG eine unzulässige Marktdominanz unterstellt. Den Text spielten sie der NZZ zu, die ihn unter dem Titel «Heikle SRG-Allianz» wiedergab. Das wirkte zwar etwas gekünstelt, aber das Papier in Supinos *Tages-Anzeiger* abzdrukken, wäre noch auffälliger gewesen.

Zwei Tage zuvor hatte auch schon die *Schweiz am Sonntag* aus dem Haus der AZ Medien ein Rechtsgutachten ausgegraben. Es stammte aus Deutschland und sagte, dass dort eine Allianz wie jene von SRG, Swisscom und Ringier nicht zulässig wäre. Auch diese PR wirkte reichlich durchsichtig.

Dabei sind die Argumente der Verlage wie Tamedia, NZZ und AZ Medien gar nicht so schlecht. Sie argumentieren mit Ordnungspolitik. Sie fürchten, dass SRG und Swisscom dank staatlicher Protektion und Finanzierung den Werbemarkt zu ihren eigenen Gunsten verzerren werden.

Tatsächlich ist die SRG der grösste Profiteur der Kooperation. Sie bekommt von der Swisscom künftig detaillierte Informationen über ihre Kunden. Denn Swisscom weiss via Kabelnutzung, welche Themen die Zuschauer am Fernsehen bevorzugen und welche Konsumgewohnheiten sie im Internet haben. Big Data



Ordnungspolitik: Tamedia-Chef Supino.

sagt man dem. Die SRG kann darum ihre Werbung künftig auf Zielgruppen ausrichten. Junge, urbane Secondos bekommen im Programm andere Werbeblöcke vorgesetzt als ältere Damen auf dem Land. Dies wird die Erträge steigern.

Nun ist aber das Grundproblem der Ordnungspolitik, dass sie stets der Marktentwicklung hinterherhinkt. Im Markt ist nicht nur der Gebrauch von TV, Internet, Computer und Smartphones verschmolzen, genauso verschmolzen sind die Werbeformen der Kanäle. Der gute alte TV-Spot, das gute alte Inserat und die gute alte Briefwurfsendung sind Geschichte. Sie sind in der digitalen Welt ersetzt durch integrierte Formen der individuellen Kundenkommunikation.

Roger de Weck, der SRG-Chef, hat früh verstanden, dass die Kombination von TV, Internet und Big Data hohe Ertragspotenziale bietet. Auch Swisscom-Chef Urs Schaeppi und Ringier-Chef Marc Walder lernten es schnell.

Die klassischen Verleger, wie Pietro Supino von Tamedia, lernten es langsamer. Er kaufte nach 2007 noch massenhaft gedruckte Zeitungen auf, stiess aber die eigenen TV-Kanäle ab, weil er hier kein Werbepotenzial für die Zukunft sah.

Nun wollen die langsamen Verleger die schnelle SRG bremsen. Es wird kaum klappen. Am Schluss gewinnt der Markt.

Urlaubspläne

Von Beatrice Schlag — Traumferien mit Angst.

Wo wollten Sie nächstes Jahr ausspannen oder etwas Neues sehen? In Mali? In Scharm el-Scheich? In Paris? Und wie denken Sie jetzt darüber? Dass es in der Schweiz doch vielleicht sicherer sei?



Warum? Weil wir keine Kriege führen? Die Belgier führen auch keine Kriege. Trotzdem sind in Brüssel, während ich dies schreibe, Schulen, Museen und Märkte geschlossen, der öffentliche Verkehr steht still. Ein Bekannter versuchte mich zu überzeugen, dass in der Schweiz keine Anschläge zu befürchten seien, weil auch der IS mit hoher Wahrscheinlichkeit Geld in der Schweiz gebunkert habe. Hey, wir haben ausser Banken auch eine Street Parade. Vor ein paar Tagen besuchte ich mit meinem Neffen den berühmten Sea World Zoo im kalifornischen San Diego. Wir wurden beim Eintritt auf Fingerabdrücke geprüft, bevor wir eingelassen wurden. Das war bisher nicht so. Fingerabdrücke im Zoo? Wir wussten nicht, ob wir empört oder erleichtert sein sollten. Die Angst scheisst einem im Moment den Kopf zu, wenn man ihr eine Chance gibt.

Angst vor einem Feind, der töten will, weil man seinen religiösen Fundamentalismus nicht teilt, ist nichts, womit umzugehen wir gelernt haben. In den USA wurde am Montag eine Warnung an alle Reisenden ausgegeben, wachsam zu sein, vor allem an Orten, wo sich viele Leute aufhalten. Wie ist man wachsam vor dem Eiffelturm? Vor dem Buckingham Palace oder dem Kolosseum? Gott sei Dank hilft das Internet mit nüchternen Zahlen gegen die Panikmache. Das Risiko, in der Badewanne zu ertrinken oder bei einem Autounfall zu sterben, ist statistisch nach wie vor um ein Hundertfaches grösser als die Gefahr, von Terroristen irgendwo umgebracht zu werden. Es ist eine durchaus reale Wahrscheinlichkeit, dass irgendwo in der Welt ein Terrorangriff stattfindet, wenn Sie reisen. Aber die Wahrscheinlichkeit, genau dann dort zu sein, ist ungleich winziger als die Gefahr, dass Sie daheim auf dem Weg zum Flugplatz verunfallen. Selbst Ihr Risiko, irgendwo beim Sonnenbaden ein Melanom zu bekommen, ist bedrohlicher als der IS. Wohin immer Sie reisen: Ihre Überlebenschance ist nicht schlechter als daheim. Das sollte man im Kopf behalten, wenn alle Instinkte das Gegenteil sagen.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf ich, nachdem jemand in unserem Bekanntenkreis gestorben ist, auf das Couvert mit der Trauerkarte eine Briefmarke mit einem Marienkäfer (Glückskäfer) kleben, oder ist das pietätlos?

Lily Baumann-Steiner, Ortschaftswaben-Meikirch

Wenigen wünscht man aufrichtiger Gutes als denen, die einen nahen Menschen verloren haben. Also wäre eine Briefmarke mit einem Glücksbringer eigentlich angebracht. Aber so empfindet man nicht, wenn man – wie Sie – behutsam ist. Sondern: «Schwarzumrandetes Couvert mit buntem Marienkäfer? Geht gar nicht.» Der Empfänger könnte mich für unsensibel halten. Oder eben pietätlos. Da Ihr Kondolenzschreiben wahrscheinlich schon weggeschickt ist, würde ich Sie gerne fragen, wie es frankiert war. Ich vermute, Sie haben eine andere Briefmarke gekauft. Hätte ich auch getan. *Beatrice Schlag*

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Ich frage mich, ob die Politik und die Medien taub und blind sind.»

Heinrich Vettiger

Sachliche Auseinandersetzung unmöglich

Nr. 47 – «Islamismus in der Schweiz»;
Berichterstattung zum IS-Terror

Die Zelle in Winterthur zeigt, wie weit sich das Krebsgeschwür bereits ausgebreitet hat. Der Islamismus ist eine weltweite Bedrohung, und die Mehrheit der im Westen rekrutierten Islamisten hat sich von unserem freiheitlichen säkulareren Wertesystem abgewandt und sich dem Islam verschrieben. Auch wenn uns alle Islamisten wiederholt und unmissverständlich bezeugen, dass sie sich auf den Koran und die Hadithe in ihrem Handeln beziehen, frage ich mich, ob die Politik und die Medien taub und blind sind.

Das Nicht-wahrhaben-Wollen der Tatsache, dass der Islam die Quelle des Islamismus ist, die Angst davor, die eigene Bevölkerung könnte alle Muslime unter Generalverdacht stellen, und die gebetsmühlenartige Wiederholung, der Islam sei eine friedfertige Religion, bewirken, dass keine tiefgreifende, sachliche Auseinandersetzung mit den islamischen Schriften in unserer Gesellschaft stattfindet. Im Gegensatz zu den mehrheitlich «moderaten» Muslimen legen strenggläubige Muslime (Salafisten) – als Zeichen der wahren Unterwerfung unter Allah – die Schriften wörtlich aus. Weil ihr Märtyrertod (Sterben im Kampf für Allahs Sache) für sie der einzig sichere Weg ins islamische Paradies ist, nehmen sie den Tod unschuldiger Menschen in Kauf.

Heinrich Vettiger, Wetzikon

Immer diese Berichte über Nebensächlichkeiten wie Masseneinwanderung, Asylmissbrauch und Terrorgefahr! Berichten Sie doch einmal über Themen, die wirklich weltbewegend sind, z. B. den derzeitigen Parteitag der deutschen Grünen in Halle. Dort fordert die Partei: Eigene Flüchtlingszelte für Transsexuelle! So etwas wollen wir lesen! Herr Thiel, übernehmen Sie!

Thomas Krubeck, Biel

Natürlich sind all unsere Gedanken bei den Opfern des furchtbaren Terroranschlags von Paris und ihren Angehörigen. Diese barbarische Tat ist ein Anschlag auf unsere europäische Wertegemeinschaft, die jeder demokratische Patriot verabscheuen wird. Allerdings erlaubt es unsere schnelllebige Zeit kaum noch, einmal kurz innezuhalten und zu trauern. Wir müssen den Blick nach vorne richten, und wir Europäer müssen in dieser Sache zusammenstehen. Der Personalrat des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge beklagte schon vor ein paar Tagen zu Recht,



«Zeichen der wahren Unterwerfung».

dass die Identität von sogenannten Flüchtlingen, alle sind ja plötzlich Flüchtlinge, so die politisch korrekte Benennung, faktisch gar nicht mehr geprüft wird und es kaum noch rechtsstaatliche Verfahren bei dieser Flüchtlingslawine gibt. So hart es klingt, aber wer unkontrolliert Menschen einreisen lässt, keine Obergrenzen festlegt, keine Grundgesetzänderungen vorantreibt, macht sich mit-schuldig.

Chris Dasch, Eglfing bei Murnau (Deutschland)

Das, was wir heute erleben, hatte Bassam Tibi im Prinzip schon rechtzeitig vorhergesagt. Da es aber nur wenige normale Bürger, geschweige denn Politiker gibt, die den Koran vollständig gelesen haben, wurde er verständlicherweise ignoriert. Selbstverständlich ist die heilige Schrift des Islams in Bezug auf die «Ungläubigen» resp. «Gottlosen» nicht viel intoleranter als ihr Vorbild, die Bibel, allerdings sollen sie hier nicht nur von Gott allein bestraft, sondern auch von den wahren Gläubigen direkt bekämpft werden: «Kämpft für Allahs Sache und tötet sie, wo immer ihr auf sie stösst. Der Kampf ist euch befohlen» (Sure 2, 192, 217). «Und wenn ihr erschlagen werdet, zu Allah sollt ihr versammelt werden» (Sure 3, 159). Dass man dies nicht wörtlich nehmen soll, hat bislang niemand klar verkündet. Und so kann auch von einer zukünftigen Integration keine Rede sein.

Al Kloss, Fislisbach

Die Erde ist ein Lebewesen

Nr. 47 – «Gehirnwäsche an der Schule»;
Andrea Seaman über den Schulunterricht

Bei der Klimaerwärmung wird oft vergessen, dass die Erde, wie auch wir, Rhythmen bzw. Zyklen unterliegt. Z.B. Einatmen, Ausatmen, Tag, Nacht. Die Erde ist ein Lebewesen, das auch von der Sonne, den Planeten usw. beeinflusst wird. Die Natur ist unser Lebenselixier, die Zeit unsere Grenze. Die grüne Lehre hängt am sogenannten Zeitgeist, der sich immer wieder ändert. Das Spielerische, die Freude, die Neugier gehören zum Leben ebenso wie die dunkle Seite. Es geht ums Gleichgewicht. Auch im Geistigen Grenzen setzen und sich nichts überstülpen lassen. Ich finde es wunderbar, dass die Gehirnwäsche bei Herrn A. Seaman keine Chance hat. *Ingeborg Sperdin, Zürich*

Ich gratuliere zu Ihrem Essay, es ist erschreckend, wie an den Schulen grüne Lehre gepredigt wird, das gehört in dieser sektiererischen Art nicht dorthin. Als ich in den sechziger Jahren den Geografieunterricht besuchte, wurden uns Bilder von verwüsteten Landschaften gezeigt, und man erklärte uns, dass nun die schamlose Ausbeutung unseres Planeten vorbei sei und in Zukunft schonungsvoll damit umgegangen werde. Heute muss ich feststellen, dass sich daran nichts geändert hat und

die Erde gewissenloser denn je ausgebeutet wird. Diese Ausbeutung heute mit dem Deckmantel CO₂ den Leuten austreiben zu wollen, ist heuchlerisch, da mit den vorgeschlagenen Methoden nur die junge Generation vergrämt wird. Einzig die Kernkraft hat das Potenzial, den Energiehunger der Weltbevölkerung nachhaltig zu decken. Falls die Klimaerwärmung tatsächlich stattfindet, lässt sie sich nicht mit den propagierten teuren Alibilösungen Fotovoltaik und Windgeneratoren aufhalten. Schlimmer wäre es, wenn die Erde sich abkühlen würde – die nächste Eiszeit kommt bestimmt. Die CO₂-Hysterie wird genauso in die Annalen eingehen wie das Waldsterben, BSE, Sars, Ebola et cetera. *Martin Steiger, Uster*

Lukrative Posten

Nr. 47 – «Bersets Günstlingswirtschaft»;
Hubert Mooser über den Bundesrat

Wie der Autor schreibt, wird es gegen diese Günstlingswirtschaft kaum Einsprüche geben, denn andere Parteien hieven ihre Hofschranzen ebenfalls auf lukrative Posten. Es ist zu hoffen, dass das neu zusammengesetzte Parlament am 9. Dezember 2015 Personen wie Alain Berset als Bundesrat nicht bestätigen wird, andernfalls kann man bald nur noch von der Bananenrepublik Schweiz reden.

Hans U. Lüscher, Fislisbach

Verbrechensbekämpfung ist neutral

Nr. 47 – «Burkhalter pfeift auf die Neutralität»;
Editorial von Roger Köppel

Immer gerne lese und schätze ich die Editorials von Roger Köppel. Dieses Mal aber muss ich ihm bezüglich der Bedeutung der Neutralität der Schweiz widersprechen. Sie bedeutet zwar, «sich nicht in fremde Händel einzumischen», damit sind aber Auseinandersetzungen zwischen Staaten gemeint. Der «Krieg» zwischen Frankreich und dem IS ist das nicht, denn der IS ist kein Staat, auch wenn er sich selber so bezeichnet, sondern einfach eine Verbrecherbande. Wenn z.B. die Mafia eine Stadt in Italien unter ihre Kontrolle bringt und einen Streit mit der italienischen Regierung vom Zaun bricht, wird sich die Schweiz sicher nicht neutral verhalten, sondern Italien selbstverständlich alle rechtliche Hilfe leisten, soweit möglich. Genauso sollte es selbstverständlich sein, dass die Schweiz Frankreich alle Unterstützung gewährt im Kampf gegen die IS-Verbrecherbande, und dazu gehören sicher auch Überflugsrechte in einer entsprechenden Situation. So viel Solidarität halte ich für selbstverständlich. Politische Neutralität schliesst Verbrechensbekämpfung ganz und gar nicht aus.

Richard Fehlmann, Helsinki



GEMEINSAM SETZEN WIR EIN ZEICHEN DER HOFFNUNG



IKRK

Wir leben in einer von Krieg gezeichneten Welt, in der Menschen schreckliche Leiden erdulden müssen. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist meist die einzige Hoffnung. Wir sind aber vermehrt auf unsere Spenderinnen und Spender angewiesen. Wollen Sie uns heute unterstützen?

- In **Syrien** lieferten wir dieses Jahr Nahrungsmittelrationen für 5,3 Millionen Menschen, die durch 4 Jahren Konflikt stark betroffen sind. Viele dieser Menschen befinden sich in solch verzweifelter Situationen, dass sie ihr Leben riskieren um nach Europa zu gelangen. Wasser und Lebensmittel sind notwendiger denn je.
- Der Konflikt in **Nordnigeria** forderte Tausende von Todesopfern und trieb mehr als eine Million Menschen in die Flucht. Sie mussten ihr Heim verlassen und in Nachbarstaaten Kamerun, Tschad und Niger Zuflucht suchen. Das IKRK ist vor Ort und stellt Nahrungsmittel sowie Gesundheitspflege zur Verfügung, und hilft versprengte Familien zu einigen.

Mit Ihrer Hilfe können wir so viel mehr tun.

Herzlichen Dank für Ihre Spende auf icrc.org/hoffnung

Freuden des Untergangs

Es ist wieder einmal fünf vor zwölf: An der Klimakonferenz von Paris stossen in den nächsten zwei Wochen die Staatschefs und Zehntausende von Delegierten aus 194 Ländern schöne Worte aus, um die Welt zu retten. Kaum jemand spricht von den einfachen Wahrheiten. *Von Markus Schär*

«Die Lüge ist legitim, wenn sie etwas Gutes bewirkt», glaubt Moritz Leuenberger. Der Altbundesrat sprach im Mai in Ermatingen am Untersee zur Frage: «Muss in der Politik gelogen werden?» Und er kam aufgrund seiner eigenen Erfahrung zu einem Ja. Die Klimakonferenz von Kopenhagen im klirrend kalten Dezember 2009, als die Staatschefs die Welt vor der Apokalypse retten wollten, habe «desaströs» geendet, gestand der damalige Umweltminister. Das, meinte er, durfte er dem Volk jedoch nicht verraten, denn es standen wichtige Abstimmungen an: Das Parlament machte ab 2010 das schärfste Klimagesetz der Welt – als indirekten Gegenvorschlag zur Initiative der Jungen Grünen, die die Offroaders verbieten wollte. Bastien Girod, inzwischen in den Nationalrat gewählt, zog darauf die beim Volk chancenlose Initiative zurück, er hatte ja alle Ziele erreicht. Und Moritz Leuenberger meint, wenn er über das Regieren in der direkten Demokratie sinniert, kein Mensch halte auf Dauer die ganze Wahrheit aus.

Sechs Jahre nachdem die Weltgemeinschaft in Kopenhagen die angeblich letzte Chance verpasste, das Klima zu retten, kommen die Staatschefs wieder zusammen, diesmal in Paris. Vom 30. November bis zum 11. Dezember sollen sie eine Übereinkunft schliessen, damit die Welt am Untergang vorbeischrämmt. Darauf drängen alle Gutwilligen, von Nationalrat Bastien Girod bis zu US-Präsident Barack Obama und von Coop über die ETH bis hin zum Papst – die Internationale der Menschen, die gerne allen anderen Menschen vorschreiben, wie sie zu leben haben. Weil es um das ultimative Gute geht, dürfen sie dabei auch lügen. Und zu einigen Wahrheiten schweigen:

1—Die Weltgemeinschaft schliesst keinen Vertrag.

Als letzte Chance, die Welt zu retten, sieht der Gastgeber die Konferenz. Da zeige sich, «ob die Menschheit fähig ist, das Leben auf diesem Planeten zu bewahren», beschwor der französische Präsident François Hollande vor zwei Monaten die Uno-Generalversammlung. «Nachher ist es zu spät.» Denn 2020 läuft das Kioto-Protokoll endgültig aus. 1997 einigten sich die Industrieländer darauf, ihren Ausstoss an CO₂ zurückzufahren, weil er zu einer gefährlichen Erderwärmung führe. Die Amerikaner schrieben aber ihre Verpflichtung nie fest, die Japaner und die Kanadier machten in den letzten Jah-

ren nicht mehr beim Abkommen mit. Und am meisten CO₂ stossen mittlerweile die Chinesen aus – vor zwanzig Jahren als Entwicklungsland nicht einmal eingebunden. An das Kioto-Protokoll halten sich nur mehr die EU, Norwegen und die Schweiz, sie tragen zusammen die Verantwortung für noch 11 Prozent der globalen CO₂-Emissionen.

Deshalb ringt die Uno seit acht Jahren um einen Vertrag, der alle Staaten verpflichtet. Für die Konferenz, die sich die Franzosen 170 Millionen Euro kosten lassen, fallen dafür in Paris 40 000 Delegierte aus insgesamt 194 Staaten ein, in den letzten Tagen zudem die Staats-

Wegen der Erderwärmung, behauptet Obama, leide seine Tochter Malia an Asthma.

chefs. Sie sollen innert zweier Wochen einen Entwurf von mehr als fünfzig Seiten, der bereits bei den Vorbereitungstreffen zu heftigem Streit führte, zu einem für alle annehmbaren Abkommen kneten. Doch schon jetzt zeichnet sich ab: Dazu wird es nicht kommen. Die Uno setzt deshalb darauf, dass sich die Staaten mit ihren sogenannten Intended Nationally Determined Contributions (INDC) selber in die Pflicht nehmen – und an ihre Versprechen halten. Selbst dann genügen die Anstrengungen gemäss dem Uno-Klimarat IPCC nicht, um die Menschheit zu retten. Auch wenn es nach Paris zu spät ist, treffen sich deshalb die Heerscharen der Warner zur nächsten Klimakonferenz in einem Jahr in Marrakesch.

2—Die Amerikaner halten sich nicht an ihre Versprechen.

«Ich bin optimistisch, dass wir alle auf das Ergebnis stolz sein können», schwärmt US-Präsident Barack Obama auf Vorrat. Er braucht einen Erfolg – und strebt doch keinen Vertrag an. Der Präsident schwört die Amerikaner auf den Kampf gegen den Klimawandel ein und führt deshalb höchstpersönlich die Diffamierungskampagne gegen skeptische Experten, Politiker und Publizisten an. Wegen der Erderwärmung, behauptet er, leide seine Tochter Malia an Asthma. Die Kritiker lachten ihn allerdings aus, als Raucher trage er viel mehr Schuld daran. (Nicht zu reden davon, dass sich die Erde in der Lebenszeit seiner siebzehnjährigen Tochter nicht erwärmt hat.)



Durchbruch für die Bürokratie: Klimaverhandlungen

Vor einem Vertrag scheut Obama zurück, weil er dafür im Senat eine Zweidrittelmehrheit brauchte. Und dafür sieht er – wie schon Bill Clinton beim Kioto-Protokoll – keine Chance. Darum herrscht der Präsident beim Klima ohne den Kongress. Sein Umweltamt EPA erklärte das CO₂ zum Umweltgift; deshalb befiehlt es den Gliedstaaten, die Produktion der Kohlekraftwerke zurückzufahren. Und sein Nationales Klimadaten-Zentrum NOAA schraubte so lange an den Daten herum, bis es 2014 und vorzeitig auch 2015 als «heisseste Jahre der Geschichte» ausrufen konnte (siehe Seite 39). Aber der republikanisch beherrschte Kongress und vor allem ein republikanischer Nachfolger im Weissen Haus werden Mittel finden, diese diktatorische Politik zu stoppen: George W. Bush legte als Vorgänger von Obama das Umweltamt still, indem er ihm kein Budget zugestand.

3—Den armen Ländern geht es nur ums Geld.

Sogar die Chinesen, jubeln die Warner vor dem Weltuntergang, machten jetzt beim Kampf



dienen dem Ausbau der Apparate.

gegen den Klimawandel mit. Sie versprechen allerdings bloss, dass ihr CO₂-Ausstoss – ein Viertel der weltweiten Emissionen – nur noch bis 2030 steige, danach sinkt das Wachstum ohnehin aufgrund der Demografie. Die Inder dagegen müssen auf Jahrzehnte hinaus noch mehr Menschen aus der Armut holen. Sie wehren sich deshalb gegen jegliche Verpflichtungen. «Wir können keinem Abkommen zustimmen», sagte ein indischer Delegierter dem *Indian Express*, «das unsere Möglichkeiten einschränkt, Energie mit Kohle zu erzeugen.»

Vor allem führen China und Indien die grosse Mehrheit der armen Länder an, die sich als Opfer des Klimawandels sehen: Schliesslich reden ihnen die Forscher seit einem Vierteljahrhundert ein, alle Übel wie Dürren und Stürme, Überflutungen, Missernten oder Seuchen kämen von der menschengemachten, also der von den Industrieländern verschuldeten Erderwärmung. Dafür fordern diese Staaten Entschädigungen – daran scheiterte die Konferenz von Kopenhagen, und daran scheitert wohl auch die Konferenz von Paris. Nach

dem Debakel von Kopenhagen verhiessen die Industrieländer, ab 2020 den Green Climate Fund mit jährlich 100 Milliarden Dollar zu äufnen – davon ist derzeit ein Zehntel zugesagt, noch weniger tatsächlich einbezahlt. Von der Anschubfinanzierung, zu der die Schweiz 100 Millionen beisteuerte, flossen bisher 168 Millionen in acht Projekte. Die Forderung nach Kompensationszahlungen für Klimaschäden lehnt sogar der Bundesrat ab.

4—Die Übereinkunft von Paris bringt für das Klima nichts.

Höchstens zwei Grad darf sich die Erde gegenüber der Zeit vor der Industrialisierung erwärmen: Was deutsche Aktivisten vor fünf Jahren dekretierten, gilt jetzt als Dogma für Wissenschaft, Medien und Politik. Die Forscher, die nicht daran glauben, weisen zwar nach: In der Römerzeit vor 2000 Jahren und im Hochmittelalter vor 1000 Jahren gab es mindestens so günstige Temperaturen wie in der Gegenwart. Zur Mitte des 19. Jahrhunderts, als die Industrialisierung sich im Westen durch-

setzte, endete eine kleine Eiszeit, unter der die Menschen vor allem im 17. Jahrhundert schwer litten; die Erwärmung lässt sich also natürlich erklären. Und im 20. Jahrhundert stiegen die Temperaturen nicht stetig an: In den vierziger Jahren herrschte oft Hitze, in den siebziger Jahren fürchteten führende Forscher ebenfalls die Apokalypse – wegen einer Eiszeit. Vor allem aber lagen die Wissenschaftler, gerade auch jene der ETH, die im letzten Vierteljahrhundert mit ihren Computermodellen die Klimaentwicklung voraussagen wollten, allesamt kläglich falsch (siehe Grafik Seite 39). Das hindert sie nicht daran, der Welt auf die Tonne genau vorzuschreiben, wie viel CO₂ sie noch ausstossen darf, wenn sie das Zwei-Grad-Ziel einhalten will.

Dumm nur: Gerade wer an die hyperpräzisen Kalkulationen des Weltklimarates IPCC glaubt, sieht in einem Klimavertrag, wenn er denn zustande käme, keine Rettung. Einerseits ist es längst zu spät. Sprachrohre des IPCC wie der Berner Professor Thomas Stocker warnen seit Jahren, wenn die Welt nicht umgehend auf das

Verbrennen von Kohle und Öl verzichte, lasse sich die Katastrophe nicht mehr abwenden. Und auch Fatih Birol, der Chef der Internationalen Energieagentur, hält das Erreichen des Zwei-Grad-Ziels für «praktisch ausgeschlossen». Andererseits hätten die Versprechen von Paris, selbst wenn sich die Staaten daran halten, kaum eine Wirkung. So wollen die USA ihren CO₂-Ausstoss bis 2025 um bis zu 28 Prozent senken. Wie die Atmosphärenphysikerin Judith Curry bei einer Anhörung im Kongress sagte, würde dieser billionenteure Kraftakt gemäss IPCC-Modellen die Erderwärmung bis zum Jahrhundertende um 0,03 Grad vermindern.

Der dänische Statistiker Bjørn Lomborg, der mit seinem Copenhagen Consensus Center erforscht, wie die Welt ihre Ressourcen am besten einsetzt, rechnet noch strenger. «Die Wirkung der Versprechen von Paris ist winzig», schreibt er in einer aktuellen Studie. «Alle nationalen Verpflichtungen zusammen führen dazu, dass die Temperatur bis 2100 um 0,048 Grad weniger steigt.» Die Kosten dafür schätzt er allein für die nächsten 25 Jahre auf 2,5 Billionen Dollar. Das Klimasekretariat der Uno hofft, dass die Staatengemeinschaft ihren CO₂-Ausstoss um insgesamt 33 Gigatonnen zurückfährt. Wie Lomborg nachweist, brauchte es aber eine Reduktion um 3000 Gigatonnen, nur um den Temperaturanstieg auf 2,7 Grad zu beschränken. «Paris wird als Konferenz angepriesen, wo

wir «den Planeten heilen» oder «die Welt retten können», spottet er deshalb. «*It is no such thing.*»

5 — Die Schweiz spielte bisher das Vorbild.

«Es geht doch nur darum, dem Staat zusätzliche Mittel zu verschaffen», schimpfte Roland Borer (SVP), als der Nationalrat 1998 das CO₂-Gesetz beschloss – «in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der übrigen Welt», wie der Kritiker höhnte. Die Weltklimakonferenz im japanischen Kioto einigte sich am 11. Dezember 1997 auf ein Protokoll, das den Industriestaaten vorschrieb, ihren CO₂-Ausstoss bis

Auch in der EU regt sich Widerstand, vor allem von den Polen, die ihre Kohle brauchen.

2012 um durchschnittlich fünf Prozent zu senken. Und die Schweiz, für ein Promille der globalen Emissionen verantwortlich, setzte ihre Verpflichtung als erster Staat umgehend in ein strenges Gesetz um. Dabei blieb das Kioto-Protokoll – weil die Amerikaner nicht mitmachten und weil die Chinesen, die Inder und die Brasilianer zu den grössten CO₂-Verursachern aufstiegen – immer ein Papiertiger.

Bei der Konferenz von Kopenhagen 2009 scheiterte der Versuch, die ganze Welt zum

Kampf gegen den Klimawandel zu verpflichten. Trotzdem schraubte der Bundesrat weiter am CO₂-Gesetz herum: Er kann jetzt mit dem Segen des Parlaments per Verordnung Zwischenziele befehlen und Strafen verhängen, wenn die Schweizer sich nicht genug einschränken. So kam es, wie es kommen musste: Die Schweiz erfüllte zwar ihre Verpflichtungen gemäss Kioto-Protokoll bis 2012, sie verfehlte aber 2013 ein (selbstgesetztes) Zwischenziel für die weitere Reduktion bis 2020 – um 0,5 Prozent. Deshalb stieg die Lenkungsabgabe auf Brennstoffe von 36 Franken pro Tonne CO₂ auf 60 Franken. Die Erdöl-Vereinigung klagte deswegen beim Bundesverwaltungsgericht und blitzte Ende Oktober ab: Wenn das Bundesamt für Umwelt mit undurchsichtigen statistischen Methoden den CO₂-Ausstoss der Schweiz schätzt (auf ein halbes Prozent genau!), geht alles mit rechten Dingen zu.

6 — Die Schweiz spielt weiterhin das Vorbild – und niemand folgt.

Die Schweizer drängen weiter als Musterknaben vor. Bundesrätin Doris Leuthard, von den Klimabewegten als St. Doris angerufen, kündete schon Ende Februar – vor allen anderen Ländern, auch lange vor der EU – die Versprechen der Schweiz für Paris an: Das Land soll bis 2050 den CO₂-Ausstoss gegenüber dem Wert von 1990 auf die Hälfte senken. Mindestens



Wirtschaft to go!

Egal wo, egal wann.

Ihr Digital-Abo der **HANDELSZEITUNG** unter
shop.wirtschaftsmedien.ch/hz

Handelszeitung
Die Schweizer Wochenzeitung für Wirtschaft

dreissig Prozent sparen fordert diese Verpflichtung im Inland; dabei räumt sogar Doris Leuthard ein, die Schweizer Wirtschaft arbeite bereits so effizient, dass sich ihr Energieverbrauch nur noch zu hohen Kosten senken lasse. Die Umweltkommission des Nationalrats schätzt den Preis für das Vermeiden einer Tonne CO₂ im Inland auf 160 Franken, im Ausland auf weniger als einen Franken. Aber wenn die Schweizer Gelder dort helfen, wo sie wirklich etwas nützen, fliessen die Subventionen für einheimische Alternativenergie nicht mehr so üppig.

Was geschieht in Bern, wenn in Paris nichts geschieht? Der Bundesrat will Mitte 2016 seine Vorschläge in die Vernehmlassung schicken, um das schärfste CO₂-Gesetz der Welt weiter zu verschärfen – ganz egal, dass dies dem Klima nichts bringt, den anderen Ländern nicht als Vorbild dient und der Schweizer Wirtschaft schadet. Aber weil es noch mehr Subventionen zu verteilen gibt, vor allem für Handwerker bei Hausanierungen, regt sich bisher kaum Widerstand. Nur die welsche Arbeitgeberorganisation Centre Patronal ärgert sich darüber, dass die Schweiz in Paris einmal mehr auf Kosten der Unternehmen den Klassenbesten spiele: «Noch bevor die Konferenz stattgefunden hat – und alles deutet darauf hin, dass sie einmal mehr zu keinem ernsthaften Ergebnis führen wird –, sind dem Bundesrat die Hände gebunden.» Nicht richtig ist daran nur: Der Bundesrat band sich die Hände selber, denn es geht ihm, wie Borer schon vor siebzehn Jahren sah, nur um mehr Geld.

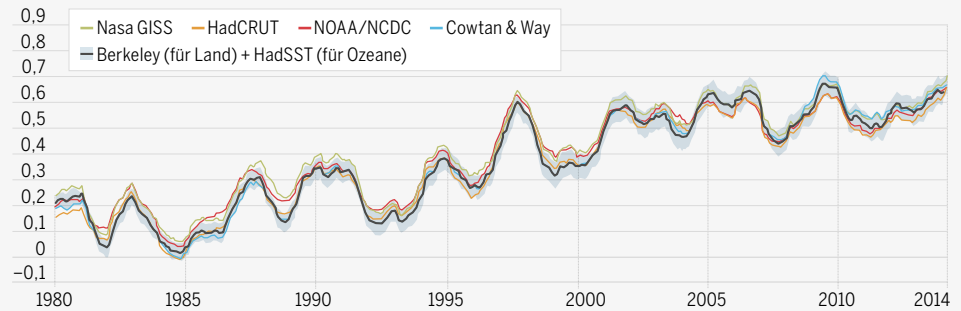
7 — Das Klima krankt (angeblich), die Bürokratie lebt.

Das Fazit: Die Konferenz von Paris führt kaum zu einem verpflichtenden Vertrag. Denn die Amerikaner wehren sich gegen die Versprechen von Präsident Obama. Die Chinesen sagen nur darin zu, was sie ohnehin für ihre Wirtschaftsentwicklung vorsehen. Die Inder sperren sich gegen jegliche Verpflichtung. Und auch in der EU regt sich Widerstand, vor allem von den Polen, die ihre Kohle brauchen. Selbst wenn alle zu hohen Kosten ihre Wirtschaft und damit ihren Wohlstand einschränken – wenn also die Schweiz ihren Anteil von einem Promille am immer noch rasant wachsenden CO₂-Ausstoss der Welt auf die Hälfte zurückzwängt –, nützt dies dem Klima aber nichts.

Warum dann diese Konferenz? Die einfachste Wahrheit kommt vom führenden Klima-Ökonomen Richard Tol, der sich vor zwei Jahren weigerte, den jüngsten IPCC-Bericht mitzutragen, weil er ihn zu alarmistisch fand. «Wer daran glaubt, dass internationale Klimaverhandlungen dazu dienen, den Ausstoss von Treibhausgasen zu vermindern, erlebt Paris als eine Übung in Sinnlosigkeit», spottet der niederländische Professor. «Wer dagegen darauf hofft, dass die Klimaverhandlungen zum Ausbau der Bürokratien führen, der erfährt Paris als rauschenden Erfolg.»

Keine Erwärmung seit 18 Jahren

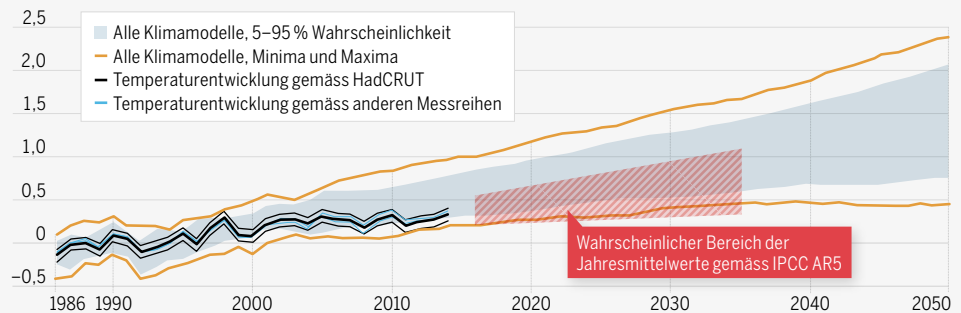
Abweichung von Durchschnittstemperatur 1951–1980, in Grad Celsius



QUELLE: PROF. JUDITH CURRY, GEORGIA TECH

Falsche Prognosen mit Klimamodellen

Vorhergesagte und tatsächliche Entwicklung seit 1985, in Grad Celsius



QUELLEN: IPCC, PROF. JUDITH CURRY

Die gemessenen Temperaturen liegen unter den vorausgesagten.

Erderwärmung

Falsche Voraussagen

Bis zum Jahrhundertende könnte es um fünf Grad wärmer werden, warnen Klimaforscher. Bisher lagen sie falsch.

Ein hitziger Juli, ein milder November – die Schweizer verspürten in diesem auffallend schönen Jahr vermeintlich die Wirkungen des Klimawandels. Dabei genossen sie aber nur das Hier und Jetzt, ohne globalen oder historischen Vergleich. Er hätte den Schweizern gezeigt: Andernorts, vor allem von der Arktis bis Nordeuropa, herrschte ein ausgesprochen kühler Sommer. Und zu anderen Zeiten, etwa in den vierziger Jahren, stiegen die Temperaturen noch stärker. Im heissen Sommer 2015 wurden denn auch nur wenige Hitzerekorde überboten.

«Erwärmungspause»

Weltweit riefen jedoch Klimaforscher erwartungsfroh 2015 zum wärmsten Jahr aus. Die Grafik mit verschiedenen Messreihen zeigt allerdings: Seit 1998 hat sich die Erde nicht mehr erwärmt. Bis vor wenigen Jahren stritten die Klimaalarmisten diese «Erwärmungspause» ab. Darauf eiferten sie, eine Erklärung dafür zu finden. Und jetzt jubeln sie über eine Studie der US-Klimabehörde NOAA, die angeblich zeigt,

dass die Erwärmung wieder einsetzt. Dabei lässt sich diese leicht erklären: Derzeit führt, wie schon 1998, das Klimaphänomen El Niño – eine warme Strömung im Südpazifik – zu höheren Temperaturen.

Selbst wenn die Klimaforscher 2015 zum wärmsten Jahr ausrufen, können sie nicht leugnen, dass ihre Computermodelle zu heiss laufen. Die gegenwärtig gemessenen

Die Klimaforscher können nicht leugnen, dass ihre Modelle zu heiss laufen.

Temperaturen liegen unter allen, welche die Rechner im letzten Vierteljahrhundert als wahrscheinlich voraus sagten. Das dürfte daran liegen, dass sie es falsch einschätzten, wie stark sich die Erde erwärmt, wenn der CO₂-Anteil in der Atmosphäre ansteigt. Die meisten Studien zeigen: Auch wenn der CO₂-Ausstoss wie bisher andauert, erwärmt sich die Erde in diesem Jahrhundert um nicht mehr als zwei Grad. *Markus Schär*

Der Pariser Jahrmarkt

Die Klimakonferenz wird zu einem Tummelplatz der Umverteilungskünstler. Politiker der Entwicklungsländer haben tausend Ideen, wie sie den Industrieländern Geld abnehmen könnten.

Von Beat Gygi



Schräubeln an den Treibhausgas-Zahlen: Klima-Delegation Französisch-Polynesiens auf der Insel Raiatea.

Es ist zu erwarten, dass der Klimagipfel in Paris als grosser Jahrmarkt der Umverteilungs-Profis über die Bühne gehen wird. Die Regierungsdelegationen und Nichtregierungsorganisationen werden laufend schauen, wo es Gelegenheiten für Tauschgeschäfte gibt und mit welchen bekannten oder neuen bis exotischen Argumenten man im Verhandeln und Feilschen einen maximalen Ertrag für sich selber herausholen könnte.

Findet sich vielleicht eine Koalition für die Idee, Steuern auf Finanztransaktionen oder Transporten zu erheben und diese in einen «grünen Fonds» zu leiten? Kann man das Belassen einer Urwaldfläche eventuell als Umweltschutzmassnahme zu Geld machen? Zieht man alle Zusammenhänge in Betracht, geht es um grosse Beträge, welche die Fantasien und Begehrlichkeiten der Verhandlungsbürokraten in Paris gewaltig anregen dürften.

Es können gut und gerne 500 bis 1000 Milliarden Dollar sein, die in den Köpfen der Umwelt-Profis herumschwirren und um die man sich an den Konferenztischen balgen wird. Natürlich wird es nicht zum offenen Kampf nur ums Geld kommen, denn als offizielles Ziel der Klimakonferenz gilt ja die Suche nach Möglichkeiten und Wegen, um die Treibhausgas-Emissionen weltweit koordiniert zu verringern und so die Erderwärmung zu drosseln. Die an der Klimakonferenz versammelten Regierungen sollen vor allem das ins Visier nehmen, was die Wissenschaftler als internationales Übel und als Gefahr für das Klima sehen: Treibhausgase beziehungsweise CO₂-Emissionen.

Aber im Grunde genommen sehen viele Regierungen, Nichtregierungsorganisationen und andere Interessengruppen das Schräubeln an den Treibhausgas-Zahlen nicht wirk-

lich als Ziel, sondern eher als Mittel, um andere Ziele zu erreichen. CO₂ wird an der Konferenz so etwas wie eine Währung darstellen, die sich einsetzen lässt, wenn man im Tauschhandel des Klimagipfels um Milliardensummen spielen will. Das geht etwa nach dem Motto: «Ich reduziere meinen CO₂-Ausstoss um x Tonnen, wenn du mindestens etwas Gleichwertiges tust oder aber wenn du mir y Milliarden Dollar als Entschädigung dafür gibst.»

So wird gerechnet

Wieso dürfte die Umverteilungsmasse, die im Pariser Klima-Kasino die Spieler auf Trab halten wird, 500 bis 1000 Milliarden Dollar ausmachen? Die Rechnung geht wie folgt: Am «Erdgipfel» 1992 in Rio de Janeiro waren am Schluss der Konferenz Ansprüche von gut 600 Milliarden Dollar quasi als Streitsumme zwi-

schen «Nord» und «Süd» im Spiel, und diese Vorstellungen haben sich in der ganzen Klimadiskussion mehr oder weniger festgesetzt. Die Rio-Konferenz war damals der erste richtige Anlauf zu einer weltweit koordinierten Umweltpolitik mit Emissionsbegrenzungen. Die Ergebnisse dienten dann als Grundlage für das Kioto-Protokoll. Die gut 600 Milliarden Dollar entsprachen im Prinzip der Entschädigung, welche die grosse Gruppe der Entwicklungsländer seinerzeit von den Industrieländern für den Fall forderte, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer auf eine «umweltschonende» Wachstumspolitik umstellen und «sauber» wirtschaften würden.

Jährlich hundert Milliarden Dollar

So direkt formulierte die damals von Pakistan angeführte Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer, die G-77, ihre Forderungen freilich nicht. Nein, die Vertreter des Südens rechneten einfach aus, wie viel alle Nachhaltigkeitsprojekte in Drittwelt- und Schwellenländern kosten würden, die aus westlicher Sicht wünschbar waren, um beispielsweise den Regenwald, Meere oder andere natürliche Ressourcen von globaler Bedeutung zu erhalten. Neben Umweltschutzmassnahmen wurden auch das Unterlassen von Waldrodung oder der Verzicht auf ein Aufholen beim Erdölverbrauch in die Forderung einberechnet, nach dem Motto: «Wenn der Norden vom Süden ein gefälliges Verhalten wünscht, dann muss dafür die Entwicklungshilfe massiv aufgestockt werden.»

Ein solcher Entwicklungshilfe-Schub war natürlich jenseits der Wirklichkeit, aber an der Klimakonferenz 2009 in Kopenhagen verbuchte der Süden doch einen beachtlichen Verhandlungserfolg. Die Industrieländer versprachen damals, ab 2020 jährlich hundert Milliarden Dollar an die Entwicklungsländer zur Umsetzung von Klimamassnahmen zu zahlen. Heute ist die Welt auch in der offiziellen Sprache in Geber- und Nehmerländer aufgeteilt.

Fantasien zu weiteren Spielarten dieses Klimahandels und die damit verbundenen Forderungen dürften auch das Geschehen in Paris prägen. Im Lager der Entwicklungsländer bringt man etwa eine «Finanzierungslücke 2012–2020» ins Spiel, die nun zu schliessen sei, wenn das Klima wirklich verbessert werden soll. Der Begriff «Entwicklungshilfe» weicht mehr und mehr dem Ausdruck «Klimahilfe». Und nach der Zunahme der Menschenwanderungen von Afrika und Asien nach Europa wird auch die «klimabedingte Migration» zum Argument, das die Entwicklungsländer und die ihnen zugewandten Interessengruppen in die Verhandlungen einbringen.

Der Einfallsreichtum der Delegationen zur Praxis von Geben und vor allem Nehmen betrifft weitere Gebiete, auch wenn viele Positi-



Marokkanische Ehrengarde für Hollande in Tanger.

onen für die Pariser Konferenz noch nicht kommuniziert sind. Beispielsweise ist unklar, ob im neuen Rahmen alle Länder in das System zur Drosselung der Treibhausgas-Emissionen einbezogen werden oder ob es wieder eine Gruppe geben wird, die nicht mitmacht

An der Konferenz wird der Süden von der Schweiz allerlei Zahlungen fordern.

oder von Emissionszielen befreit ist. Es kann sein, dass die Entwicklungsländer ihre bisherige Freistellung von Emissionsauflagen ins neue Regime hinüberretten. Vielleicht möchte man die Freistellung aber auch differenziert und in einem komplexeren Rahmen in die Tat umsetzen.

Ein möglicher Ansatz heisst «Greenhouse Developments Rights», der beim Zuteilen von Emissionszielen auch den wirtschaftlichen Wachstumsspielraum eines Landes vorgeben und damit eine Art Klimagerechtigkeit herstellen soll. Noch kühner und dreister sind die Vorstösse, die mit Blick auf die Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Länder eine «historische Schuld» ins Spiel bringen. Dabei wird argumentiert, dass die Industrieländer ja schon eine lange Geschichte der Kohlenstoff-Emissionen und damit der Verschmutzung hinter sich hätten, während die Entwicklungsländer erst seit kurzem am Wachsen und am Verbrauch von Energie seien. Die «alten» Länder stünden deshalb in der Schuld der Nachzügler – und das rufe nach einer Aufstockung der Entwicklungs- oder Klimahilfe.

Komplexe Lösungen finden in internationalen Mammutkonstrukten meistens leichter

Mehrheiten, weil dabei besonders viele Möglichkeiten für Tauschgeschäfte entstehen, weil sich zahlreiche Interessengruppen so in die Klimapolitik einschalten können und weil man nicht genau sieht, wer wie viel dafür bezahlt. Für die Schweiz ist klar, dass sie an der Konferenz zu denjenigen Ländern gehört, von denen der Süden allerlei Zahlungen und Unterstützungen in Form von Entwicklungshilfe, Klimahilfe, Klimainvestitionen oder Technologietransfer fordert. Es wird erwartet, dass in Paris ein neuer, weltweit organisierter Technologietransfer von den Industrie- in die Entwicklungsländer als weitere Spielart der hoheitlich verwalteten Umverteilung ins Gespräch kommen wird. Das kann darauf hinauslaufen, dass eine zentrale Einrichtung geschaffen wird, die dereinst gezielt klimarettende Technologien von der Ersten in die Dritte Welt leiten soll.

Aus Schweizer Sicht könnte die Sorge aufkommen, ob solche Anordnungen nicht zu einem ungewollten Wissensabfluss bei den Unternehmen führen könnten. Fachleute aus der Wirtschaft weisen jedoch darauf hin, dass solche Befürchtungen unbegründet seien, wenn dereinst tatsächlich eine offizielle zentrale Drehscheibe zur Organisation des Technologietransfers zur Anwendung kommen sollte, denn solch zentralistische Lösungen funktionierten ohnehin nicht. Wichtiger sei aus Schweizer Sicht jedoch, dass die Anrechenbarkeit von CO₂-Reduktionen in der Emissionsbuchhaltung auch für eine möglichst breite Palette von Massnahmen im Ausland garantiert werde. Es wäre unsinnig, nur die Massnahmen «zu Hause» anzurechnen, denn hiesige Unternehmen könnten im Ausland viel effizienter zu Erfolgen kommen als im bereits sehr «sauberen» Inland. ○



CRESTA
PALACE

Adventsträume

SKI-(S)PASS CHF 35.–

1200 qm Wellness Bereich mit Panorama Pool und Kinderclub.
Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.

Zimmer/Frühstück ab CHF 150.– im DZ/Person
Ab 2 Nächten:
Skipass für CHF 35.– pro Person/Aufenthaltsstag

Wintersaison ab 4. 12. 2015

★★★★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
Annegret und Kai W. Ulrich

So arbeitet die Regierung

Der Bundesrat hakte die Debatte über Terror und Sicherheit nach einer kurzen Information durch Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga schnell ab. Dabei lief einiges schief bei den Abläufen nach dem Attentat. Von Hubert Mooser



«Gewisse Ohnmacht»: Dumermuth, Sommaruga, della Valle, Gattiker (v.l.).

«So arbeiten wir in der Schweiz» – gekonnt verwedelte Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) am Mittwoch vor einer Woche die Antwort auf Fragen nach einer Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Sommaruga war nach der Bundesratssitzung mit ihrem ganzen Hofstaat, der Direktorin des Bundesamtes für Polizei (Fedpol), Nicoletta della Valle, dem Direktor des Bundesamtes für Justiz (BJ), Martin Dumermuth, und natürlich mit ihrem Staatssekretär für Migration, Mario Gattiker, im Medienzentrum in Bern aufmarschiert. Die Darbietung der hochkarätigen Delegation war etwas weniger beeindruckend.

Sommaruga bezeichnete den Terrorakt zwar als Angriff auf die Freiheit, «zu tun, zu denken, zu sagen und zu glauben, was wir wollen». Und sie versprach: «Wir werden diese Freiheit verteidigen.» Aber sie sagte auch: Es gebe keine totale Sicherheit, und man empfinde gegenüber grausamen Taten wie jenen von Paris eine gewisse Ohnmacht. Redet so eine Justizministerin, die den Kampf gegen Terroristen entschlossen führen will? Es kam noch schlimmer.

Als der Vertreter der *Basler Zeitung* sich erkundigte, wann die Armee zur Unterstützung des Grenzwachtkorps aufgeboden werde, reagierte Sommaruga wie eine beleidigte Diva. Die Kerngruppe Sicherheit, welcher Nachrichtendienstchef Markus Seiler, die Fedpol-Direktorin della

Valle und EDA-Staatssekretär Yves Rossier angehören, prüften auch diese Frage, gab sie zurück. Die Kerngruppe könne dann, falls nötig, dem Sicherheitsausschuss des Bundesrates (Sommaruga, Maurer, Burkhalter) einen entsprechenden Antrag stellen und der bundesrätliche Sicherheitsausschuss diesen dann der Landesregierung vorlegen. «So arbeiten wir in der Schweiz.» Die Belehrung der Bundespräsidentin zeigt vor allem eines: Sie hat die Sicherheit perfekt veradministriert. Sicherer ist das Land deswegen aber noch lange nicht.

Alt Bundesrat Christoph Blocher sprach im «Sonntalk» auf Tele Züri von einer Realitätsverweigerung. Die Gefahr von Terrorismus und Völkerwanderung werde in der Schweiz nicht ernst genommen. Die Situation werde auf allen Ebenen beschönigt, damit man nichts unternehmen müsse, kritisierte der frühere Justizminister. Dabei ist es naheliegend, dass mit der unkontrollierten Flut an Flüchtlingen, die derzeit auch über die Schweiz hereinbricht, auch potenzielle islamistische Terroristen ins Land kommen könnten.

Trotzdem war der Terrorangriff von Paris, der ganz Europa in Atem hielt – in Belgien galt Anfang Woche immer noch die höchste Alarmstufe –, für den Bundesrat nach einer kurzen Information durch Sommaruga bereits abgehakt. Und worüber informierte die Justizministerin

ihre Kollegen? Dem Vernehmen nach orientierte sie den Bundesrat über die internen Abläufe nach der Attentatsserie in Paris – das hatten die einzelnen Bundesräte längst aus den Medien erfahren.

Eine detaillierte Lageanalyse der islamistischen Bedrohung in der Schweiz konnte die Justizministerin nicht präsentieren, obwohl einzelne Bundesräte eigentlich genau das von Sommaruga erwartet hatten. Der Trend im Bundesrat ging aber ohnehin in eine andere Richtung: egal, wie die Situation auch ist, auf keinen Fall falsche Signale nach aussen transportieren. Der Sonderstab Asyl wird nicht eingesetzt, weil sonst der Eindruck entstehen könnte, die Situation laufe aus dem Ruder. In einer Art Torschlusspanik könnten dann noch mehr Asylsuchende ins Land strömen, führte Sommaruga im Bundesrat aus. Systematische Grenzkontrollen könne man nicht einführen, weil täglich gegen 20000 Grenzgänger zur Arbeit kommen. Damit war die Diskussion zu Ende.

Über das neue Tabakgesetz von Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) wurde viel länger und ausführlicher diskutiert als über die Sicherheitslage nach den Anschlägen in Paris. Die Finanzministerin wollte eine weitere Erhöhung der Tabakpreise durchsetzen. Sie kam damit jedoch, eine Woche nachdem der Bundesrat an seinem Tabakwerbeverbot festgehalten hatte, nicht durch. Johann Schneider-Ammann (FDP), Doris Leuthard (CVP) und Ueli Maurer (SVP) legten sich quer, die Finanzministerin musste das Geschäft zurücknehmen.

Sommarugas Fast-Staatsstreich

Zu den Abläufen in der Schweiz nach den Anschlägen hätte es einiges zu bereden gegeben. Im Eifer, alles richtig zu machen, machte die Bundespräsidentin vieles falsch: Mit ihrem Aktivismus schrammte sie haarscharf an einem ordnungspolitischen Schnitzer vorbei – einem Fast-Staatsstreich im Swissminiatur-Format. Sommaruga hatte nach der Terrorwelle in Paris am Samstag eine Telefonkonferenz organisiert mit den Kollegen des Sicherheitsausschusses, Verteidigungsminister Maurer und Aussenminister Burkhalter. Zugeschaltet war auch Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) als oberste Chefin des Grenzwachtkorps. Faktisch hätte dieses Quartett den Gesamtbundesrat auf Beschlüsse verpflichten können – unter Ausbootung der Bundesräte Johann Schneider-Ammann, Doris Leuthard und Alain

Berset (SP). Denn ab einer Anzahl von vier Bundesräten gilt die Landesregierung als beschlussfähig. Genau um dies zu vermeiden, sitzen in den jeweiligen Ausschüssen stets nur drei Bundesräte. Sommaruga war dies offenbar nicht bewusst, sonst hätte sie wohl den Direktor der Zollverwaltung zuschalten lassen.

Auch sonst lief nach den Terroranschlägen von Paris nicht alles optimal. Erstens: Der Gesamtbundesrat war in der ersten Phase nach den Attentaten schlechter informiert als die Presseleute. Er wurde von der Bundeskanzlei über den Kurznachrichtendienst mit Nebensächlichkeiten bombardiert. Zum Beispiel: Man setze die Fahnen des Bundeshauses nun auf Halbmast. Zweitens: Sommaruga, Widmer-Schlumpf und Maurer sprachen sich für verstärkte Grenzkontrollen aus. Aber wie Maurer später einwandte: Es war nicht klar, ob alle drei Magistraten darunter das Gleiche verstanden. Drittens: Die drei Mitglieder des Sicherheitsausschusses, Sommaruga, Maurer und Burkhalter, rangelten in den ersten Tagen vor allem um die Aufmerksamkeit des Publikums. Jeder kochte dabei, wie für den Bundesrat typisch, sein eigenes Süppchen.

Widersprüchliche Kommunikation

Am Freitag nach den Anschlägen war zuerst die Bundespräsidentin am Drücker – mit ihrer Betroffenheitserklärung vor den Medien in Bern. Verteidigungsminister Maurer meldete sich im *Sonntagsblick* zu Wort: Angehörige der Armee sollten die Grenzwächter unterstützen. Auch Burkhalter griff ins Geschehen ein und verkündete: «Wenn es ein Krieg wäre, müsste die Schweiz neutral sein. Gegen den Terrorismus kann man aber nicht neutral sein» – dies, obschon die Drahtzieher des Anschlages vom Islamischen Staat eine Kriegspartei in Syrien sind.

Dann der Auftritt von Sommaruga vor den Bundeshausmedien, wo sie nicht bloss Journalisten zurechtwies, sondern en passant auch Bundesratskollege Maurer desavouierte, der die Wiedereinführung von Grenzkontrollen verlangt hatte. In der «Samstagsrundschau» von Radio SRF war wieder Maurer an der Reihe. Er forderte einen Ausbau von Nachrichtendienst, Grenzwachtkorps und Polizeikräften, warnte aber gleichzeitig und im Gleichklang mit Sommaruga vor einer Überreaktion. So viel lässt sich sagen: Die Kommunikation war konfus bis widersprüchlich.

Als Bürger und Beobachter fragt man sich auch, wie gut die Verantwortlichen wirklich informiert sind. Zur Islamistszene in Winterthur sagte Fedpol-Chefin della Valle, oberste Polizistin im Lande und in dieser Funktion auch für den Sicherheitsdienst im Bundeshaus verantwortlich, in der *NZZ*: Jugendliche würden nicht in einen Kulturverein gehen, um sich Hasspredigten eines alten Mannes anzuhören – obwohl in Winterthur nachweislich genau das passiert. ○

Bundeshaus

Ein bewährter Trick

Entgegen den Ankündigungen fliessen nun also doch zusätzliche Gelder für den Klimaschutz. Wie Bundesrätin Doris Leuthard mit den Millionen Verwirrung stiftet.



Hauptsache, gut dastehen: Leuthard.

Es ist fast wie eine wundersame Geldvermehrung: Vor einem Jahr in New York beim Klimagipfel beschloss die Staatengemeinschaft Investitionen von hundert Milliarden Dollar in den Klimaschutz von Entwicklungsländern. Die Schweiz beteiligte sich mit hundert Millionen Dollar daran – umgerechnet rund 95 Millionen Franken. Dieser Betrag wird in drei Tranchen ausbezahlt. Obwohl die Schweiz eigentlich beim Klimagipfel in Paris keine zusätzlichen Gelder versprechen wollte, gab nun Infrastrukturministerin Doris Leuthard (CVP) dem *Tages-Anzeiger* kürzlich zu Protokoll: Die Beiträge der Schweiz zur internationalen Klimafinanzierung würden bis 2020 auf zirka 300 Millionen Franken steigen.

Viele Kässeli

Wie ist das möglich, wo die Schweiz doch keine zusätzlichen Gelder für den Klimaschutz sprechen wollte? In Leuthards Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) hat man dafür eine Erklärung parat: Die gesamte Klimafinanzierung der Schweiz umfasse halt mehr als diesen Beitrag an den Green Climate Fund (GCF). Der GCF sei nämlich bloss eine von mehreren Quellen bei der internationalen Klimafinanzierung. Wei-

tere seien zum Beispiel die Weltbank, die regionalen Entwicklungsbanken, die Global Environment Facility (GEF) sowie die bilaterale Kooperation der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (Deza) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (Seco), heisst es in der Stellungnahme des Uvek. Und: Die Klimafinanzierung werde bis 2020 weiter intensiviert.

Einmal mehr zeigt die Klimafinanzierung exemplarisch auf, wie die Bundesverwaltung bei internationalen Projekten mit einer auf viele Kässeli verteilten Finanzierung von diversen Projekten Verwirrung stiftet und dadurch den Überblick über die effektiven Kosten erschwert. Diese Taktik hat sich zum Beispiel schon 2005 im Vorfeld der Abstimmung über das bilaterale Abkommen zu Schengen/Dublin bewährt. Bei diesem Abkommen geht es um die Zusammenarbeit europäischer Staaten in den Bereichen Justiz, Polizei, Visa und Asyl. Der Vertrag bedeutete das Ende der Grenzkontrollen. Seit seinem Inkrafttreten 2008 heisst es jedoch, das System funktioniere nicht – weil die Zahl der Asylgesuche ansteigt.

Ausgaben explodieren

Doch es steigen nicht bloss die Flüchtlingszahlen, sondern auch die Ausgaben. Vor der Abstimmung wurde der Schweizer Bevölkerung vom Bundesrat vorgezeichnet, dass die Teilnahme an Schengen und Dublin gesamthaft gesehen beträchtliche Einsparungen ermöglichen werde. Die Kosten im Polizeibereich beispielsweise für das Schengener Informationssystem (SIS) seien verhältnismässig gering. Für die Jahre 2006 bis 2008 wurden die jährlichen Mehraufwendungen vom Bundesrat auf etwas über sieben Millionen Franken berechnet. Wie die *Basler Zeitung* schon vor zwei Jahren vorrechnete, explodierten die Ausgaben dafür bereits ab 2008 auf fast 50 Millionen Franken. Ein Jahr später waren es siebzig 70 und 2010 86 Millionen Franken.

Die internationale Klimafinanzierung nimmt jetzt einen ähnlichen Verlauf – damit Umweltschutzministerin Doris Leuthard und Aussenminister Didier Burkhalter bei Uno- und Klimakonferenzen gut dastehen. *Huber Mooser*

Botschafter der Urschweiz

Die Wahl des Lega-Politikers Norman Gobbi in den Bundesrat wäre ein Akt der Vernunft. Der Tessiner könnte die politische Verspannung im Land lösen. Allerdings müssten viele über ihren Schatten springen – im Tessin, in der SVP, in der Bundesversammlung. *Von Alex Baur und Jacqueline Haener (Bild)*

Die Nomination von Norman Gobbi, 38, zurzeit Präsident der Tessiner Regierung, dürfte einige politische Schwergewichte südlich des Gotthards arg in Verlegenheit gebracht haben. Vom Sozialdemokraten Roberto Malacrida über den Freisinnigen Giovanni Merlini und Gabriele Pinoja von der Volkspartei bis zum Christlichdemokraten Filippo Lombardi stellten sich zwar fast alle öffentlich hinter den Bundesratskandidaten der SVP. Alles andere wäre in der Tessiner Öffentlichkeit schlecht angekommen. Seit sechzehn Jahren wartet die italienischsprachige Schweiz auf einen Vertreter im Bundesrat. Der kürzlich mit Glanzresultat wiedergewählte Staatsrat Gobbi ist nicht nur beim Volk beliebt. Selbst seine politischen Gegner räumen ein, dass der Lega-Mann in der kantonalen Exekutive tadellose Arbeit leiste.

Was hinter den Kulissen gedacht und geredet wird, ist eine andere Geschichte. Da wäre zuerst ein ganz praktisches Problem: Einen Tessiner Bundesrat gibt es bestenfalls alle zwanzig Jahre – wenn Gobbi gewählt würde, das wissen seine Zeitgenossen, könnten sie ihre eigenen Ambitionen getrost begraben. Vor allem aber gehört Norman Gobbi einer Partei an, der Lega dei Ticinesi, die eigentlich gar keine Partei ist, die schon oft totgesagt wurde und trotzdem oder gerade deshalb seit einem Vierteljahrhundert von einem Wahlerfolg zum nächsten eilt. Mit fast dreissig Prozent Wähleranteil ist die Lega heute die stärkste politische Kraft im Tessin. Ausgerechnet diese Bewegung, die dem politischen Establishment partout auf der Nase herumtanzt, soll nun den nächsten Bundesrat stellen? Eine bittere Medizin.

Keiner wurde so gelöchert

In der deutschen Schweiz wittern derweil einige Polit-Auguren hinter Gobbis Lancierung ein bauernschlaues Ablenkungsmanöver der SVP, welches die Gemüter besänftigen und den Weg für den Zuger Thomas Aeschi freischaufeln soll. Doch das ist zu kurz gedacht. Namentlich SVP-Präsident Toni Brunner, der den Coup dem Vernehmen nach bereits nach den Wahlen einfädelte, meint es sehr ernst damit. Und das hat nicht nur damit zu tun, dass sich die zwei Landeier aus dem Toggenburg beziehungsweise der Leventina persönlich bestens verstehen. Die beiden verkörpern nicht nur dieselbe Generation, sie ticken auch politisch zum Verwechseln ähnlich.

Die grössten Widerstände hatte der Tessiner vorab gleichwohl bei der SVP zu überwinden. «Keiner wurde bei den Hearings so gelöchert wie Gobbi», sagt einer, der dabei war. Man habe sich vor allem gefragt, ob der Lega-Mann nicht ein verkappter «Kantonalsozialist» sei. Denn in sozialen und wirtschaftlichen Fragen deckt sich das Programm der eher linken Lega nur bedingt mit jenem der SVP. Doch dem dreisprachigen Tessiner, der in der TV-«Arena» locker bestehen könnte, gelang es, die Bedenken zu zerstreuen. Er schaffte die parteiinterne Ausmarchung mit dem besten Resultat.

Das politische Umfeld erscheint gleichwohl alles andere als vorteilhaft für Gobbi. Doch das war bereits so, als er 1996 mit 19 Jahren ins Gemeindeparlament von Quinto gewählt wurde. Niemand gab der damals neuen Lega oberhalb des Monte Ceneri eine Chance. Sie trat mit bloss zwei Kandidaten an und eroberte vier Sitze. Und so ging es weiter: 1999 wurde



Wiege und Riegel der Eidgenossen: Gotthard.

Norman Gobbi überraschend ins Kantonsparlament gewählt, das er zehn Jahre später souverän präsidierte. 2010 gelang ihm der Sprung in den Nationalrat, wo er in der SVP-Fraktion politisierte. 2011 folgte die Wahl in die Tessiner Regierung. Allen Warnungen zum Trotz fügte sich der Lega-Mann problemlos ins Kollegium ein und zeichnete sich schnell als zuverlässiger und dossiersicherer Pragmatiker aus.

Unterschätzter Bäckerssohn

Seine grösste Stärke ist vielleicht, dass man Gobbi stets unterschätzte. Als Bäckerssohn aus dem fernen Piotta bei Airolo hat man eigentlich keine Chance in der höheren Tessiner Politik, wo alteingessene Familien, gleich welcher Couleur, seit Menschengedenken die Pfründen unter sich aufteilen. Die Lega, die in den 1990er Jahren nach mehreren Korruptionsskandalen als Gegenbewegung zu diesem Esta-

blishment entstand, bot dem Provinzpolitiker Gobbi eine unverhoffte Chance. Der instinkt-sichere Lega-Häuptling Giuliano Bignasca erkannte sehr früh das Talent des ehrgeizigen Leventiners, der, wie er selber, aus einer freisinnigen Familie stammte. Damit hatte es sich allerdings bereits mit den Gemeinsamkeiten. Anders als der rotzfreche Bauhengst Bignasca war der Bergler Gobbi nie ein Mann grosser

Auffällig ist die Begeisterung, mit der seine Nomination für den Bundesrat hier gefeiert wird.

Worte. Doch Bignasca wusste nur zu gut, dass man oben in den Tälern nicht so hemdsärmelig politisieren konnte wie unten im urbanen Sottoceneri. Er liess Gobbi freie Hand.

Die ländliche Leventina ist ein karges Pflaster für einen aufgeweckten Jugendlichen. Ausser Eishockey gibt es da nicht viel. Die Begeisterung für den Heimklub Ambri bekam Norman mit der Muttermilch eingeflösst, doch allein schon aufgrund seiner körperlichen Konstitution schaffte es Gobbi auf dem Eis nie weiter als bis zum Schiedsrichter. Neben dem Militär, wo er es zum Offizier brachte, bot ihm die Politik eine Alternative.

Gobbis Ziel war allerdings ein ganz anderes, als er 1997 an der Universität in Zürich das Studium der Politikwissenschaften begann: Er wollte in den diplomatischen Dienst. Bis ihn 1999 die unverhoffte Wahl ins Kantonsparlament wieder ins Tessin zurückholte. Er wechselte in der Folge an die Universität in Lugano und schloss sein Studium in Kommunikation ab. Danach eröffnete er mit Partnern ein Beratungsbüro in der Leventina, das sich vor allem mit dem Tourismus befasste.

Wir treffen Gobbi zu einem kleinen Rundgang durch die schmucke Altstadt von Bellinzona. Jeder scheint ihn hier zu kennen, kaum einer geht vorbei, ohne zu grüssen. Das allein ist nicht aussergewöhnlich im kleinräumigen Ticino. Auffällig ist hingegen die Begeisterung, mit der seine Nomination für den Bundesrat hier gefeiert wird – und vor allem die schon fast mürrische Bescheidenheit, mit der Gobbi auf den Jubel reagiert. Gobbi ist nicht der Politiker, der das Bad in der Menge sucht, aber er scheut die Menschen auch nicht. Auf seine brummelige Art wirkt er ganz einfach authentisch.

Wenn einer als Teenager in die Politik einsteigt und bereits mit 38 Jahren auf das höchst-



Politik als Alternative: Bundesratskandidat Gobbi, 38.



Ganz einfach authentisch: Politiker Gobbi.

te Amt zusteuert, das in der Schweiz zu vergeben ist, dann mag das auf den ersten Blick misstrauisch stimmen. Wie sehr muss sich ein Mensch verbiegen, um eine solche Karriere hinzukriegen? Sogar seine Ehefrau fand er über die Politik, aber nicht etwa im Plenarsaal oder in einer Parteizentrale, nein, Elena leitete das Bistro im Tessiner Parlament. Die Liaison ist irgendwie typisch für Gobbi: Bei allem Politisieren hat er die Bodenhaftung nie verloren. Er muss sich beim Volk nicht anbiedern, weil er einer aus dem Volk geblieben ist.

Tatsächlich konnte Gobbi nicht von einem Einzug in den Bundesrat träumen, als er der Lega beitrat. Auch wenn die Kandidatur in sich durchaus schlüssig ist: Wer sollte das Tessin besser vertreten als ein Vertreter der grössten politischen Bewegung, die auf nationaler Ebene seit 2003 in die SVP eingebunden ist?

Fauxpas auf dem Eis

«Lass dich wegen des *Blicks* nicht unterkriegen», bekommen wir bei unserem Rundgang durch Bellinzona mehrmals zu hören. Die «Neger-Kampagne» des Boulevardblattes wurde im Tessin sehr wohl wahrgenommen, und sie kam sehr schlecht an. Vor bald zehn Jahren hatte Gobbi in der Hitze des Hockeyderbys Ambri–Lugano einen schwarzen Spieler als *negro* verspottet. *Negro* heisst auch auf Italienisch nicht dasselbe wie *nero* (eine der Farben der *bianconeri* vom HC Lugano), was seine politischen Gegner genüsslich ausschalteten. Gobbi hat sich schon tausendmal für den Fauxpas entschuldigt, zuallererst beim betroffenen Spieler, der die Sache locker nahm.

Der notorische Lega-Hasser und Ringier-Promi Paolo Bernasconi – in der Deutschschweiz eine bekannte Grösse, in der Tessiner

Politik ein Fliegengewicht – hat die uralte Geschichte effektiv rezykliert. Nur: Für Bernasconi ist niemand wählbar, der rechts von ihm steht. Die Rassisten-Story zeigt letztlich vor allem eines: Wie wenig die deutsche Schweiz vom Tessin begreift – und wie bitter nötig es wäre, die italienische Schweiz wieder etwas ernster zu nehmen. Schon deshalb wäre es höchste Zeit für einen Tessiner Bundesrat.

Wenn die Tessiner der Masseneinwanderungsinitiative so massiv zustimmten, wie sie die Europäische Union ablehnen, hat das nichts mit hinterwäldlerischer Fremdenfeindlichkeit zu tun. Sondern mit der engen Nach-



Einsatz für Ambri: als Schiedsrichter.

barschaft zu Italien, wo viele Probleme markant schärfer daherkommen als anderswo. Wenn beispielsweise über 60 000 Grenzgänger das Lohngefüge wie auch die Verkehrslage an den Rand des Kollapses bringen, helfen schöne Worte nicht weiter. Andererseits hatten die Tessiner bei aller Abgrenzung schon immer eine wichtige Brückenfunktion gegenüber Italien. Auch die Beziehungen zu Rom waren schon besser und bedürfen dringend ein wenig der Pflege.

Das lässt sich illustrieren an den Verhandlungen um das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Bern und Rom, die sinnigerweise in englischer Sprache geführt wurden. Als die Italiener die Verhandlungen unterbrachen, stellte die Tessiner Regierung auf Druck der Lega kurzerhand die Überweisung von Quellensteuern in die Lombardei ein. Das war wohl nicht ganz regelkonform, aber dennoch sehr erfolgreich. Anders als in Bern regte sich in Rom kein Mensch über den frechen Wink mit dem Zaunpfahl auf. Im Gegenteil, man nahm die *svizzeri* nun etwas ernster und setzte sich wieder mit ihnen an den Verhandlungstisch.

In seinem Büro referiert Norman Gobbi über die Tessiner Geschichte und das komplexe Ver-

Es wäre bitter nötig, die italienische Schweiz wieder etwas ernster zu nehmen.

hältnis zur Schweiz. Der Mann in seinem Element, im Sekundentakt prasseln die historischen Figuren und Ereignisse auf den Zuhörer. Mit einfachen, aber präzisen Sätzen erklärt er, warum das seit über 500 Jahren an die Eidgenossenschaft gebundene Tessin nicht bloss ein Wurmfortsatz dieses Landes ist, sondern ein historisch gewachsenes, zentrales Element im Ausgleich zwischen der Romandie und der Deutschschweiz, zwischen Nord und Süd.

Im historischen Exkurs blitzen auch immer wieder Gobbis eigene Wurzeln durch: die eines Urschweizers, eines Nachkommen von Sennen, Säumern, Händlern und Festungswächtern am Gotthard, der Wiege der Eidgenossenschaft. Auch das gehört zum Tessin.

Gobbi ist kein Politiker der grossen Würfe. Die Neuerungen etwa beim Handelsregister oder bei der Polizei unter seiner Regie waren unspektakulär, bei der Justizreform harzt es. Auf die Frage, was seiner Ansicht nach seine grösste Leistung sei, nennt Gobbi die Personalpolitik, etwa bei der Evaluation des neuen Polizeikommandanten. Anders als in der Tessiner Politik üblich habe er sein Personal strikt nach fachlichen Kriterien und ohne Rücksicht auf parteipolitische Herkunft und Seilschaften ausgewählt. Eine Haltung, wie man sie sich auch für einen Bundesrat wünschen würde. ○



Fromme Wünsche: Bundesrätin Doris Leuthard, Bischof Markus Büchel.

Verlorene Seelen

Die CVP steht am Abgrund. Sie hat eine Zukunft, wenn sie zu ihrer christlichen Identität zurückfindet und den Kampf nicht scheut – vor allem auch gegen die Selbstaflösungstendenzen in den eigenen Reihen.

Von Peter Keller

Die CVP liegt auf der Intensivstation. Die Werte des Patienten sind miserabel. Nur noch 11,6 Prozent der Schweizer wählten die Traditionspartei. Ein historisches Tief. Innerhalb von zwanzig Jahren haben die Christlichdemokraten einen Drittel ihrer Wählerschaft verloren. Es bleiben ein paar Reservate, die katholischen Stammlande, wo die CVP stark bleibt. Aber auch da bröckelt die Basis. Exemplarisch sei der Kanton Schwyz erwähnt, wo die Partei seit 1975 von 46,5 Prozent Wähleranteil auf 19,5 Prozent absackte. Die SVP wuchs im gleichen Zeitraum von null auf 42,6 Prozent.

Die Gründe für das Serbeln sind scheinbar schnell aufgezählt. Die CVP, die aus der katholisch-konservativen Bewegung hervorging, habe es nicht geschafft, ihr konfessionelles Getto zu überwinden – im Gegensatz zur SVP, die bis in die neunziger Jahre so etwas wie das protestantische Pendant der CVP war: ländlich und bäuerlich geprägt. Sie hat sich in den bürgerlichen, mehrheitlich katholischen Gebieten bestens etablieren können, während der Vorstoss der CVP in die Agglomerationen zeitgleich kläglich scheiterte. Auch hier ein paar Zahlen zur Verdeutli-

chung. Die Kantone Zürich, Bern, Aargau, Waadt und Genf kommen gemeinsam auf 105 Nationalratsmandate – die CVP hält davon gerade einmal fünf.

«Wir sind keine christliche Partei»

Im Zuge der 68er Bewegung, die auch eine radikal antikirchliche, antikatholische Ausrichtung hatte, versuchten Vordenker der CVP ihre Partei neu auszurichten – fatalerweise, indem sie sich der neuen Linken annähernten. «Wir betreiben gar nicht <christliche Politik>, und wir sind keine <christliche

Partei». Die CVP ist eine juristische Person und kann solche Eigenschaften gar nicht haben», erklärte 1974 Urs C. Reinhardt, immerhin Generalsekretär der Christlichdemokratischen Volkspartei. Das war mehr als eine Spitzfindigkeit, es war ein Angriff auf die Wurzeln der Partei – ohne dass die CVP sich erkennbar dagegen wehrte. Im Gegenteil: Der linksgerichtete Flügel bekam Oberhand in den Kadern, die bürgerliche Mehrheit der Basis verstummte und hielt, auch das ist eine Eigenschaft der Konservativen, der Partei vorerst die Treue, wenn auch mit wachsender Irritation. Die Entfremdung hielt an, blieb aber die nächsten Jahre unterdrückt, bis die Europadebatte die schweizerische Innenpolitik zu dominieren und die SVP die heimatlos gewordenen Konservativen jeglicher Konfession einzusammeln begann.

1992 befürwortet die CVP den EWR, 1998 beschliesst der Parteikongress, dass der Bundesrat unverzüglich Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen solle, 2001 unterstützt eine Mehrheit der Delegierten die Initiative «Ja zu Europa» mit dem gleichen Inhalt. Das Volksbegehren stürzte an der Urne ab, insbesondere in den CVP-dominierten Kantonen, die schon Mühe hatten, sich mit dem zentralistischen Bundesstaat von 1848 anzufreunden, geschweige denn mit einer aus Brüssel ferngesteuerten Europäischen Union. Ein grosser Teil der Stammwählerschaft wendet sich der SVP zu: Während die Blocher-Partei von 11,9 (1991) auf 29,4 Prozent (2015) zulegt, sackt die CVP ab: von 18 Prozent (1991) auf 11,6 Prozent.

Links verfilzter Sozialgürtel

Die Generaldiagnose unter Historikern und Politologen ist klar: Der einstigen Partei der Katholiken sind ihre Wähler abhandgekommen wie der Kirche ihre Schäfchen. Der Politologe Georg Lutz schrieb schon 2008 in einer Studie, dass die CVP ihre neue Rolle nicht gefunden habe. «Nämlich den Wechsel von einer Milieu-Partei, die Wählende langfristig über Vereine und Organisationen an sich bindet, zu einer Partei, die primär auf Wahlkampf und Wählerschaft ausgerichtet ist.»

Tatsächlich bildeten gemeinnützige Frauenverbände, die Pfadi (beziehungsweise Jungwacht und Blauring), Gesellenvereine, die Kolpingsfamilie bis hin zur katholischen Arbeiterbewegung und zu den Pfarrgemeinden ein intaktes Netz von Organisationen und Strukturen, die von der (katholischen) Kirche geprägt waren. Von diesem Milieu ist wenig übriggeblieben. Das liegt nicht nur an der fortschreitenden Säkularisierung der Gesellschaft, am Verschwinden der gemeinsamen Glaubenswelt. Es hat auch damit zu tun, dass elementare christliche Pflichten an öffentliche Einrichtungen delegiert wurden. Die Hinwendung der CVP nach links hat der Partei doppelt geschadet. Sie verlor ihre konservative Basis und ihre



Vom einstigen Milieu ist wenig übriggeblieben: Bischof Streng (l.), Bundesrat Etter, 1944.

soziale Mission dazu. Denn nun regeln der Staat und der gutbezahlte (links verfilzte) Sozialgürtel das, wozu jeder Christ persönlich aufgefordert wäre. Die CVP lebte ihr C nicht mehr.

Der NZZ-Journalist Martin Senti schreibt, dass Parteien, die ihre Existenz nicht mit einem grundlegenden gesellschaftlichen

Je mehr die CVP an Rückhalt verlor, umso mehr gefiel sie sich in der Rolle als Zünglein an der Waage.

Konflikt begründen können, nicht von langer Dauer seien. Er bezog seine Analyse auf die mittlerweile klinisch tote BDP. Aber auch auf die CVP: Da die Konfessionszugehörigkeit kaum noch zu gesellschaftlichen Spannungen führe, verliere auch die damit verbundene Partei an Schub. «Bestand hat indes der Konflikt zwischen Arbeit und Kapital, mit ihm mobilisieren die SP und die FDP.» Oder

im Fall der SVP die Kluft zwischen Öffnung und Abschottung im Zuge der Europapolitik. Hat die CVP also ihre politische Mission, die Integration der Katholiken im modernen Bundesstaat, erfüllt und kann abtreten?

Jäger Darbellay erlegt Blocher

Trotz Kurswechsel der CVP blieben die Verhältnisse nach 1971 erstaunlich lange stabil. Hinter den Kulissen marschierte die aufstrebende Linke jedoch immer erfolgreicher durch die Institutionen: an den Universitäten, in den Lehrerräumen, den Medien und der Verwaltung. Der gesellschaftliche Wandel setzte der CVP zu, sie verpasste es, den Kulturkampf neu auszurichten: gegen die antikirchliche Linke und ihren Relativismus.

Je mehr die CVP an Rückhalt in der Bevölkerung verlor, umso mehr gefiel sie sich in der Rolle als machtpolitisches Zünglein an der Waage. Man verschanzte sich hinter dem Mantra «Wir sind die lösungsorientierte Mitte»

und diente faktisch vor allem als Mehrheitsbeschafferin ohne eigenständiges Profil. Der Groll der Parteiobere richtete sich gegen die SVP und Christoph Blocher, in dem sie den Hauptschuldigen ihres Niedergangs suchten – statt in sich selber. Dass ausgerechnet ein protestantischer Pfarrerssohn zum neuen Landesheiligen der Konservativen aufstieg, musste doppelt schmerzen.

Als 2003 die eigene Bundesrätin Ruth Metzler abgewählt wurde, folgte vier Jahre später die wenig christliche, aber nachvollziehbare Rache. Mit Christophe Darbellay führte nunmehr eine der grössten Begabungen unter der Bundeshauskuppel die CVP – und ein passionierter Jäger dazu. Wer den Walliser Instinktpolitiker begreifen will, muss sein Hobby studieren. Der Jäger beobachtet über Monate seine Beute, wartet, spürt die Wege der Wildtiere auf, lauert auf den richtigen Moment... und kann abdrücken. Wie hätte Darbellay der Versuchung widerstehen sollen, den grössten Bock aus der Herde zu schießen und Blochers Abwahl aus dem Bundesrat zu organisieren? Dem Jäger geht es um die Trophäe. Dafür war ihm auch ein Pakt mit dem weiblichen Judas aus Graubünden recht – womit wir wieder auf der tieferen Ebene angelangt wären. Die CVP hat ihre Seele verloren, weil sie ihr C vergessen, verdrängt, verbogen hat. Ein Christ vergibt Judas, aber er reicht ihm nicht die Hand zur ruchlosen Tat.

«Lauwarme Küche»

Patienten können panisch reagieren. Nach der erneuten Niederlage wurde der Ruf laut nach einer Fusion in der Mitte. Der Spott liegt nahe. Aus drei, vier Kranken wird keine gesunde Partei. So sicher ist das nicht. Eine Union hätte durchaus Potenzial – die Frage ist nur, unter welchen Vorzeichen sie geschaffen würde. Der hauseigene Solothurner Nationalrat Stefan Müller-Altermatt schlug vor, eine neue Mitte-Allianz mit dem Namen «Die Moderaten» zu bilden. O Gott. Wer geht schon in ein Restaurant, das mit «lauwarmer Küche» wirbt?

Der Schweiz, ganz Europa steht eine Identitätsprobe bevor. Von innen und von aussen. Die muslimische Masseneinwanderung wird den Kontinent zu einer Selbstfindung zwingen – damit wird auch die C-Frage wieder aufs Tapet kommen und Stoff für einen gesellschaftlichen Konflikt liefern, der für mehr Reibung sorgen wird, als uns allen lieb sein kann.

Das Schweizer Wappen trägt ein weisses Kreuz, unsere Hymne ist ein Psalm, die Bundesverfassung ruft nach wie vor ausdrücklich um den Beistand des Allmächtigen. Das sind Worte wie aus einer fremden, toten Sprache, gewiss. Aber aus diesem Humus ist die Schweiz von heute gewachsen.

Unsere Identität, unsere Humanität, unsere Kultur ist ohne Christentum nicht denk-

bar, nur werden die Wurzeln vernachlässigt und von der vorherrschenden politischen Korrektheit zugeschleimt. Eine weichgespülte Meinungselite verdrängt bewusst oder unbewusst, dass dieser heutige Erwachsenenspielplatz Europa über Jahrhunderte erkämpft werden musste. Ein Spielplatz ist aber nur so lange ein Spielplatz, solange sich

Wenn sie Wähler zurückgewinnen will, muss die CVP in den eigenen Reihen auf Mission gehen.

kein Raufbold darauf befindet, der auf alle Spielregeln pfeift, und solange der Zaun rundherum sicher genug ist.

Beides ist nicht mehr der Fall. Die Raufbolde müssen gezähmt oder rausgeworfen werden. Für den Zaun, der in erster Linie kulturell, aber auch politisch konkret zu verstehen ist, haben wir selber zu sorgen – damit die Linke weiter gefahrlos *sändelen* und von «Toleranz» und «Offenheit» säuseln kann. Die CVP trägt dieses christliche Erbe in sich – sie muss bloss zum Kampfgeist zurückfinden. Sie hat diesen aufblitzen lassen, als sie sich gegen die Abschaffung der Hymne durch die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft wehrte (die ironischerweise von einem linksfreisinnigen Reformierten, Jean-Daniel Gerber, und einem linken Katholiken, Lukas Niederberger, geführt wird).

Unter dem Titel «Multikulturell ist keine Identität» schrieb der damalige Inlandchef der *Weltwoche*, Markus Somm, 2006 einen Leitartikel über ein «Muslim-Papier» der

CVP, das bereits vor der definitiven Veröffentlichung für maximale mediale Erregung gesorgt hatte. Offenbar hatte die Partei einen Nerv getroffen. Präsidentin Doris Leuthard erklärte die Entstehung: «Journalisten fragten uns wiederholt nach unserer Position zu Muslimen und Islamismus. Es war die Zeit, als in Holland der Filmemacher Theo van Gogh ermordet worden war. Damals setzten wir eine Arbeitsgruppe ein.» Van Gogh war im Herbst 2004 in Amsterdam erschossen worden. Der marokkanischstämmige Attentäter schnitt dem islamkritischen Regisseur anschliessend die Kehle durch und heftete ihm mit zwei Messerstichen ein Bekenner schreiben an die Brust.

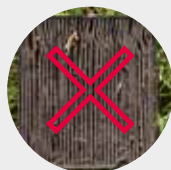
Kritik an Muslim-Papier

«Wer sind wir Schweizer? Was erwarten wir von den muslimischen Einwanderern? Die CVP hat ihr Jahrhundertthema entdeckt. Sollte sich die Partei auf ihre christliche Tradition besinnen, hat sie wieder eine Zukunft», schrieb Markus Somm hoffnungsvoll. Was dann effektiv veröffentlicht wurde, war noch ein «Leitfaden für das Zusammenleben mit Musliminnen und Muslimen» (News.ch). Man mahnte mehr Dialog und die Wahrung des religiösen Friedens an. Sobald dieser fromme Wunsch nach konkreten Entscheidungen verlangte, etwa in der Kopftuchfrage an Schulen, scheute die Partei vor klaren Positionen zurück. Wenn die CVP ihren Kampfgeist, ihre Seele und ihre Wähler zurückgewinnen will, muss sie zuerst in den eigenen Reihen auf Mission gehen. Die Kraft dazu liegt in ihrem C. ○

OPTIMAL GEWASCHENE LUFT FÜR GESUNDHEIT UND WELLNESS

6 VON VIELEN GRÜNDEN WARUM SIE EINEN VENTA BRAUCHEN

NEIN ZU



FILTERMATTEN



ERKÄLTUNGEN



KOPFSCHMERZEN
VON TROCKENER LUFT

JA ZU



OPTIMALER LUFT IM
KINDERZIMMER



GESUNDEN
PFLANZEN



WELLNESS
FÜR DIE HAUT



ab Fr. 185,- (LW 15)

Weitere Infos und
14 Tage kostenloser Test
☎ 041 781-1515
www.venta-luftwaescher.ch

venta
LUFTWÄSCHER

Das Original

IS-Filialen in Schaffhausen und Baden

Die Recherche der *Weltwoche* über die An-Nur-Moschee in Winterthur zieht Kreise. Nun mehren sich die Hinweise, dass das dortige Dschihad-Netzwerk mit der mutmasslichen Terrorzelle des Islamischen Staats in Schaffhausen und Baden in Verbindung stand. *Von Kurt Pelda*



Extremistenzirkel: Thaibox-Weltmeister Valdet Gashi, Wesam A., Hassprediger A. E., Rollstuhl von IS-Veteran Mohammed O. (v. l.).

Die Enthüllungen der *Weltwoche* vor einer Woche über eine Gruppe von Hasspredigern und Anhängern der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in Winterthur haben eine Welle von Reaktionen ausgelöst. So kündigte der Kulturverein An-Nur an, die hauptsächlich betroffene gleichnamige Moschee im Winterthurer Hegi-Quartier besser zu kontrollieren und gegen Radikalisierungsversuche vorzugehen. Künftig solle immer ein Vorstandsmitglied des Vereins im Gotteshaus anwesend sein. Ausserdem will der Kulturverein die Ausweise aller Moscheebesucher fotografieren und registrieren.

Ob die Massnahmen ausreichen, um die Aktivitäten des Extremistenzirkels um den aus Libyen stammenden Imam A. E. einzudämmen, bleibt abzuwarten. Der Winterthurer *Landbote* deckte inzwischen den mutmasslich siebten Fall eines Dschihadisten aus dem Umfeld der An-Nur-Moschee auf. G. F., ein

Deutscher mit kosovarischen Wurzeln, soll schon 2012 nach Syrien gereist sein. Ein Nachbar habe ihn als «verlorene Seele» beschrieben. In der Chronologie der Ereignisse wäre das der bisher erste bekanntgewordene Fall eines Dschihadisten aus Winterthur.

Hinweis auf Terroranschlag

Ausserdem will die Bundesanwaltschaft einen jungen Mann mit libanesischen Wurzeln wegen Unterstützung einer kriminellen Organisation anklagen, der am Flughafen Zürich vor der mutmasslichen Abreise in Richtung Syrien verhaftet wurde. Der Mann wäre möglicherweise zum achten Fall eines Dschihadisten geworden, der im Umfeld der An-Nur-Moschee radikalisiert wurde. Offenbar unbeeindruckt von der drohenden Anklage, verbreitet der junge Mann auf Facebook immer noch salafistisches Gedankengut. Eine solche Häufung von Dschihad-Reisenden wie im Umfeld der An-Nur-Moschee ist in der Schweiz wohl einmalig. An einen Zufall zu glauben, wäre naiv. Trotzdem sollte man das Augenmerk nicht allein auf Winterthur richten. Neben der Genferseeregion und dem Tessin gibt es Konzentrationen von extremistischen Islamisten und Dschihad-Sympathisanten unter anderem im Zürcher Glatttal und im Limmattal.

Der bekannteste Dschihadist aus dem Umfeld der Winterthurer An-Nur-Moschee, der inzwischen tote deutsche Thaibox-Weltmeister Valdet Gashi, hatte laut Recherchen des *Tages-Anzeigers* den Kontakt mit der mutmasslichen Terrorzelle des Islamischen Staats in Beringen bei Schaffhausen gesucht. Mohammed O., ein 29-jähriger Iraker und Veteranenkämpfer des IS, erhielt demnach im März 2014 eine Whatsapp-Nachricht von Gashi. Dieser habe bei ihm «lernen» wollen, worauf der

Iraker versichert habe, dass Gashi bei ihm anfangen könne. Ob es sich dabei um harmlose Arabischlektionen handelte, wie Mohammed O. behauptet, oder um eine ganz andere Art von Kurs, ist unbekannt. Jedenfalls wurde der irakische IS-Veteran kurz darauf verhaftet, so dass aus dem wie auch immer gearteten Lernprozess, den sich Gashi wünschte, nichts wurde. Während der Thaiboxer inzwischen in Syrien beim IS umgekommen ist, sitzt der Iraker seither in Sicherheitshaft – zusammen mit zwei ebenfalls irakischen Komplizen.

Im Oktober hat die Bundesanwaltschaft Anklage wegen Beteiligung beziehungsweise Unterstützung einer kriminellen Organisation eingereicht. Sie wirft dem Trio vor, einen Terroranschlag geplant zu haben. Weil der Tatbestand des Terrorismus im schweizerischen Strafrecht nicht existiert, wird es der Bundesanwaltschaft nicht leichtfallen, den Vorwurf der Anschlagplanung zu beweisen. Es sieht nämlich ganz so aus, als ob sie die Iraker zu früh aus dem Verkehr gezogen hätte, wohl aus Angst, die mutmasslichen Terroristen könnten ihre Pläne rasch umsetzen. Den Hinweis auf die Zelle bei Schaffhausen hatte der Nachrichtendienst des Bundes von amerikanischen Diensten erhalten.

Schweizer enthaupten

Während die drei Iraker auf ihren Gerichtstermin warten, haben sie sich mit ihren Anwälten gegen die immer wieder verlängerte Untersuchungshaft gewehrt. Die daraus resultierenden Entscheide des Bundesstrafgerichts in Bellinzona geben interessante Einblicke in die Denkweise von Mohammed O., auch wenn die Beweise für den vorgeworfenen Terroranschlag dünn wirken. Der 29-jährige Iraker wurde im Kampf offenbar so schwer verletzt, dass er heute im Rollstuhl sitzt und als Asylsuchender zwecks Auskurierens in die Schweiz «ausgeschleust» wurde, wie sich das Bundesstrafgericht ausdrückt. Obwohl die Schweiz ihm Asyl und medizinische Behandlung gewährte und der Terrorverdächtige von Sozialhilfe lebte, hat er offenbar eine denkbar schlechte Meinung von jenen Leuten, die ihm seinen Lebenswandel finanzierten: Die christlichen Schweizer seien bloss zum Enthaupten und nicht zum Missionieren da, wird er in einem der Gerichtsurteile zitiert. Ganz unabhängig davon, ob die Bundesanwaltschaft ihm die Planung eines Terroranschlags jemals wird nachweisen können, vertrat das Gericht in Bellinzona die Ansicht, dass sich Mohammed O. ungebrochen mit dem IS und dessen Zielen und Methoden identifiziere. Bei seinem Kampf auf der Seite einer Vorläuferorganisation des IS gegen die Amerikaner im Irak habe er sich vor allem auf Selbstmordattentate spezialisiert.

Abgeleitet aus den diversen Urteilen des Bundesstrafgerichts, ergeben sich Hinweise, dass der zweite Angeklagte, ein inzwischen

31-jähriger irakischer Schlepper, den Winterthurer Extremisten A.E. gekannt hat. Wesam A. kam 2004 als Asylsuchender in die Schweiz und liess sich alsbald in Winterthur nieder. Eine Zeitlang wohnte er in einem Haus beim Winterthurer Bahnhof, in dem sich wenig später auch A.E. einmietete. Zufall? Obwohl Wesam A. laut der *Sonntagszeitung* anfänglich Alkohol und Partys genoss, radikalisierte er sich mit der Zeit und besuchte auch immer öfter die inzwischen geschlossene Ar-Rahman-Moschee in Winterthur, wo auch A.E. predigte. Diesen habe er auch privat getroffen. Sämtliche drei derzeit inhaftierten Iraker hatten für den irakischen Diktator Saddam Hussein gekämpft, bevor sie später radikalisiert wurden. Das ist nicht untypisch für den IS. Ein grosser Teil der IS-Führungsriege besteht aus ehe-

Obwohl er hier Asyl bekam, hat der Terrorverdächtige offenbar eine schlechte Meinung von der Schweiz.

maligen Gefolgsleuten und hohen Offizieren von Saddam Hussein, der sein Land Jahre vor seinem Sturz zunehmend islamisiert hatte – eine bei uns wenig bekannte Tatsache.

Drei Asylbewerber

Der zweite Mann der Schaffhauser Zelle, Wesam A., hat inzwischen eine C-Bewilligung. Etwa ein Jahr nachdem die Hausverwaltung den Mietvertrag für die Ar-Rahman-Moschee gekündigt hatte, zog der Iraker von Winterthur weg und liess sich im Zürcher Vorort Schlieren im Limmattal nieder. Später mietete sich Wesam A. in der Aargauer Stadt Baden ein, ebenfalls im Limmattal, wo er neben Arbeitslosengeld auch Sozialhilfe bezog. Die Schaffhauser Zelle hatte über Wesam A. also mindestens zeitweise einen Ableger in Winterthur und Baden. Einem Schwager des Badener Sozialhilfebezügers wirft die Bundesanwaltschaft ausserdem vor, Funkgeräte für den IS nach Syrien gebracht zu haben. Dieser Mann soll im Kanton Nidwalden leben. Damit erstreckt sich das Netzwerk von der Nord- bis in die Zentralschweiz. Sowohl Mohammed O. als auch Wesam A. kamen auf der Suche nach Asyl in die Schweiz. Im Gegensatz zu denjenigen dieser beiden Verdächtigen wurde das Asylbegehren des dritten Inhaftierten jedoch abgelehnt.

Während Mohammed O. der mutmassliche Kopf der Zelle war, diente Wesam A. als Schlepper und Gehilfe. Er sollte laut Bundesanwaltschaft einen Terroristen aus dem Nahen Osten in die Schweiz einschleusen. Mohammed O. habe sich mit einem Kadermitglied des IS über Internet-Kommunikationsdienste ausgetauscht. Dieser Anführer habe versucht, Mohammed O. einen Experten für Bomben zu vermitteln. Im Auftrag von Mohammed O. ist Wesam A. – immer laut Entscheiden des Bun-


desstrafgerichts – im März 2014 in die Türkei gereist, um einen kleinen Datenträger vom IS in Empfang zu nehmen und in die Schweiz zu bringen. Darauf sollen sich Anweisungen für einen Terroranschlag befunden haben. Die Reise fand tatsächlich statt, doch konnten die Ermittler den fraglichen USB-Stick bis jetzt nicht finden. Die Polizei schlug kurz nach der Rückkehr des Schleppers aus der Türkei in Beringen zu, und die Iraker wurden in Untersuchungshaft gesetzt. Abgehörte Unterhaltungen über Telefon und Internet deuten auf dubiose Aktivitäten des verhafteten Trios hin. Im Kontakt mit dem Kadermitglied der Terrororganisation hat Mohammed O. laut Bundeskriminalpolizei zum Beispiel die Absicht bekundet, eine «Filiale» des IS in der Schweiz aufzubauen.

Libysche Terrorgruppe

Ob gegen den libyschstämmigen Imam der Winterthurer An-Nur-Moschee A.E. – zum Beispiel wegen seiner mutmasslichen Bekanntschaft mit Wesam A. – ebenfalls ermittelt wird, hat die Bundesanwaltschaft bisher nicht bekanntgegeben. A.E. hat inzwischen in einem Interview mit dem Newsportal Watson jegliche Verbindung mit dem IS in Abrede gestellt und dessen Terroranschläge verurteilt. Der Mann, der nach eigenen Angaben vor fünfzehn Jahren in der Schweiz Asyl erhielt, bestätigte allerdings einen heiklen Punkt, der schon vorher bekannt war, nämlich dass er Mitglied der Libyan Islamic Fighting Group (LIFG) war. Diese dschihadistische Gruppe setzte die Uno 2001 auf die Liste der mit al-Qaida verbundenen Terrororganisationen. Die USA halten auch heute noch an der Designation der LIFG als Terrorbewegung fest, obwohl die Gruppe sich unterdessen aufgelöst hat. Im Übrigen hält die *Weltwoche* an ihrem letztwöchigen Artikel über die IS-Zelle in Winterthur fest. ○

Collection „Stellina brillante“, Roségold, Rubin, Brillanten

Liebesbeweis...



Echt
DEVON
Juwelen & Uhren

Rennweg 18 · 8001 Zürich
www.devon.ch +41 44 222 00 55
welcome@devon.ch

© Design Devon Ueli Küng

Schweiz im Sicherheitscheck

Attentate in Paris, Terroristen als Flüchtlinge getarnt, Migrationsdruck an der Grenze. Wer schützt Bürger und Einrichtungen in der Schweiz? Welche Rolle spielen Grenzwächter, die Polizei und die Armee? Welche Sicherheitslücken bestehen? Von Urs Gehrig

Die aktuellen Geschehnisse bewegen die Schweizer. Das Thema Sicherheit ist an die Spitze der Sorgenliste vorgerückt. «In den nächsten Jahren müssen wir vermehrt mit Anschlägen rechnen», sagte Verteidigungsminister Ueli Maurer in der «Samstagsrundschau» von SRF. «Wir werden kontinuierlich alle sicherheitspolitischen Instrumente ausbauen müssen.»

Neben dem Nachrichtendienst des Bundes (Prävention, Fahndung) und der Bundesanwaltschaft (Strafverfolgung) sind in der gegenwärtigen Krise die Polizei und das Grenzschutzkorps besonders gefordert. Was tun sie? Wo bestehen Lücken? Und welche Rolle kann allenfalls die Armee übernehmen?

Sondereinsatzkräfte: Bei der Stürmung des Konzertlokals «Bataclan», bei der Fahndung sowie der Eliminierung des Drahtziehers der Anschläge in Saint-Denis im Norden von Paris waren Hundertschaften von französischen Spezialkräften im Einsatz. Auch die Schweiz verfügt in der Armee, im Bundessicherheitsdienst, im Fedpol sowie in den grossen kantonalen Polizeikörpern über Spezialeinheiten. Sie tragen klingende Namen wie Enzian, Luchs oder Skorpion und sind für Einsätze gegen Schwerekriminalität respektive Terrorismus ausgebildet und entsprechend bewaffnet. Wären sie für Operationen vergleichbar mit denen in Paris gewappnet?

«Einen Einsatz wie in St. Denis hätten wir wohl noch stemmen können», sagt Hans-Jürg Käser, Präsident der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren. Dauere eine Operation jedoch länger, müsste man bald Einheiten aus verschiedenen Kantonen kombinieren. Der Chef des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), Ueli Maurer, ortet im Bereich Spezialkräfte ein Defizit: «Uns fehlt vielleicht, wenn man solche Ereignisse [wie in Paris, d. Red.] jetzt häufiger sieht, eine Art Sonderdetachment Terrorbekämpfung», so Maurer in der SRF-«Samstagsrundschau». Wobei er sofort relativierte: «Da muss man aber auch schauen, dass man nicht etwas Neues schafft, das dann fünf Jahre nichts zu tun hat.»

Grenzschutzkorps: Das Grenzschutzkorps (GWK) habe die Kontrolldichte nach den Attentaten von Paris «rasch erhöht», sagte Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga in einer ersten Bilanz vor der Presse. Von einer «lückenlosen Kontrolle» könne jedoch nicht die Rede sein.



Es fehlen die Kapazitäten: Grenzschutzposten, Bahnhof Buchs SG.

Das sei bei 750 000 Grenzübertritten pro Tag schlicht nicht möglich und sei auch vor Schengen nicht möglich gewesen. Auch eine «systematische Kontrolle» der Grenzen sei nicht geplant. (Bei «systematischen Kontrollen» werden sämtliche Personen kontrolliert, die auf Flügen aus dem Nicht-Schengen-Raum an Schweizer Flughäfen ins Land kommen.) Bedingung dafür wäre gemäss Schengen-Vertrag eine konkrete Bedrohung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, sagte Sommaruga. Eine solche liege nach Auffassung des Bundesrates derzeit nicht vor.

Das Grenzschutzkorps verfügt über 1900 Angehörige, welche auf 60 Grenzschutzposten und 35 mobile Posten verteilt sind. Bereits vor den Pariser Attentaten und der akuten Terrorgefahr in Europa haben sie am Limit gearbeitet.

Seit dem Beitritt der Schweiz zum Schengen-Raum schrumpft der Bestand des Korps, das Durchschnittsalter steigt. Politiker aus allen Grenzregionen warnen seit Jahren vergeblich, dass es mehr Schutz brauche. Durch den erhöhten Andrang von Migranten an der Ostgrenze hat sich die Lage in den letzten Monaten verschärft. Aus dem Grenzschutzkorps in St. Gallen

ist zu vernehmen, die Syrer, die jetzt kommen, gäben zwar alle ihre Personalien an, Papiere habe aber kaum einer. Es fehle die Kapazität, um die gemachten Angaben zu überprüfen.

Seit einigen Tagen ist zusätzlich Verunsicherung aufgekommen, welche sich aus der Aufklärung der Pariser Anschläge nährt. Drei der Attentäter waren als Flüchtlinge getarnt nach Europa eingereist. Bedenken in diese Richtung hatte Maurer bereits vor Monaten geäußert:

Wie in Frankreich können sich in der Schweiz längst als Migranten getarnte Terroristen befinden.

«Es liegt auf der Hand, dass sich Terroristen unter die Migrationsströme mischen könnten, um unbemerkt einwandern zu können», sagte er im September im Gespräch mit der *Basler Zeitung*.

Was unternehmen die Schweizer Behörden, um allfällige Terroristen zu entlarven? «Wir führen die Personenabklärungen gemeinsam mit dem Staatssekretariat für Migration (SEM) durch», sagte Maurer in demselben Interview. «Bei einigen Herkunftsländern finden systema-

tische Kontrollen durch den Nachrichtendienst statt, bei anderen Herkunftsländern bekommt der Nachrichtendienst die Dossiers vom SEM nur, wenn ein Verdacht vorliegt. Doch diese Kontrollen werden nie lückenlos sein.»

Auch die Möglichkeiten des nachrichtendienstlichen Datenabgleichs seien klar begrenzt. Und wer einmal die Schengen-Grenze überschritten habe, könne sich relativ frei bewegen. Gerade die unkontrollierte Weiterreise von Flüchtlingen aus europäischen Staaten in die Schweiz berge ein reales Risiko, so Maurer. Mit anderen Worten: Wie in Frankreich können sich auch in der Schweiz längst als Migranten getarnte Terroristen befinden. Wo und wie viele es sind, ist unbekannt und wird sich schwer eruieren lassen.

Armee an der Grenze: 34 000 Menschen werden gemäss SEM dieses Jahr in der Schweiz um Asyl ersuchen. Für nächstes Jahr rechnet VBS-Chef Maurer mit einer noch deutlichen stärkeren Zunahme. Gehe die Entwicklung ungebremst weiter und würden keine zusätzlichen Massnahmen ergriffen, könnte die Zahl der Gesuche 2016 bis gegen 100 000 steigen, sagte Maurer gemäss *Schweiz am Sonntag* letzte Woche vor der SVP-Fraktion.

Könnte die Armee das Grenzwachtkorps unterstützen, um diesen Ansturm zu bewältigen? Ja, aber nur begrenzt, lautet sinngemäss die Antwort. «Wenn die Situation heikel wird, können wir innert Tagen permanent 800 Armeeangehörige zur Verfügung stellen», sagte Cda Blattmann Anfang Oktober der *Aargauer Zeitung*. Maurer beziffert mit «300 Militärpolizisten der Militärischen Sicherheit» die sofort verfügbaren Truppen deutlich geringer.

Die Hilfe der Armee an der Grenze findet in weiten Kreisen ein positives Echo. Jedoch nur als Notmassnahme und für logistische Aufgaben, etwa in der Form eines Fahrdienstes, welcher Migranten von der Grenze zu Überprüfungscentren verschiebt. Langfristig sei ein Armeeaufgebot an der Grenze nicht die Lösung, sagt der Tessiner CVP-Nationalrat Marco Romano, der seit Jahren für eine Verstärkung des Grenzwachtkorps kämpft. Statt Soldaten drei, vier Monate an die Grenze zu stellen, sei es besser, gutausgebildete Grenzschutz-Profis einzusetzen.

Unterdessen gibt es Anzeichen dafür, dass sich in Bern möglicherweise etwas bewegt. Selbst Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf, die bisher beim Stellenaufbau bremsete, hat jüngst betont, das Grenzwachtkorps benötige 200 bis 300 Stellen mehr. Bis diese allerdings tatsächlich geschaffen werden, könnte das verstärkte Korps von den neuen Realitäten an den Grenzen abermals überfordert sein.

Armee-Mobilisierung: Frankreich hat als Reaktion auf die Attentate 7000 Armeeangehörige



Die Polizeien haben Defizite bei Spezialkräften.



Die Armee kann nur begrenzt unterstützen.



3000 bis 4000 Soldaten wären kurzfristig verfügbar.

rige (und über 100 000 Polizisten) an der Grenze postiert und für Objektschutz und Patrouillen in Ballungszentren mobilisiert. Welche Ressourcen sind heute in der Schweiz für Verteidigung, Schutz und Betreuung der Bevölkerung und wichtiger Objekte vorhanden?

«Wir rechnen mit 50 000 Personen, die kurzfristig für einen Einsatz verfügbar wären», so Maurer im Interview mit der NZZ Anfang Oktober. Die Rede war allerdings nicht von Soldaten, sondern Zivilschützern. «Bei der Armee sind es im Schnitt nur etwa 3000 bis 4000 Personen, allenfalls ergänzt mit Rekruten am Ende ihrer Ausbildung.»

Die Zahl der rasch einsetzbaren Soldaten ist in den letzten zwanzig Jahren massiv gesunken. Im Zuge der Armee reformen ist der Personalbestand der Armee von 625 000 auf heute 200 000 verkleinert worden. Mit dem Projekt Weiterentwicklung der Armee (WEA) soll er gar auf 100 000 reduziert werden. Auch diese Zahl trägt. Nur ein Bruchteil (zirka 4000) steht jederzeit zur Verfügung.

Die prekäre Einsatzfähigkeit führte die Übung «Conex 15» im September vor Augen. In der Nordwestschweiz und am Jurasüdfuss probte die Armee den Ernstfall. Folgendes

Szenario lag vor: In der Schweiz herrscht Wirtschaftskrise, Verknappung der Vorräte, es kommt zu Plünderungen, zu Sabotage, dazu drängen grössere Flüchtlingsströme ins Land.

Offiziell äusserte sich die Armeeführung zufrieden mit dem Übungsverlauf. «Mehr Präsenz bedeutet mehr Sicherheit», so der Verteidigungsminister auf der VBS-Website. Für Kritiker hingegen deckte «Conex 15» «eindrücklich Schwächen der WEA auf». So stün-

Die Reaktion der Armee auf eine schwere Terrorattacke würde schon an der Mobilisierung scheitern.

den, wie die Gruppe Giardino moniert, den auf die Unterstützung des Grenzwachtkorps spezialisierten Truppen wie der Infanterie «nur noch fünf Kompanien, also knapp 800 Soldaten, zur Verfügung, was eine reale Leistung von einem kurzen Grenzabschnitt wie dem Rheintal oder einem Teil der Tessiner Grenze ausmachen würde».

Die Probleme beginnen freilich bereits, bevor die Armee überhaupt an der Grenze steht. Die Reaktion der Armee auf eine schwere Terrorattacke würde heute schon an der Mobilisierung scheitern, sagt Res Schmid, ehemaliger Testpilot der Schweizer Luftwaffe und kurzfristig Bundesratskandidat für die SVP. Das müsste sich allerdings im Zuge der WEA ändern. Ab 2018 sollen mit einem Mobilisierungssystem innerhalb von zehn Tagen bis zu 35 000 Soldaten aufgeboden, komplett mit Führungsmitteln, Fahrzeugen und weiterem Material ausgerüstet und eingesetzt werden können.

Aber auch dannzumal wird die Armee voraussichtlich rasch an ihre eigenen Grenzen stossen. Bei länger anhaltenden Einsätzen müssen die Truppen regelmässig ausgewechselt respektive ersetzt werden. Je länger ein komplexer Konflikt dauert, desto schneller stösst eine Armee an ihr Leistungslimit. Nicht auszudenken, was geschehen würde, wenn Terroristen an verschiedenen Orten gleichzeitig angriffen.

Ein vages Bild von einem solchen Szenario vermittelt die Sicherheitsverbandsübung (SUV) 2014. Ein Cyber-Angriff führte zu einem mehrwöchigen Strommangel. Überlagert wurde die Notlage von einer Pandemie mit 40 000 Hospitalisierten und 8000 Toten.

Es war die erste landesweite Übung des Krisenmanagements seit siebzehn Jahren. Mit ernüchterndem Fazit: Kritische Infrastrukturen funktionieren nicht. Die Vorsorgeplanung ist ungenügend. Hunger grassiert. Bund und Kantone verfügen über kein integrales Lagebild. Kurz: Chaos. Die Projektleitung verfasste sechzehn Empfehlungen. Persönlicher Tipp von Übungschef, Botschafter Toni Frisch: Kluger Rat, Notvorrat. «2,5 Millionen Schweizer Haushalte sollten wieder zehn Kilo Notvorrat anlegen, wie man das früher gemacht hat.» ○

Sind Sie bereit für die Wirklichkeit?

Die Weltwoche enthüllt und deckt auf. Sie schreibt und spricht aus, was andere nicht zu sagen wagen. Die Weltwoche hat eine klare Ausrichtung, aber auch die grösste Meinungsvielfalt. Seit 1933 setzt sich das traditionsreiche Wochenblatt mit gehaltvollem Journalismus für die Schweiz ein. Überzeugen Sie sich selbst!

Probabo
10 Ausgaben
nur Fr. 40.-



Informative Unterhaltung!

Regionale, nationale und internationale Informationen, Sport, Veranstaltungen und ein abwechslungsreiches Musikprogramm täglich bei Radio Central. **Infos auf radiocentral.ch**



Mit falschem Pass ins Paradies

Es gehört zum guten Ton, die Flüchtlingsdebatte nicht mit der Terrorgefahr zu vermischen. Risiken werden unter den Tisch gekehrt. *Von Pierre Heumann*

Papst Franziskus mahnte kürzlich zur Vorsicht. Die Bibel verlange zwar, Fremde willkommen zu heissen, sagte er gegenüber einem portugiesischen Kirchensender. Man dürfe aber nicht übersehen, «dass es nur 400 Kilometer von Sizilien entfernt eine über alle Massen grausame, terroristische Guerilla-Gruppe gibt». Und dann meinte er: «Es ist wahr, dass die Gefahr der Infiltration besteht.»

Viele bestreiten diese Bedrohung, halten es für unfair, Migrations- und Terrorprobleme miteinander zu verknüpfen oder zu vermischen. Unter den Attentätern von Paris, so argumentieren sie dann, wanderten nach bisherigen Erkenntnissen lediglich drei Terroristen über die Flüchtlingsroute nach Europa. Setze man diese Zahl ins Verhältnis zu allen Flüchtlingen, die in den Westen kommen, lasse sich das nur in Promille ausdrücken.

Wenige Informationen über Syrer

Gerhard Schindler, der Chef des Bundesnachrichtendienstes, will denn auch keine «konkreten Hinweise» erkennen, dass als Flüchtlinge verkleidete Terroristen aus Afrika oder dem Mittleren Osten nach Deutschland kommen würden. Der Anti-Terrorismus-Koordinator der EU, Gilles de Kerchove, ist ebenfalls dieser Meinung. Eine Woche nach den Anschlägen in Paris gab er gegenüber France 24 zu Protokoll, dass es der Islamische Staat (IS) gar nicht nötig habe, Terroristen nach Europa zu schleusen. Das Reservoir an radikalen Europäern sei gross genug, und der IS könne jederzeit auf Europäer zurückgreifen, die sich in Syrien oder im Irak den Terrormilizen angeschlossen haben. Und Amnesty International wittert hinter der Behauptung, Terroristen könnten sich unter die Flüchtlinge mischen, gar das Motiv, Flüchtlingen Asyl zu verweigern.

In den USA wollen Nachrichtendienste aber nicht ausschliessen, dass sich Terroristen unter die Flüchtlinge mischen. Er traue das dem IS durchaus zu, meinte US-Geheimdienstchef James R. Clapper an einer Konferenz im September. Laut Ronald K. Noble, der von 2000 bis 2014 Interpol geleitet hat, hätten Terroristen die offenen Grenzen in Europa. Ihre «Erfolgchancen» würden dadurch erhöht.

Interessant für Europa ist, was FBI-Chef James B. Comey in einer Kongressanhörung zu berichten wusste. Für die USA sei die Abklärung syrischer Flüchtlinge schwieriger als solcher aus dem Irak, weil die US-Streitkräfte in Syrien, im Gegensatz zum Irak, nicht engagiert waren. Deshalb hätten die US-Geheim-

dienstler keine Informationen über die syrische Bevölkerung. Er könne keine absolute Garantie geben, dass es da keine Risiken gebe.

Überforderte Lauscher

Was Comey über die USA sagt, gilt in verstärktem Ausmass für Europa. Einen verlässlichen Überblick über die Situation, die Sympathien und die Einstellungen der Bevölkerung vor Ort hat kaum ein Geheimdienst. Das verunmöglicht die Abschätzung der Risiken. Die Zusammenarbeit der Geheimdienste ist zudem lückenhaft. Sie funktioniert zwar zwischen den französischen, deutschen und britischen Spionen. Aber bei der Kooperation unter den mittelgrossen und kleinen Lauschern hapert es. Auch sind sie oft überfordert. So verfüge der belgische Geheimdienst zwar über etwas mehr als 1000 Nachrichtendienstler, habe aber 800 Islamisten auf seiner Liste, die er überwachen müsse, sagt Kristof Clerix, ein Experte für Belgiens Nachrichtendienste. Zusätzlich zu den bekannten Radikalislamisten muss die spärlich ausgestattete Institution auch ein Auge auf die EU, die Nato sowie die europäische Flugsicherheitsbehörde werfen, um nur einige der 2500 internationalen Agenturen und 2000 global agierenden Firmen mit Hauptsitz in Belgien zu nennen.

Selbst wenn sie perfekt ausgestattet wären und die Zusammenarbeit vorbildlich wäre: Die Überprüfung der Identitäten ist schwierig. So

sind die Fahnder der Terroranschläge in Paris auf vermutlich gefälschte Pässe gestossen, die von den Attentätern benutzt wurden. Und das sind keine Einzelfälle. So sehen spanische Sicherheitsbehörden zum Beispiel die Gefahr, dass IS-Terroristen als Flüchtlinge getarnt, in die EU einreisen könnten. Der spanischen Botschaft in der Türkei sollen Hinweise über rund 1400 Blankoreisepässe vorliegen, die kürzlich aus Passbüros in Syrien gestohlen worden seien.

Doch das wäre bloss die Spitze des Eisbergs. Syrische Pässe, gestohlene und gefälschte, werden zuhauf auf dem Schwarzmarkt angeboten.

Vor allem in der Türkei floriert der Handel mit syrischen Ausweisen. Sie seien begehrt, weil viele den Pass als Ticket in den Schengenraum sähen, sagt Frontex-Chef Fabrice Leggeri. Fast ein Drittel der Asylsuchenden behauptete fälschlicherweise, aus Syrien zu stammen, schätzt man in Deutschland. Auch beim Staatssekretariat für Migration kennt man das Problem. Personen, die sich keine echten Papiere beschaffen können, würden versuchen, «sich über Fälscher oder Bestechung entsprechende Dokumente zu beschaffen», sagt Léa Wertheimer, Sprecherin im Staatssekretariat für Migration. Ob ein Dokument echt oder gefälscht ist, müsse «im Einzelfall geprüft werden». Angesichts der grossen Zahl ist das wohl eine Zusage, die sich nur schwer einlösen lässt. Umso gravierender ist es, wenn dieses Problem totgeschwiegen wird. ○



Begehrt: syrische Papiere.

Unter Schwipstern

Die Trendlokale in Zürichs Szenequartier heissen neuerdings «Kafi für Dich», «Huusmaa» oder «Dini Mueter». Darin sitzen bärtige Männer, die bis in den Nachmittag hinein am Milchkaffee nippen. Das hippe Zürich ist ein urbanes Heidiland geworden. *Von Rico Bandle und Adam Larkum (Illustration)*

Es gibt einen Typus Mensch, der fast ausschliesslich in einem begrenzten Gebiet der westlichen Grosse Stadt vorzufinden ist. Die männliche Ausprägung davon trägt Bart, älter wirkende Kleider, Turnschuhe, der Blick ist entweder ins Leere oder aufs Apple-Gerät gerichtet. Die weibliche ist optisch weniger auffällig, kommt aber meistens mit einem alten Damenvelo daher, trägt eine Stofftasche, gerne auch einen roten Mantel, unauffällige Schminke. Diesen Grosse Stadtmenschen mit Hang zum Brockenhaus- und Holzfäller-Chic hätte man vor einigen Jahren den Hipstern zugeordnet, jenen vielverspotteten Trendsettern, die sich zuerst in den US-Metropolen, dann auch in Europa ausbreiteten. Glaubt man den Szeneschreibern, soll es den klassischen Hipster, der mit enormem Aufwand sein schäbiges Äusseres kultiviert, gar nicht mehr geben. Diese Mode sei längst passé, heisst es.

Streift man durch die angesagten Viertel Zürichs, erhält man einen anderen Eindruck: Da begegnen einem die wilden Barträger auf Schritt und Tritt. Von einer jugendlichen Subkultur kann jedoch nicht mehr gesprochen werden; diese Leute wollen zwar jung erscheinen, haben das dreissigste Lebensjahr meist schon überschritten.

Was hat es mit diesem eigenartigen Menschenschlag auf sich? Für eine Feldforschung begibt man sich am besten nach Zürich in die Kreise 3 und 4, die sogenannten Trendviertel. In ihrer konzentriertesten Form finden sich die Schweizer Hipster – nennen wir sie doch einfachheitshalber Schwipster – am Wochenende in den einschlägigen Cafés, wo sie, teils mit Kinderwagen, bis in den späten Nachmittag im Rührei stochern, sich vom schwitzenden Aufschnitt am Brunch-Buffer bedienen und sich von ihrem Nachwuchs im Vorschulalter die Bio-Gipfeli-Krümel aus den Bärten zupfen lassen.

Das grösste Schwipster-Reservat befindet sich in zwischen Langstrasse und Idaplatz, weitab vom schillernden Bankenviertel. Dieses Gebiet ist so etwas wie die Zürcher Variante von Berlin-Kreuzberg: die Hochburg der Kreativen und Weltoffenen, jener Kräfte also, welche die Gesellschaft voranbringen, so sagt man zumindest. In diesem Stadtgebiet finden Volksinitiativen wie die «1:12»- oder die Mindestlohninitiative, die schweizweit nicht den Hauch einer Chance haben, hohe Zustimmungsraten. Die Masseneinwanderungsinitiative, vom Volk knapp angenommen, wurde mit weit über

70 Prozent der Stimmen abgelehnt. Geht es um die Förderung von gemeinnützigem Wohnungsbau, so sind nordkoreanisch anmutende Ja-Anteile von weit über 80 Prozent die Regel.

Hier, wo die kosmopolitische und soziale Schweiz zu Hause ist, wo Zürich wähnt, eine multikulturelle Weltstadt zu sein, hat in den letzten Jahren eine ganze Reihe von neuen Lokalen aufgemacht, in denen sich die progressiven Bärtigen am liebsten zeigen. Sie heissen: «Kafi Dihei», «Stubä», «Huusmaa», «Dini Mueter» oder «Kafi für Dich». In einigen Lokalen sind die Speisekarten gar auf Schweizerdeutsch geschrieben, im Internet muss man auf «Ässä» klicken, um zum Menü zu gelangen. Das Zürcher Szenequartier erscheint wie von Mundartpoet Pedro Lenz erschaffen.

Die Tour durch das urbane Heidiland startet man am besten im «Kafi Dihei», einem reizenden Lokal mit Blumentapeten und Biedermeiermöbeln, das in der Szene zurzeit besonders angesagt ist. Als Spezialität des Hauses gilt die selbstgemachte Konfitüre. Man sitzt beengt in dem kleinen Raum; einen Platz zu finden, ist am Wochenende unmöglich. Als Mann ohne

Nur bei zwei Themen sollte man sich in Acht nehmen: «Koran» und «Kalkbreite».

Bart gehört man zu den Aussenseitern, selbst die schwarze Hornbrille – nebst der Gesichtshaarung das gängigste Hipster-Klischee – ist hier weitverbreitet. An den Wänden hängen Ölbilder wie in Grossmutter Stube. Nachmittags ist die Stimmung bedächtig, es wird leise gesprochen, die Gäste schauen konzentriert in ihre aufgeklappten Apple-Laptops oder drehen sich eine Zigarette.

Der österreichische Jugendforscher Philipp Ikrath hat in diesen Wochen unter dem Titel «Die Hipster. Trendsetter und Neo-Spiesser» eine umfassende Studie zu dem Grosse Stadtphänomen publiziert. Er charakterisiert den Hipster als Teil der akademisch gebildeten, urbanen Elite. Mit dem nachlässigen Stil signalisiere er seine Wertschätzung für alternative Kultur, Arthouse-Filme, Independent-Musik. Was Erfolg hat, also alles, was aus Hollywood kommt oder es in die Hitparade schafft, ist ihm suspekt. Wenn er trotzdem etwas Populäres mag, so betont er stets, dass er dies schon mochte, bevor es in aller Munde war. Der Hipster möchte sich abheben von der

Masse, legt Wert auf das Individuelle – und läuft mit dieser Auffassung letztlich doch wieder mit der Herde.

Hier sind die Hausmänner

Etwa fünf Velominuten vom «Kafi Dihei» entfernt, an der Badenerstrasse, befindet sich das «Huusmaa». Auch hier fallen wieder die Blümchentapeten auf, die Brockenhausmöbel. Das Interieur ist etwas weniger üppig, es ist weniger eng als im «Kafi Dihei», das Publikum aber identisch: bärtig, mit Turnschuhen, die Utensilien für die selbstgedrehten Zigaretten stets griffbereit. Frage an den Kellner: «Wie kommen Sie auf den Namen «Huusmaa»?» Er grinst: «Will mir alles Huusmanne sind.» Der Name soll ironisch sein, so wie die gesamte Pedro-Lenzisierung der Szene ironisch gemeint ist. Auch das ist ein Zeitgeistphänomen, das dem Hipster zugeschrieben wird – und eins zu eins auf den Schwipster zutrifft: Die dauerpräsenste Ironie ist ein Mittel, um sich auf nichts festlegen zu müssen. Die rhetorische Hintertür: «Ich hab's ja nur ironisch gemeint», lässt man sich immer offen.

Bei einem Thema allerdings hört der Spass auf: dem gemeinnützigem Wohnungsbau, symbolisiert durch die Genossenschaft Kalkbreite, das Heiligtum der Szene. Die Kalkbreite ist eine Grosse überbauung mitten im Trendviertel, wo dank Vorzugskonditionen der Stadt bei der Baurechtsvergabe günstig gewohnt und gearbeitet werden kann. Zum Komplex gehören unter anderem ein Independent-Kino und ein Occasionsmöbelladen, in dem zu horrenden Preisen genau jene Retro-Einrichtungsgegenstände verkauft werden, wie sie in den Trendlokalen stehen. Dass mit der Genossenschaft Kalkbreite nicht zu spassen ist, bekamen zwei Journalisten aus dem Hause NZZ zu spüren, die einen kritisch-ironischen Artikel über das Refugium der Linken verfassten und dafür einen Shitstorm über sich ergehen lassen mussten. Wochenlang hielten die beiden Artikel die Szene in Wallung. Seither ist man in Zürich gewarnt. Wir leben in einer Gesellschaft, in der alles möglich ist, *anything goes*, nur bei zwei Themen sollte man sich in Acht nehmen: «Koran» und «Kalkbreite».

Hier liegt auch der grösste Unterschied zwischen Schwipster und Hipster, wie ihn Philipp Ikrath in seinem Buch beschreibt. Der Hipster sei ein mehr oder weniger unpolitisches Wesen, ein Produkt des Kapitalismus, das sich dem Markt jederzeit flexibel anpasse, meint er.



Pedro-Lenzisierung der Szene.

Der Schwipster aus den Kreisen 3 und 4 aber ist klar sozial eingestellt, wobei sozial das ist, was ihm nützt. Der Staat soll für «bezahlbare Wohnungen» sorgen, damit er selbst eine erhält; der Staat soll seine Kunstprojekte subventionieren, seine Kinder betreuen, seine Hobbys finanzieren – zum Beispiel ein neues Fussballstadion, weil ihm das bestehende nicht genügt. Anders

als im übrigen Zürich wurde die Vorlage für ein neues, gänzlich von der Allgemeinheit finanziertes Fussballstadion in den Trendquartieren deutlich angenommen, schliesslich gehört es hier zum guten Ton, FC-Zürich-Fan zu sein, wobei der Enthusiasmus diesbezüglich bei der momentanen Tabellenlage des Vereins merklich abgenommen hat.

In den Schwipster-Lokalen ist man unter seinesgleichen. Zwar hört man ab und zu Hochdeutsch, selten auch Englisch, doch es gehören alle demselben – akademischen – Milieu an. Wenn jemand aus einer anderen sozialen Klasse anwesend ist, dann höchstens in der Küche. Der tamilische Hilfskoch aber wohnt nicht hier im Quartier, sondern in Schwa-

mmendungen oder Spreitenbach, die Genossenschaftswohnungen sind nicht für ihn bestimmt. Eine Studie hat kürzlich in Erfahrung gebracht, dass die soziale Durchmischung in den vermeintlich sozialen und deshalb staatlich geförderten Genossenschaften geringer ist als bei Wohnungen auf dem freien Markt. Das Friesenberg-Quartier im Kreis 3, dem Stadtteil mit dem höchsten Anteil an Genossenschaftswohnungen, ist auch das Quartier mit dem geringsten Ausländeranteil der Stadt. Man bleibt gerne unter sich.

Alle wollen Kurator sein

Freitagnachmittag im «Kafi für Dich». Wieder sitzen bärtige Männer mit Notizblöcken vor ihren Laptops, man ist beschäftigt – oder tut zumindest so. Philipp Ikrath beschreibt die typische Tätigkeit der Hipster folgendermassen: «Hipster sind per definitionem keine Künstler. Sie sind Kuratoren und Kritiker, Remixer und Designer oder jene Werbetexter und «Prosumenten», die im Kielwasser der Künstler segeln.» Dies dürfte auch auf die Schwipster zutreffen. Der Speckgürtel im subventionierten Kunstbereich hat sich in den letzten zehn bis zwanzig Jahren



«Will mir alles Huusmanne sind»: Zürcher Trendlokale.

enorm aufgebläht: Eine Schwemme von Museums- und Theaterpädagogen, Kunstvermittlern und Kuratoren beansprucht einen immer grösseren Anteil der Kultursubventionen – zum Leidwesen der Künstler. Überhaupt, Kurator ist der urbane Sehnsuchtsberuf der Stunde. Kurator, einst die Berufsbezeichnung für den Ausstellungsmacher im klassischen Museum, steht heute für jede Tätigkeit, bei der nichts Neues erschaffen, sondern nur neu gebündelt oder organisiert wird. Journalisten,

die nicht selber schreiben, nennen sich neuerdings ebenso Kuratoren wie jemand, der im Internet Inhalte zusammensucht und neu präsentiert. Wer keinen konkreten Job vorzuweisen hat und doch irgendwie dazugehören möchte, fährt gut, wenn er einfach sagt: «Ich kuratiere.»

Der Kabarettist Franz Hohler spottete einst über sich selbst: «Was isch das für än Art, jetzt treit dä au en Bart.» Heute würde eine solche Zeile nicht mehr funktionieren. Alle wollen Schwipster sein, zu den bärtigen Trendigen gehören: Nachrichtensprecher am Schweizer Fernsehen passen sich der Mode genauso an wie der Ex-Chefredaktor der altehrwürdigen

NZZ. Jugendforscher Ikrath sagte kürzlich in einem Interview mit *20 Minuten*: «Hipster sind daran, eine Welt zu erschaffen, die immer mehr ihrer Mentalität entspricht.» In Zürichs Trendquartieren ist diese Welt, dieser Schrebergarten der Coolness, längst Realität.

Philipp Ikrath: Die Hipster. Trendsetter und Neo-Spiesser. Promedia. 208 S., Fr. 27.90

Philipp Gut:

Champagner mit Churchill



Der Zürcher Farbenfabrikant Willy Sax und der malende Premierminister.

Im August und September 1946 besuchte der britische Kriegspremier Winston Churchill die Schweiz und hielt in Zürich seine berühmte Rede zur europäischen Versöhnung. Dabei verfolgte er heimlich auch persönliche Ziele, die seiner grossen Leidenschaft geschuldet waren: dem Malen. Er wollte unbedingt einen Mann treffen, dessen Namen kaum einer kannte: Willy Sax. Der Unternehmer aus Urdorf produzierte nämlich hochwertige Künstlerfarben und wurde in der Folge zum Lieferanten und Freund Churchills. Sax erhielt intime Einblicke in das Leben des grossen Staatsmanns. Sogar der Bundesrat zählte auf seinen Vermittlerdienst. Das Buch zeichnet die Geschichte dieser aussergewöhnlichen Freundschaft anschaulich und anekdotenreich nach. Der Bildteil zeigt Gemälde von Churchill, Originalbriefe, Fotos und Bilder aus dem Nachlass und dem Archiv der Familie Sax.



«Mit historiografischem Geschick und journalistischer Gewandtheit.» NZZ
«Bestens unterhalten.» Basler Zeitung

Platin-Club-Spezialangebot

Philipp Gut
Champagner mit Churchill
Der Zürcher Farbenfabrikant Willy Sax und der malende Premierminister.
176 Seiten, illustriert, gebunden,
ISBN 978-3-7272-1455-4

Spezialangebot:
Fr. 35.– (zzgl. Versandkosten) statt Fr. 39.–

Bestellungen
Bitte senden Sie eine E-Mail mit dem Stichwort *Weltwoche* und Ihrer vollständigen Adresse an: order@staempfli.com, oder rufen Sie uns an über Telefon 031 300 66 77.
Stämpfli Verlag AG, Wöflistrasse 1,
Postfach 5662, 3001 Bern.

1352/5

www.weltwoche.ch/platinclub



Still und leise zur Mehrheit

Wie die Schweiz von morgen aussieht, zeigt sich heute in den Schulen. Die fortschreitende Islamisierung bereitet den Lehrpersonen Sorgen.

Von Christoph Mörgeli

Ältere Lehrerinnen und Lehrer erzählen gerne von ihrem Berufseinstieg: Noch in den 1980er Jahren gab es nur ganz vereinzelte islamische Schülerinnen und Schüler. Dies änderte sich im Gefolge der Balkankriege in den Neunzigern markant und erst recht in den Jahren des neuen Jahrtausends. Unsere Schulhäuser von heute sind die Seismografen unserer Bevölkerung von morgen. Wer sich in den Lehrerzimmern umhört, spürt Sorgen, ja ganz konkrete Zukunftsängste. Wohlverstanden: Keine einzige Lehrperson hat etwas gegen Kinder mit muslimischem Hintergrund oder würde sie gar diskriminieren. Die Bedenken betreffen einzig die ihnen vermittelten Religionsinhalte und das daraus resultierende Verhalten. Manche Lehrpersonen nahmen sich die Mühe, den Koran zu studieren. Dabei wuchs aber nicht ihr Verständnis, sondern vielmehr ihre Ablehnung.

Ein Sekundarlehrer erlebte die Lektüre als unausgesetzten Befehl zur Unterwerfung: «Wer sich unterwirft, den erwartet der Friede. Wer sich widersetzt, den erwartet der Krieg.» Eine Sekundarlehrerin zieht gar Parallelen zwischen der Lehre des Korans und dem Film «Die Welle», wo eine Klasse in einem Sozialexperiment im Sinne des Faschismus gedrillt wird: Sowohl die dort propagierte «Kraft durch Disziplin» wie die «Kraft durch Gemeinschaft» bis zur «Kraft durch Aktion» finde sie deckungsgleich im Koran. Ihre Kollegin fühlte sich ausgesprochen unwohl, als der äusserst reservierte muslimische Hilfsabwart einen ebenfalls muslimischen Lieferanten aufs herzlichste umarmte; die dabei spürbare Umma – die ausschliessliche Glaubensgemeinschaft unter Muslimen – habe bei ihr ein fast körperliches Unbehagen ausgelöst.

Lehrer beider Geschlechter wundern sich über eine Respektlosigkeit, die sie von nicht-islamischen Schülern nicht kennen: Auf den Schulhausfluren gehen die muslimischen Jungs geradeaus ihres Weges und treten nicht einmal für den Schulleiter zur Seite. Ein Oberstufenlehrer versucht ganz bewusst, seine muslimischen Schüler aus oft streng religiösen Elternhäusern zum kritischen Hinterfragen ihrer Glaubensinhalte und zu freierem Denken im Sinne des westlichen Humanismus anzuregen. Er war erleichtert, ja sogar etwas stolz, als sich ein Kosovo-Albaner, mittlerweile Maurerlehrling, auf Facebook stolz mit einer Flasche Bier präsentierte. Eine solche Emanzipation bleibt allerdings ein Einzelfall in einem Klima von rigider gegenseitiger Kontrolle und

begründeter Angst vor unliebsamen Konsequenzen.

Integration ist mühsam bis unmöglich

Die Mädchen – seit Geburt an Unterordnung gewöhnt – sind deutlich angepasster als die Burschen, die viel öfter disziplinarische Schwierigkeiten bereiten. Fast alle Muslime halten sich an die Regeln ihrer Religion, essen kein Schweinefleisch, trinken keinen Alkohol und fasten an den Tagen des Ramadan, auch wenn das Trinkverbot im Hochsommer etwa in Klassenlagern ernstlich gesundheitsgefährdend sei. Sie finden es selbstverständlich, dass eine Beleidigung des Propheten den Tod zur Folge hat. Die Mütter sprechen teilweise auch nach über zwanzig Jahren kaum ein Wort Deutsch und nehmen Übersetzer an Elternabende mit. Die Lehrer ärgern sich, dass die Taqiyya im Koran verlangt, Muslime sollten sich gegenüber Ungläubigen verstellen, sie täuschen und belügen – und neuerdings auch offen dazu stehen. Sie finden es ausgesprochen ärgerlich, wenn ein Imam aus Wil in der Sendung «Arena» gutmenschlich säuselt wie ein abgeschliffener hiesiger Sozialdemokrat.

Eine wirkliche Integration ist laut den Lehrpersonen eines Oberstufenschulhauses einer mittelgrossen Zürcher Stadt mühsam bis unmöglich, vor allem aber teuer. Die Lehrer über-

rascht nicht, dass sich die Bildungsdirektion hütet, die Kosten der Integrationsmassnahmen für ein einzelnes muslimisches Kind gegenüber den Steuerzahlern auszuweisen; es gäbe sonst einen Aufschrei in der Bevölkerung. Die Sekundarschule C besteht aus Kleinklassen mit überwiegend muslimischen Kindern, wo neben der Lehrperson auch Lehrkräfte für «Integrierte Förderung» (abgekürzt IF) oder für «Integrierte Sonderschulung» unterrichten – hier lautet die neckische Abkürzung «IS». Es ist also nicht selten, dass sich drei Lehrer in einem Raum mit ein paar Schülern abmühen.

Unter den Staaten mit muslimischer Mehrheit findet sich keine freiheitliche Demokratie.

Alle Lehrerinnen und Lehrer sind sich einig, ob sie links, die Mitte oder vereinzelt sogar rechtsbürgerlich wählen: Die Politiker haben keine Ahnung, was auf unser Land zukommt. Der Islam wird in wenigen Jahrzehnten zweifellos zur Mehrheitsreligion. Fast die Hälfte der Muslime in der Schweiz ist unter 25 Jahre alt. Innert einer Generation, die bei ihnen 23 Jahre dauert, vermehren sich die Muslime in der Schweiz um das 2,5-Fache; hinzu kommen der Familiennachzug sowie die Asylgesuche, wobei die zehn grössten Ländergruppen mehrheitlich muslimisch sind. Mitte des 21. Jahrhunderts wird die Hälfte der Schweizer Einwohner muslimisch sein. Die muslimischen Oberstufenschüler lächeln wissend, wenn sie von den Lehrpersonen auf diese Entwicklung aufmerksam gemacht werden.

Manche Lehrer besprechen jetzt mit ihren muslimischen Schülern, warum sie in die Schweiz gekommen sind und welchen Werten sie Wohlstand, Sicherheit und Mitmenschlichkeit verdanken. Sie sind aber pessimistisch angesichts der Tatsache, dass sich unter den über fünfzig Staaten mit muslimischer Mehrheit nirgendwo eine wirklich freiheitliche Demokratie findet; es handelt sich vielmehr um Polizei-, Militär- oder Gottesstaaten.

Was tun? Die Ratlosigkeit im Lehrerzimmer ist mit Händen zu greifen. Man sollte, wird vorgeschlagen, das Übel an der Wurzel seiner geistigen Grundlagen packen. «Wir müssten in der Schweiz den Koran verbieten», meint ein Sekundarlehrer. Nicht nur die Muslime haben sich radikalisiert. ○



«Wer sich unterwirft, den erwartet der Friede.»



«Ich gebe jedem Geld»: Präsidentschaftskandidat Trump mit Fans in Mobile, Alabama, August 2015.

Amerikas neuer Klassenkampf

Die Demokraten sind die Partei des grossen Geldes geworden, und die Amerikaner wettern gegen die Einwanderung. Das nützt vor allem einem: dem schier unaufhaltsamen Donald Trump.

Von Christopher Caldwell

Donald Trumps Aufstieg an die Spitze der republikanischen Präsidentschaftskandidaten ist eines der grossen Rätsel der amerikanischen Nachkriegspolitik. Früher hat es ebenso unkonventionelle Bewerber gegeben, die ebenso unerwartet aufgestiegen sind. George Wallace, der Gouverneur von Alabama, vertrat 1968 all jene Wähler in den Südstaaten, die in ihrer zunehmend urbanen und für Rassengleichheit eintretenden Demokratischen Partei keine Heimat mehr hatten. Und 1992 war es Ross Perot, der frühe IT-Unternehmer, ein nüchterner, zupackender Realist, der die Stimmung der Amerikaner, denen die hohe Staatsverschuldung ein Dorn im Auge war, richtig erkannt hatte.

Der Aufstieg des New Yorker Immobilienmilliardärs Donald Trump ist etwas ganz anderes. Medienbeobachter können sich diese

Entwicklung nicht erklären. Man weiss nicht recht, wer seine Wähler sind, für welche Politik er steht und warum er so populär ist. Blickt man in die amerikanische Presse, müsste man glauben, er sei das Symptom kollektiver Unzurechnungsfähigkeit der Republikaner. So schreibt Michael Kinsley in *Vanity Fair*, Trump sei «nach Temperament, Erfahrung und Charakter ganz und gar ungeeignet, Präsident der Vereinigten Staaten zu werden. Er ist ein Clown.» Der *Plain Dealer* aus Cleveland hält ihn für «unfassbar erschreckend». Diese Neigung, sich über Trump lustig zu machen, frustriert alle, die mit ihm sympathisieren, wie etwa den Radiokommentator Rush Limbaugh. «Trumps Kritiker im Establishment von Demokraten und Republikanern», erklärte er unlängst, «wollen uns glauben machen, dass

seine Kandidatur verrückt ist, dass sie auf bedeutungslosen Oberflächlichkeiten beruht und aus diesem Grund letztlich scheitern muss. Sie alle haben nichts verstanden.»

Was sie nach Limbaughs Meinung nicht verstanden haben, ist die politische Sprengkraft des Themas Einwanderung. Den Amerikanern bereitete die Einwanderung Sorge, bevor sie die Nachrichten aus Europa hörten – zunächst von den Migranten, die nach Deutschland strömen, dann von den Terroranschlägen in Paris.

Glänzender Entertainer

Doch es geht um viel mehr. Trump hat in diesem Punkt klar Stellung bezogen. Er spricht gern von den allgemeinen Problemen der Globalisierung. Er, der Protektionist, würzt seine Attacken auf die Freihandelslehre mit dem

ihm eigenen Humor. Manager, die das Outsourcen von Produktion in Billigländer verteidigen, zitiert er mit den Worten «Das ist gut für die Wirtschaft» und stellt sofort die Gegenfrage: «Gut für wessen Wirtschaft?» Und er, der selbst Milliardenkredite aufgenommen hat, verrät nun seine alten Verbündeten in der Finanzwelt. Er fordert die Abschaffung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kreditkosten, die viele Hedge-Fund-Manager reich gemacht hat. Einige Republikaner finden, dass er überhaupt kein Konservativer ist.

All das hat Trump nicht aufhalten können. Sein Geheimnis ist nicht zuletzt, dass er ein glänzender Entertainer ist. Er ist der geborene Showmaster. Vierzehn Jahre lief seine Reality-TV-Show «The Apprentice». Schon vorher war Trump eine prominente Figur, die sich durch markige, aggressive Sprüche und ungebrochenes Selbstbewusstsein auszeichnete. «Er war richtig nett», sagte er kürzlich über seinen Rivalen John Kasich, den Gouverneur von Ohio, «aber dann stürzten seine Beliebtheitswerte ab [...], und er wurde unangenehm.»

Der Schlüssel zu Trump liegt woanders. Seine Popularität lässt sich nicht mit dem Irrsinn der Öffentlichkeit oder seinen kruden politischen Vorstellungen oder seinen Auftritten erklären. Sein Aufstieg verdankt sich einem Wandel im amerikanischen Klassensystem. Dieser Wandel beschädigt beide Parteien, besonders aber die Republikaner. In der amerikanischen Geschichte hat es überall Liberale und Konserva-

Die neue Demokratische Partei wird oft als «Koalition der Aufsteiger» bezeichnet.

tive gegeben, doch während des Kalten Krieges entdeckten die Wähler die Ideologie und entschieden sich, je nach Weltanschauung, für eine der beiden Parteien. Aus den Demokraten wurden Sozialdemokraten, Republikaner sind inzwischen eine Koalition aus liberalen Anti-Etatisten und Konservativen.

Die Informationswirtschaft hat dieses System in einer Weise durcheinandergebracht, die nicht allen klar ist: In der US-Politik geht es plötzlich nicht mehr um Ideologie, sondern um Demografie und Klasse. Das mit der Demografie ist den meisten klar. Seit der letzte erfolgreiche republikanische Präsident, Ronald Reagan, vor einem Vierteljahrhundert aus dem Amt schied, hat sich das Land zum Vorteil der Demokraten verändert. Die neue Demokratische Partei wird oft als «Koalition der Aufsteiger» bezeichnet: nichtweisse, alleinerziehende Frauen und Homosexuelle. Schwarze wählen seit Jahrzehnten fast ausnahmslos Demokraten, und die Millionen nichteuropäischer Einwanderer lassen eine deutliche Präferenz für sie erkennen, zumindest bei Präsidentschaftswahlen. Die Demokraten verwenden das Wort «Auf-

steiger» nicht in demografischem, sondern eher moralischem Sinn, um auszudrücken, dass ihre Partei für die Benachteiligten eintritt.

Was die Republikaner aber wirklich lähmt, ist nicht Rasse, sondern Klasse. Die Minderheit, die von den Demokraten besonders hofiert wird, sind die Superreichen des Silicon Valley, bei denen der Anteil derjenigen, die die Demokratische Partei wählen, fast ebenso gross ist wie bei den Schwarzen. Niemand ist mehr «Aufsteiger» als die Mitarbeiter von Google, Apple, Yahoo, Netflix, LinkedIn und Twitter, deren Spendengelder zu mehr als neunzig Prozent an Obama gehen. Demokratische Aktivisten empören sich über die Gelder, die der Energiemogul David Koch den Republikanern zukommen lässt. Doch bei den *midterm*-Wahlen 2014 landete Koch mit sechs Millionen Dollar auf Platz zehn der Spenderliste. Tom Steyer, Hedge-Fund-Manager und Philanthrop, der fast nur für die Demokraten spendet, führte mit 74 Millionen die Liste an.

Republikaner als Globalisierungsverlierer

Seit den Achtzigern ist Amerika kontinuierlich ungleicher und oligarchischer geworden. Wirtschaftliche Macht kann sich leichter als politische Macht ausdrücken. Hightech-Unternehmer und Anwälte sorgen dafür, dass sich die Demokratische Partei mit Themen befasst, die für das eine Prozent der Reichsten wichtig sind, für die Mittelschicht aber, die mit Ach und Krach über die Runden kommt, keine Bedeutung haben. Hierzu gehört vor allem der Klimawandel, aber man könnte auch Obamas Einsatz für den Freihandel und die Zusammenarbeit von Gouverneuren mit internationalen Casino-Ketten nennen. Wenn Unternehmen offen ihren politischen Einfluss geltend machen, profitieren meist die Demokraten.

Machen wir uns nichts vor: Die Republikaner, was immer sie sonst noch sein mögen, sind die Globalisierungsverlierer. Sie sind nicht mit Syriza oder dem Front national zu vergleichen, aber mit dem euroskeptischen Flügel der britischen Konservativen gibt es Gemeinsamkeiten. Und genau wie die Euroskeptiker werden sie bei den Wahlen vermutlich für eine Überraschung sorgen. Solche Überraschungen gibt es bereits auf Kongressebene, wo die Republikaner über Mehrheiten verfügen wie seit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg nicht mehr.

Das Präsidentenamt ist nicht mehr so leicht zu gewinnen. Hier macht den Republikanern ihr wenig attraktiver Ruf zu schaffen, der daher rührt, dass sie im Industriezeitalter die Partei des Geldes waren. Aber inzwischen sind wir im Informationszeitalter angelangt, und nun sind es die Demokraten, die über das grosse Geld verfügen. In einer Zeit, in der sich der Gesetzgebungsprozess weitgehend von den Parlamenten in die Gerichte verlagert hat, ist die Demokratische Partei eine Partei von Juristen. Die Bundesrichter, vom Präsidenten aus einem Pool

Zitate

«Zahl's ihm heim!»

Trump ist bekannt für markige Sprüche. Hier eine Auswahl.

Reiche Leute sind reich, weil sie schwierige Probleme lösen. Du musst lernen, durch Probleme zu wachsen.

Wenn Hillary Clinton ihren Mann nicht befriedigen kann, wieso glaubt sie, dass sie Amerika befriedigen kann?

Als Geschäftsmann bin ich sehr konservativ. Wenn ich ein Geschäft anpacke, erwarte ich das Schlimmste. Wenn man sich auf das Schlimmste einstellt, wenn man mit dem Schlimmsten leben kann, kommt das Gute von allein.

Falls Obama jetzt zurücktritt und damit dem Land einen grossen Dienst erweist, wird er auf allen meinen Golfplätzen sein Leben lang umsonst spielen dürfen.

Eines der grössten heutigen Probleme ist, dass die Politik einen so schlechten Ruf hat. Gute Leute gehen nicht in die Politik.

Ich habe noch nie einen dünnen Menschen Diät-Cola trinken sehen.

In der Fantasiewelt bekommst du automatisch, was du wert bist. Aber die richtige Welt funktioniert nicht so. Da bekommst du deinen Wert nur, wenn die Person, mit der du es zu tun hast, keine andere Wahl hat.

Wenn dich jemand ärgert, ist mein Rat: «Zahl's ihm heim.» ... Wenn du's nicht tust, bist du ein Trottel. Wenn dir jemand unrecht tut, schnapp ihn dir. Das fühlt sich gut an. Ich liebe es ... Und wissen Sie was? Mit mir versuchen es die Leute nicht so oft wie mit anderen. Sie wissen, wenn sie sich mit mir anlegen, dann setzt es was.

Kritik lässt sich leichter ertragen, sobald man erkannt hat, dass nur die Leute nicht kritisiert werden, die keine Risiken eingehen.

Das Land hat ein grosses Problem mit der politischen Korrektheit ... Ich habe, offen gesagt, keine Zeit für totale politische Korrektheit und dieses Land, ehrlich gesagt, auch nicht.

Wenn du Arbeit und Vergnügen ins Gleichgewicht bringen willst, hör auf damit. Mach stattdessen deine Arbeit vergnüglicher.

Eine Nation ohne Grenzen ist keine Nation. Wir brauchen eine Mauer.



Wirtschaft to go!

Egal wo, egal wann.

Ihr Digital-Abo der BILANZ unter
shop.wirtschaftsmedien.ch/bz

BILANZ

Das Schweizer Wirtschaftsmagazin

demokratischer Elitejuristen vorgeschlagen und vom Kongress bestätigt, könnte man als Abgeordnete auf Lebenszeit betrachten.

Der Haken ist, dass Spender, die die Republikaner unterstützen, als Wähler so ziemlich das Gleiche wollen wie demokratische Geldgeber. Mit anderen Worten, das Nominierungsverfahren der Republikaner ist weitgehend in den Händen von Leuten, denen es relativ egal ist, ob ein Republikaner ins Weisse Haus einzieht.

Genau das erklärt das Phänomen Trump. Seine Anhänger sind Leute, die mit Politikern, die sich nur pro forma für sie einsetzen, nichts mehr zu tun haben wollen. Bei Wahlveranstaltungen mit Donald Trump kann man gut erleben, mit welcher schockierender Direktheit und Bitterkeit die Kluft zwischen Wählern und Spendern zum Ausdruck gebracht wird. «Sie hassen uns», sagen die Leute, die die Partei wählen, von den Leuten, die die Partei führen. Bei studierten Republikanern kommt Trump auf 46 Prozent Zustimmung, bei nichtstudierten auf 71 Prozent. Das hat nichts mit einem angeblichen Rechtsrutsch zu tun. Trump ist ideologisch beweglicher als die meisten seiner Konkurrenten, und er ist besonders beliebt bei liberalen Republikanern. Der Harvard-Jurist Lawrence Lessig, der erklärt hat, er werde kandidieren, um die korrupte Wahlkampfspendenpraxis anzuprangern, ist offenbar bereit, eine Vizepräsidentschaft unter Trump in Erwägung zu ziehen.

Hochzeitsgast Hillary Clinton

Ein Paradox von Trumps Kandidatur ist, dass er, der Milliardär, Wähler anspricht, denen die Vermischung von Geld und Politik nicht gefällt. Trump behauptet, dass sich in Amerika jeder Reiche Politiker kaufen könne – er wird sich ja auskennen. Als ihm bei einer Debatte vorgeworfen wurde, Kandidaten der Demokraten mit viel Geld unterstützt zu haben, antwortete er: «Ich sage Ihnen, unser System ist zerrütet. [...] Ich gebe jedem Geld. Wenn jemand anruft, gebe ich ihm Geld. Und wenn ich zwei, drei Jahre später etwas von ihm haben will, rufe ich ihn an, diese Leute sind für mich da.» Einer seiner Mitbewerber fragte, was er denn bekommen habe. Darauf Trump: «Ich habe Hillary Clinton zu meiner Hochzeit eingeladen. Und sie kam. Und wissen Sie, warum? Ihr blieb gar nichts anderes übrig, denn sie hatte Geld von mir bekommen.» Bei Trump haben die Leute die Wahl, sich für eine Marionette oder für den Marionettenspieler zu entscheiden.

Trump ist der stärkste Ausdruck eines grundlegenden Wandels in der amerikanischen Politik. Politische Programme zählen nicht mehr so viel wie früher, wichtiger sind Personen. Dieser Wandel hat mehrere Gründe. Der erste ist das Misstrauen zwischen Parteioberen und Basis. Republikanische Wahlprogramme sollen die Basis einlullen, und zwar zum Vorteil der Reichen. Ein Beispiel ist das Thema Einwande-



«Wahrheiten aussprechen»: illegale Einwanderer.

rung. 1986 verabschiedete der Kongress mit den Stimmen der Republikaner angesichts eines drohenden Aufstands der Öffentlichkeit, die die Zahl von drei Millionen illegalen Einwanderern alarmierend fand, die Immigration Reform and Control Act. Seitdem ist «umfassende Reform der Einwanderungsbestimmungen» der Name verschiedener Programme, die sich nach Beschränkung anhören, tatsächlich aber eine Öffnung erlauben. In den Vereinigten Staaten leben heute 35 Millionen Einwanderer.

Deshalb unterstützen republikanische Wähler keine Kandidaten mehr, die nicht, wie Trump, explizit gegen Masseneinwanderung sind. Auch deswegen haben republikanische Gouverneure nach den jüngsten Terroranschlä-

Wohin Trump, falls gewählt, das Land führen würde, ist ihm selbst auch nicht ganz klar.

gen von Paris sofort verkündet, dass syrische Flüchtlinge bei ihnen nicht willkommen seien. Jeb Bush wurde wegen der Bemerkung verspottet, dass illegale Einwanderung ein «Akt der Liebe» sei.

Wenn überhaupt ein Politiker für Donald Trump verantwortlich ist, dann Barack Obama. Er setzt mit grossem Geschick auf seine Vollmachten und umgeht damit die demokratischen Institutionen unseres Landes. Indem Obama per Exekutivanordnung regiert und staatliche Vorhaben mittels Rekordstrafen für Unternehmen und privater Spenden von Sympathisanten finanziert, hat er ein Washington geschaffen, das weniger auf Recht und Gesetz beruht als auf seiner eigenen Person und seinen Beziehungen.

In einer Zeit, in der es nicht mehr um politische Programme, sondern um Personen geht, beschwichtigen die Kandidaten die Wähler, indem sie von ihren «Gefühlen» reden – eine Unverschämtheit, die sie in Kauf nehmen. Die Wähler glauben offenbar, dass diese Dinge furchtbar wichtig sind. Offene Worte sind immer gut. Als Trump zum Thema Islamischer Staat sprach, sagte er: «Die Leute, die im Rahmen dieses massenhaften Flüchtlingsstroms zu uns kommen, sollen wissen, dass sie zurückgeschickt werden, dass sie zurückgeschickt werden, wenn ich die Wahlen gewinne, wenn ich die Wahlen gewinne.» (Man beachte Trumps Neigung, sich immer dann zu wiederholen, wenn er den Wählern klarmachen will, dass er ihre Sorgen ernst nimmt.)

Hohes Mass an Verrücktheit

«Trump hat sich», schreibt Michael Kinsley in *Vanity Fair*, «für die Rolle des Clowns entschieden, weil er auf nichts Rücksicht nimmt, weil er alles sagt, auch Wahrheiten, die ernsthaftere Naturen nicht aussprechen. Das ist okay. Ich würde diese Rolle auch gern spielen.» Das ist ein Missverständnis der sozialen Dynamik unserer Zeit. Wahrheiten auszusprechen, die ernsthafte Leute nicht aussprechen, mag in ruhigeren Zeiten, in denen man Institutionen mehr Vertrauen entgegenbringen kann, ein Zeichen sein, dass jemand um jeden Preis Aufmerksamkeit erringen will. In turbulenten Zeiten braucht es dafür nicht nur ein hohes Mass an Verrücktheit, sondern auch Mut. Dieses Missverständnis ist weitverbreitet. Im Oktober, als Trump auf dem Höhepunkt seiner Popularität zwanzig Punkte vor seinen Konkurrenten lag, sagten einige Journalisten voraus, dass er sehr bald aus dem Rennen aussteigen werde.

Trump, Mitautor des Bestsellers «The Art of the Deal», brüstet sich gern mit seinem Verhandlungsgeschick. Er will den Eindruck erwecken, als könne er besser verhandeln als jeder seiner Mitbewerber. Geschäftsverhandlungen sind eine spezielle Form von Interaktion, so etwas wie ein privater Wahlkampf. Die Beteiligten wissen meist nicht, welche Absichten die andere Seite verfolgt. Man versucht, die Verhältnisse zu klären, indem man teils zutreffende, teils falsche Informationen präsentiert. In diesem Kontext gedeihen Angeberei, markige Sprüche und Aggressivität. All das erleben wir bei Trumps Auftritten. Es gibt aber noch eine Besonderheit bei Verhandlungen: Je geschickter man seine wahren Absichten verbirgt, desto mehr Chancen hat man. Das ist vielleicht der interessanteste Aspekt von Trumps Kandidatur. Wohin er, falls gewählt, das Land führen wird, ist vielen Amerikanern nicht ganz klar. Ihm selbst möglicherweise auch nicht.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

«Fidel Castros Teufelchen»

Im Kampf gegen Drogen und Terror stand Kolumbiens Ex-Präsident Alvaro Uribe fest an der Seite der USA. Heute ist er der schärfste Kritiker der Friedensverhandlungen mit der Farc-Guerilla und der erbittertste Gegner seines Nachfolgers, Präsident Juan Manuel Santos. Ein Treffen in Bogotá. Von Florian Schwab

Der bewaffnete Konflikt in Kolumbien produziert seit Jahrzehnten schaurige Nachrichten, persönliche Tragödien und filmreife Duelle. Nur mit Mühe konnte sich die kolumbianische Republik gegen ursprünglich marxistische Guerillagruppen wie die Farc und die ELN oder rechtsgerichtete Paramilitärs verteidigen, allesamt grosse Profiteure des Drogengeschäfts. Als im Jahr 2002 der neue Präsident Alvaro Uribe vereidigt wurde, demonstrierten die Farc ihre Macht und schossen Raketen in Richtung der Casa de Nariño, des Präsidentenpalasts in Bogotá. Kolumbien war auf dem besten Weg zu einem *failed state*. Dass sich die Dinge seither mehrheitlich zum Besseren gewendet haben, ist einem Mann und seiner Entschlossenheit zu verdanken: Alvaro Uribe Vélez, geboren 1952, Staatspräsident für zwei Amtsperioden, von 2002 bis 2006 und 2006 bis 2010. Uribe suchte den Schulterschluss mit US-Präsident George W. Bush. Abermillionen US-Dollar flossen nach Kolumbien. Die Armee war erstmals seit Generationen ein ernstzunehmender Gegner für die im Drogengeld schwimmenden Guerilla-Organisationen.

Uribe, dessen Vater im Kugelhagel der Farc auf seiner Finca gestorben war und der selbst etliche Attentate der Guerilla überlebt hatte, entwickelte sich zum Feindbild der linken Internationalen von Fidel Castro über sozialistische Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Alt-68ern in romantischer Verklärung wie dem Schweizer Diplomaten Gontard, der als Geldträger für die Farc fungierte (*Weltwoche* 29/08). Wenn es eine Entscheidung gibt, die Alvaro Uribe bereut, dann ist es vermutlich die, dem heutigen kolumbianischen Staatsschef Juan Manuel Santos in den Sattel geholfen zu haben. Widerwillig beugte sich der populäre Staatsschef im Jahr 2010 dem Verdikt des kolumbianischen Verfassungsgerichts und verzichtete auf eine dritte Amtszeit. An seine Stelle trat der von Uribe im Verteidigungsministerium aufgebaute Santos. Der führte jedoch anderes im Schilde, als die konsequente Politik des Urubismus gegen die Guerilla zu Ende zu führen. Er setzte sich mit den Farc an den Verhandlungstisch in Havanna, Kuba, und liess militärisch die Zügel etwas lockerer.

Der entgeisterte Uribe drängt seither mit Macht zurück in die politische Arena. Er hat mit dem Centro Democrático eine neue Partei gegründet, die vor einem Jahr beinahe die

Wiederwahl Santos' verhindert hätte. Auf Twitter und in Begegnungen mit der Bevölkerung prangert Uribe in atemberaubender Kadenz die Politik seines Nachfolgers an. Ohne Zweifel: Er ist ein politisches Naturtalent. Auch hat er sich vor einem Jahr mit Glanzresultat in den Senat wählen lassen, wo er gegen die Regierung Santos eine scharfe Klinge führt.

Wir treffen Alvaro Uribe in seinem Büro im Senat, wenige hundert Meter vom Präsidentenpalast entfernt. Hier hat er seine Getreuen um sich geschart. Als veritabler Gegenpräsident saugt er jede Regung des politischen Gegners auf und hält seine gutgeölte Kommunikationsmaschine in Bewegung. Seine erste Verpflichtung, daraus hat der authentische Uribe nie einen Hehl gemacht, gilt seinen Wählern. Das bedeutet, dass er das Riesenland in Südamerika ständig bereist und mit den örtlichen Medien spricht. Von der internationalen Bildfläche ist

«Der Friedensprozess sichert der drittreichsten Terrororganisation der Welt Straffreiheit zu.»

der kolumbianische Volkstribun allerdings fast vollständig verschwunden. Interviews mit ausländischen Medien sind rar und nur mit Geduld und der Kunst des beharrlichen Antichambrierens überhaupt zu erhaschen. Dann, mit ortsüblicher Verspätung, tritt der Senator und frühere Präsident vor die Schwelle seines mit drei Vorzimmern bewehrten Büros und fragt jovial: «Wo ist der Herr aus der Schweiz?» Und weiter: «*A ver, hombre joven, atiendo sus preguntas!*» (So, junger Mann, ich beantworte Ihre Fragen!).

Herr Uribe, in Kolumbien ist der Terrorismus seit vielen Jahrzehnten eine Realität. Was haben Sie gedacht, als Sie von den Attentaten in Paris gehört haben?

Zuerst denkt man an den Schmerz der Opfer in Frankreich. Ich verbinde ihn mit den Leiden der unzähligen Opfer in Kolumbien, die viele von uns persönlich erlebt haben. Aus diesem Schmerz erwächst eine Abwehrreaktion.

In Frankreich wurden Zivilisten im Musikzentrum «Bataclan» zur Zielscheibe. Im Jahr 2003 – Sie hatten gerade die Präsidentschaft angetreten – explodierte im Freizeitclub «El Nogal» in Bogotá eine Bombe der Farc und hinterliess 33 Tote. Was hat der

dschihadistische Terror mit dem Terrorismus in Kolumbien gemein?

Es sind dieselben barbarischen Handlungen gegen die Bevölkerung. Kolumbien hat davon viele erdulden müssen: das Attentat im Klub «El Nogal», die Autobombe gegen den ehemaligen kolumbianischen Sicherheitsdienst DAS, die Entführung eines Passagierflugzeugs, das Massaker von Bojayá oder erst kürzlich, am 26. Oktober, die Ermordung vieler Soldaten.

Die internationale Reaktion auf Terroranschläge in Kolumbien ist im Vergleich zu ähnlichen Ereignissen in Frankreich eher verhalten.

Ich sehe hier ein grosses Ungleichgewicht. Während die internationale Gemeinschaft die Terroranschläge in Frankreich kategorisch verurteilt, unterstützt sie einen sogenannten Friedensprozess in Kolumbien. Dieser sichert den Farc als drittreichster Terrororganisation der Welt und grösstem Kokainlieferanten, Straffreiheit zu. Das ist unverständlich.

Ihre beiden Amtszeiten als Präsident waren vom erbitterten Kampf gegen den Kokainanbau und die Farc geprägt.

Kolumbien hatte den Anbau von Kokain substanziell reduziert. Im Jahr 2010 waren wir auf dem besten Weg, den Drogenschmuggel aus dem Land zu verbannen. Auch der Terrorismus war nicht mehr so bedeutsam, da äusserst geschwächt. Aber in den letzten Jahren hat man der Terrororganisation Farc all die Anerkennung und Bedeutung wiedergegeben. Damit einhergehend nimmt Kolumbien wieder den traurigen Spitzenplatz bei der Kokainproduktion ein.

Warum haben die Farc auf internationaler Ebene ein besseres Image als andere Terrororganisationen?

Weil man sie von weitem betrachtet und nicht dasselbe erleidet wie die Kolumbianer am eigenen Leib. Man hängt offenbar dem irrigen Glauben an, dass diese Gruppen für eine gerechte Sache kämpfen; dass sie beispielsweise die Armut lindern, während es gerade sie sind, die Armut verursachen.

Die Guerilla in Kolumbien erfährt teilweise Sympathie und Unterstützung von Seiten ausländischer Regierungen und Nichtregierungsorganisationen. Vor einigen Jahren war ein offizieller Gesandter der Schweizer Regierung beispielsweise nebenamtlich als Geldträger für die Farc aktiv. In Venezuela



«Ich kämpfe jeden Tag. Ohne zu wissen, bis wohin mein Treibstoff reichen wird»: Ex-Präsident Uribe.

und Ecuador konnten sie sogar unbehelligt grenznahe Camps errichten ...

Man geht fälschlicherweise davon aus, dass hier ein ziviler Aufstand gegen eine Diktatur stattfindet, während in Tat und Wahrheit ein Narco-Terrorismus gegen eine Demokratie kämpft. Daran, dass dieser falsche Eindruck weiterhin besteht, ist

die aktuelle kolumbianische Regierung mitschuldig. Denn sie lässt es zu, dass wir in der Welt so angesehen werden. Sie hat in den Verhandlungen in Havanna das eigene Militär auf eine Stufe mit dem Terrorismus gestellt. Sie lässt zu, dass die internationale Gemeinschaft glaubt, dass hier ein ähnlicher Prozess stattfindet wie im mittelamerika-

nischen Cono Sur vor ein paar Jahrzehnten, als es Bürgeraufstände gegen Militärdiktaturen gab.

Und das ist falsch?

Absolut! Hier haben wir es mit ursprünglich marxistisch-leninistischen Guerillaorganisationen zu tun, welche die Diktatur des Proletariats erreichen wollten, den Klassenhass säten und auf die Verstaatlichung der Produktionsmittel abzielten. Später haben sie sich aber schrittweise grossmehrheitlich zu Söldnern des Drogenschmuggels entwickelt. Zudem haben sie eine ebenso brutale Gegenbewegung heraufbeschworen, die paramilitärischen Organisationen, die unsere Regierung unter meiner Führung entwaffnet hat. Auf der anderen Seite steht eine Demokratie, die ihre Probleme ohne Zugeständnisse an den Terrorismus löst.

Die kolumbianische Regierung vermeldet Fortschritte in den Friedensverhandlungen. Die meisten anderen Länder und internationalen Kommentatoren unterstützen den Prozess. Sie stehen als Gegner allein auf weiter Flur. Welches sind Ihre Gründe?

Uns beunruhigt die Verschlechterung der Sicherheitslage in den letzten Jahren sehr. Das Land ist erneut der grösste Kokainproduzent der Welt. In vielen Gegenden tritt der bereits verschwunden geglaubte Terrorismus wieder in Erscheinung und knechtet mit dem Drogengeschäft und der Erpressung die Bevölkerung. Die Streitkräfte sind demoralisiert, weil Präsident Santos sie auf eine Stufe mit den Terroristen stellt. Die Straffreiheit, die man den Farc zusagen will, wird zu neuer Gewalt führen. Die Farc-Uniformen verschwinden vielleicht, aber sie weichen jenen der Guerilla ELN und später den Uniformen anderer krimineller Banden.

Nach grossflächigen bewaffneten Konflikten hat sich eine Übergangsjustiz mit weniger harten Strafen durchaus bewährt. Auch in Kolumbien mit den Paramilitärs.

Wir akzeptieren, dass der einfache Guerillero nicht ins Gefängnis muss. Aber wir glauben, dass die Führer der Guerilla eine (womöglich reduzierte) Strafe absitzen müssen. Es scheint uns zudem ein sehr bedenkliches Signal für eine Demokratie, wenn – wie die Abkommen dies vorsehen – Verantwortliche für Gräueltaten eine politische Karriere einschlagen und öffentliche Ämter bekleiden können. Zudem sind wir dagegen, dass Drogenschmuggel, Geiselnahme und Entführung in den Rang politischer Delikte erhoben werden sollen. Die Entführungen in Kolumbien waren systematisch und erfüllen alle Voraussetzungen, um als Folter zu gelten. Am Ende handelt es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der Drogenschmuggel in Kolumbien hat alle Arten von Terror finanziert, und jetzt kommt man und will uns weismachen, es sei



«Wir sind wieder die Nummer eins im Kokainanbau»: Anti-Drogen-Einheit vernichtet Drogenlabor.

ein politisches Delikt. Zu guter Letzt beinhalten die Verträge auch Klauseln, die unsere Demokratie und den marktwirtschaftlichen Charakter unseres Landes bedrohen.

Wie meinen Sie das?

Die Armut in diesem Land geht nicht auf ein Zuviel an privater unternehmerischer Initiative zurück, sondern auf zu wenig davon. Der Terrorismus und die Regierungen haben verhindert, dass die Marktwirtschaft floriert. In der Schweiz habt ihr ein sehr gerechtes Land mit einem sehr leistungsfähigen Privatsektor. Wir glauben an die Marktwirtschaft nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel, um eine gerechte Gesellschaft zu erreichen. Das steht mit den Verträgen auf dem Spiel.

Sie warnen davor, dass Ihr Land auf die Abwege des, wie Sie es nennen, «Castro-Chavismus» geraten könnte. Im Ernst?

Die kolumbianische Wirtschaft erlebt derzeit einen kritischen Einbruch. Die jetzige Regierung hat die Anreize für Investitionen reduziert. Heute hat das Land die vierthöchste Steuerbelastung der Welt. Wenn man zusätzlich hört, mit welchen finanziellen Forderungen die Farc in die Verhandlungen gehen, dann verheisst dies für die Privatwirtschaft nichts Gutes – es besteht also tatsächlich ein grosses Risiko einer castro-chavistischen Politik.

Präsident Santos hat versprochen, dass die Kolumbianer in einem Referendum über das Verhandlungsergebnis abstimmen dürfen.

An das Referendum glaubt die Regierung Santos selber nicht mehr. Sie spricht jetzt von einem Plebiszit. Nach geltendem Recht müsste die Vorlage eine Zustimmung

von mehr als 50 Prozent der registrierten Wähler erreichen. Das will man jetzt auf 13 Prozent senken. In einem 48-Millionen-Einwohner-Land würden damit vier Millionen Ja-Stimmen genügen. Jeder in Kolumbien will den Frieden. Aber viele Leute wollen keine Straffreiheit für die Farc.

Bei früheren Gelegenheiten haben die Farc jeweils Friedensverhandlungen als militärische Verschnaufpause genutzt und sind gestärkt daraus hervorgegangen. Sind sie diesmal wirklich bereit, die Waffen abzugeben?

Sie kommen mit der Erfahrung grosser militärischer Niederlagen in die Verhandlungen, die ihnen meine Regierung zugefügt hat. Politisch waren sie isoliert. Unglücklicherweise hat die jetzige Regierung eine Erholung zugelassen. Gleichwohl sind sie heute wohl eher verhandlungsbereit als früher, da meine Regierung sie davon überzeugt hat, dass sie sich den kolumbianischen Staat nicht auf kriminellem Weg aneignen können. Wir hatten sie sehr nahe an der definitiven Niederlage. Heute deutet alles darauf hin, dass sie den Prozess nach ihren Regeln gestalten und wollen, dass Santos ihnen das Land übergibt. Für die internationale Presse ist das schlagzeilentragend, für Kolumbien birgt es grosse Risiken.

Tatsächlich sind die meisten internationalen Medien der Ansicht, dass Santos, der Verteidigungsminister in Ihrer Regierung war, auf Ihrer guten Vorarbeit aufbaut und die militärische Dominanz in einen erfolgreichen Friedensprozess verwandelt.

Zunächst einmal hat Santos nur während drei von acht Jahren meiner Regierung als

Minister angehört. Zweitens hat er sich von der Politik losgesagt, für die wir ihn im Jahr 2010 gewählt haben. Er hat neun Millionen Stimmen geholt, siebeneinhalb Millionen Wähler betrogen und das Land ein Stück weit in die Vergangenheit geführt. Heute haben wir einen grandiosen Friedensdiskurs und gleichzeitig Rückschritte in der Sicherheit und in der Wirtschaft. All das bedroht auch die sozialen Fortschritte.

International sieht man es anders.

Weil sich die inneren Phänomene erst mit der Zeit auch im Ausland herumsprechen. Vorletzte Woche haben die Medien in den USA die Rückkehr des Drogenschmuggels nach Kolumbien vermeldet. Wir sagen das seit drei Jahren. Und jetzt entsteht auch im Ausland ein Bewusstsein dafür.

Nochmals zum Friedensprozess: Wo stehen wir in einem beziehungsweise in drei Jahren?

Santos wird den Vertrag sicher unterzeichnen und damit den Farc-Führern in die Hände spielen. Die Straffreiheit wird zu neuer Gewalt führen und alle Voraussetzungen schaffen für eine politische Koalition der Linken mit den Farc bei den Präsidentschaftswahlen 2018. Santos wird das Land verlassen und glücklich im Ausland leben. Wir, die wir hier bleiben, werden mit diesen Problemen dann zurecht kommen müssen.

Sie haben nach Ihrer Präsidentschaft ein Buch veröffentlicht, das sich wie ein politisches Testament liest. Wollten Sie sich eigentlich aus der Tagespolitik in die gehobenen Sphären gewesener Staatsmänner zurückziehen?

Ich kämpfe jeden Tag. Ohne zu wissen, bis wohin mein Treibstoff reichen wird. Aber ich habe nicht den Geist eines Präsidenten, Ex-Präsidenten oder was auch immer. Ich habe Kampfgeist. Wenn Sie meine Frau fragen, dann wird Sie Ihnen sagen, dass es für mich keine Gelegenheit gab, mich aus der Politik zurückzuziehen.

Vor und während Ihrer Präsidentschaft gab es immer wieder Attentate auf Ihr Leben.

Leider sind es viele.

Sind Sie nach wie vor eine Zielscheibe?

Das weiss man nicht. Mit Sicherheit kann ich sagen, dass ich unserem Militär sehr dankbar bin für die Umsicht, mit der es für meine Sicherheit gesorgt hat.

Woher kommt Ihr Kampfgeist?

Ich weiss es nicht. Meine Familie lebte, wie viele kolumbianische Familien, in einer ländlichen Gegend mit viel Gewalt – und in einem aufopferungsvollen Kampf.

Mit dem früheren US-Präsidenten George W. Bush verband Sie Ihr Kampf gegen den Terror. Hört man noch auf Sie, wenn Sie heute nach Washington reisen?

Das weiss man nicht. Die USA haben uns in Kolumbien sehr geholfen. Es macht mich

traurig, dass die ganzen Anstrengungen des «Plan Colombia» verloren scheinen. Alles, was wir gemeinsam erreicht hatten! Und jetzt sind wir wieder die Nummer eins im Kokainanbau.

Die Regierung Obama scheint sich von der harten Linie in Drogenangelegenheiten ein Stück weit zu verabschieden.

Das wäre sehr schlimm. Viele Tragödien auf der Welt werden durch den Drogenschmuggel finanziert.

Nächstes Jahr wählen die USA einen neuen Präsidenten. Welcher Kandidat im bisherigen Kandidatenfeld wäre für Kolumbien am besten?

Ich muss sehr respektvoll mit den inneren Angelegenheiten der USA umgehen. Dort hat eine überparteiliche Koalition in Bezug auf unser Land vieles erreicht.

Besteht diese Koalition noch?

Das weiss man nicht. Aber unsererseits müssen wir sehr vorsichtig sein.

Ihren Alliierten und Freund, Präsident Bush, sieht man heute allgemein eher kritisch. Wie stehen Sie persönlich zu ihm?

Wir sind ihm und seiner Regierung dankbar. Sie haben uns sehr geholfen. Persön-

Die Welt muss sich gegen jene vereinen, die meinen, dass sie uns ihre Ideen gewaltsam aufzwingen können.

Zum Schluss noch ein paar eher persönliche Fragen: Aus Ihren Worten und Taten spricht eine tiefe Zuneigung zu Ihrem Land. Was lieben Sie am meisten an Kolumbien?

Eine kaum zu beantwortende Frage ... An jedem Ort, den ich in Kolumbien besuche, schmerzt mich der Abschied. Die Menschen, das Essen und die Landschaften aller Gegenden gefallen mir. Es ist ein vielfältiges, exotisches, interessantes, attraktives und verführerisches Land.

Sie sind eng mit der Erde der Provinz Antioquia verwurzelt, wo Sie auf einer Finca leben ...

Ja, sie gehört meinem Schwager. Auf dem Grundstück befinden sich sein Haus und mein Haus. Dann habe ich einen mittleren Landwirtschaftsbetrieb im Norden des Landes.

Sie konnten sich mit dem verstorbenen venezolanischen Staatschef Hugo Chávez auf persönlicher Ebene gut verständigen, obwohl Sie politisch ganz anders gepolt sind ...

Chávez war dem Anschein nach ein warmherziger Mensch, mit dem man sprechen konnte. Im Inneren hatte er aber das Teufelchen

Problemen wie Kolumbien kommend, fühlt man sich in der Schweiz seltsam, weil dort alles schon gemacht ist und hier noch alles darauf wartet, gemacht zu werden.

Welche Bücher haben Sie am meisten beeinflusst?

Am meisten bewegt hat mich ein Buch von Donald Phillips, das ich so um 1992 herum gelesen habe. Es heisst «Lincoln on Leadership». In den letzten Jahren habe ich viel über politische Kommunikation gelesen.

Sie pflegen Ihre direkte Kommunikation mit der Bevölkerung.

Vor dem Frühstück bin ich bereits auf Twitter aktiv.

Man kann lesen, dass Sie jeden Tag um 4.30 Uhr aufstehen.

Nicht immer. Wenn ich auf der Finca bin und früh schlafen gehe, dann stehe ich auch früh auf. Aber nach der letzten Wahlkampagne war ich erschöpft.

Sie haben für Ihre neue Partei einen regelrechten Marathon absolviert mit mehreren Veranstaltungen am Tag.

Einmal haben wir acht Gemeinden an einem einzigen Tag besucht. In diesen Dörfern auf über 3000 Metern in der Region Boyacá kam ich öfter nicht vor ein Uhr ins Bett, weil ich

Lindt
CONNAISSEURS

„Die Königliche...“

...ein ganz individueller Charakter – wie alle 15 Connaisseurs-Pralinés. Schenken Sie Connaisseurs, die wertvollsten Meisterwerke unserer Maitres Chocolatiers.

lich empfinde ich Dankbarkeit. Sein Vorgänger Clinton hat mit meinem Vorgänger Pastrana den Plan Colombia ins Leben gerufen. Präsident Bush hat ihn vorbildlich umgesetzt. Ich muss sagen, dass die jetzigen Rückschritte nicht die Schuld von Präsident Obama sind, sondern die unserer eigenen Regierung.

Obama ist ein grosser Unterstützer des Friedensprozesses in Havanna, den Sie ablehnen.

Wir werden sehen, wie die terroristischen Geschehnisse auf der ganzen Welt die Sichtweise darauf verändern, was in Kolumbien passiert.

Sie rechnen damit, dass die Ereignisse in Frankreich eine neue Perspektive eröffnen?

Es ist ein sehr besorgniserregender Augenblick für die Welt. Die Bedrohungen nehmen täglich zu. Städte wie Washington und New York rücken wieder in den Fokus. Die Welt muss mit diesem Terrorismusthema sehr achtsam umgehen.

Mit welcher Strategie?

von Castro. Sein Geist war sehr festgelegt. Einmal fragte er mich nach meiner Meinung zu seiner Sozialpolitik. Ich sagte ihm: «Sie ist interessant, *Presidente*, probieren Sie es aus. Aber wenn Sie die Privatwirtschaft malträtiert, wird auch Ihre Sozialpolitik nicht nachhaltig sein.» Er schlug meine Warnung mit dem Verweis auf die reichen Erdölvorkommen Venezuelas in den Wind. Schon Castro sagte in den 1980er Jahren, dass man einen Sozialismus mit Erdöl brauche. Ich antwortete Chávez, dass es ohne die Privatwirtschaft nicht reiche. Maduro ist jetzt dabei, die von Chávez gesäte Zerstörung Venezuelas zu vollenden. Sein Vorgänger konnte noch mit einem dicken Checkheft begeistern. Man fragt sich: Was wäre Chávez und sein Reiz ohne Checkbuch? Chávez und Marx teilen das Schicksal, dass sie das Scheitern ihres Werks nicht miterleben konnten.

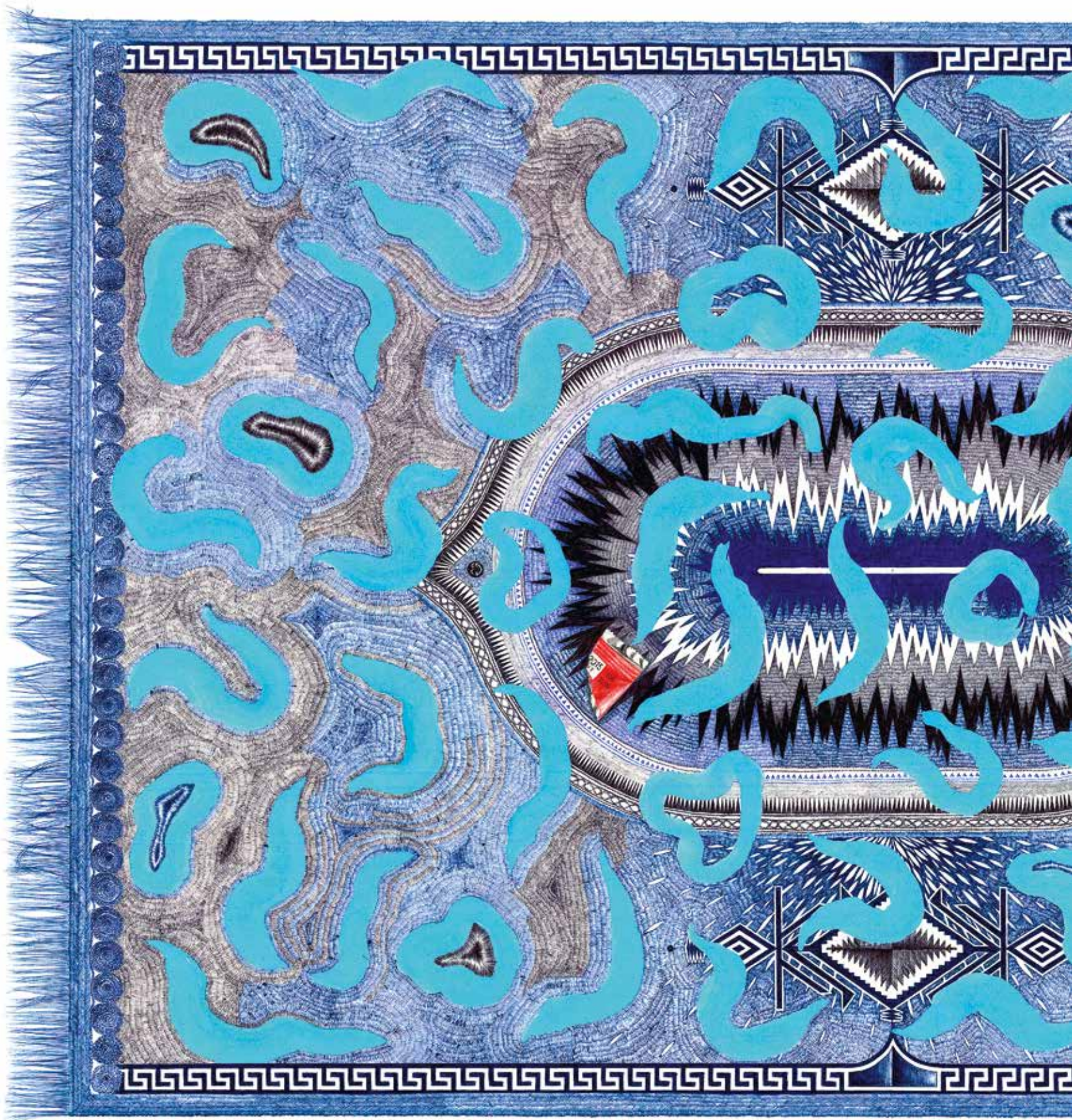
Sie waren mehrmals in der Schweiz. Was ist Ihnen davon geblieben?

Es ist ein sehr wohlgeordnetes Land, ein perfektes Land. Aus einem Land mit so vielen

mit allen noch Bier trank. Am Montag vor den Wahlen habe ich an einer Beerdigung teilgenommen. Am Dienstag kam ich dann in den Kongress nach Bogotá. Von dort aus ging es am Mittwoch gesundheitlich angeschlagen nach Hause. Die verbleibenden Tage bis zur Wahl habe ich fast nur zwischen Schlafzimmer und Gang verbracht, da ich mir einen Virus eingefangen hatte. Ich war sterbenskrank. Das hat Spuren hinterlassen. **In den Wahlen blieb Ihre Partei hinter den Erwartungen zurück, nachdem Sie vor einem Jahr beinahe Präsident Santos mit Ihrem Kandidaten besiegt hätten. Wie reagieren Sie persönlich auf solche Wahlniederlagen?**

Klar, man muss weiterarbeiten. Unsere Partei hat erstmals an den Regionalwahlen teilgenommen. Manche fühlen sich als Sieger, andere als Verlierer. Wir müssen aber dafür sorgen, dass sich das Centro Democrático konsolidiert.

Das Interview im spanischen Original sowie unser Farc-Dossier lesen Sie auf www.weltwoche.ch.



Teppich auf Papier: «Carpet No. 7» von Jonathan Bréchnignac.

Slow Art

Von Beatrice Schlag



Jonathan Bréchnignac war und ist immer wieder in Pariser Galerien zu besichtigen, nicht in prominenten Grossausstellungen, dafür ist er noch zu wenig bekannt und kümmert sich zu wenig darum, es zu werden. Aber Scheich Sultan bin Mohammed Al Qasimi der Dritte, Oberhaupt des Emirats Schardscha, von dessen Existenz wahrscheinlich die wenigsten Menschen im Westen wissen, ist einer seiner Sammler. Als westlicher Betrachter von Bréchnignacs Bildern glaubt man sofort zu verstehen, warum der ferne Scheich so viel Gefallen an dem dreissigjährigen Künstler hat. Viele erinnern unverkennbar an muslimische Gebetsteppiche, obwohl die Motive beim näheren Hinsehen ganz andere sind. Aber Bréchnignacs Bilder haben tatsächlich dieselbe Masse wie muslimische Gebetsteppiche, und manchmal auch deren Fransen. Aber sie sind nicht gewoben, sondern auf Papier gezeichnet, und zwar fast nur mit Kugelschreibern, Farbstiften und unendlich langsamer Hingabe.

Über Monate, gelegentlich über Jahre arbeitet der gelernte Grafikdesigner an einem Werk wie dem nebenstehenden, das er simpel «Carpet No. 7» nennt. Dass er manchmal wochenlang die immergleichen Muster zeichnet, stört ihn nicht, im Gegenteil. Er empfindet seine Langsamkeit als Ehrerbietung an all seine Malervorfahren, die Jahre und manchmal Jahrzehnte an einem Bild arbeiteten. Für seine Bilderbogen lässt er sich von den unterschiedlichsten Kulturen beeinflussen. Auf den Papierteppichen finden sich indianische Totems, japanische, präkolumbianische oder mexikanische Motive. Manchmal liegt die Anregung auch näher: Zu «Carpet No. 6» hatten ihn die Rosetten der Fenster von Notre-Dame in Paris inspiriert. Dass Bréchnignac trotz der unmodernen Langsamkeit, die er sich herausnimmt, durchaus ein Mann der Gegenwart ist, sieht man an den merkwürdigen Labyrinth-Quadraten, die auf einigen seiner Teppiche auftauchen. Es sind die sogenannten QR-Codes (QR steht für *quick response*), die man auch auf Flugtickets oder Briefmarken sieht. Wenn man die Kamera eines Smartphones auf sie richtet, erfährt man mehr. Die auf Bréchnignacs Teppichen führen zu dessen Website.

Jonathan Bréchnignac: Einzelausstellung
«Fun Momentum», 3. bis 19. Dezember.
63, boulevard de Menilmontant, Paris.
www.jonathanbrechnignac.fr



Erobert im Flug das unbekannte Terrain: Heidi (l.), Alpöhi mit Klara im neuen «Heidi»-Film, der am 10. Dezember in den Schweizer Kinos startet.

Literatur

Heilende Gegenwelt

Johanna Spyri mochte Kinder nicht besonders. Dennoch verfasste sie eines der erfolgreichsten Kinderbücher der Welt. Die genialen «Heidi»-Romane waren ihr Mittel zum Ausbruch aus der blasierten Zürcher Aristokratie. *Von Pia Reinacher*

Im Grunde ist es ein genialer Befreiungsschlag. Eine Ausbruchsfantasie. Eine literarische Gegenoffensive als Antwort auf die Enge der Zürcher Aristokratie, in der sie sich bewegte. Die Schriftstellerin Johanna Spyri hat mit «Heidis Lehr- und Wanderjahren» und «Heidi kann brauchen, was es gelernt hat» zwei der meistgelesenen Kinderromane der Welt geschrieben. Sie wurden mehrfach verfilmt. Nachdem die Urheberrechte abgelaufen waren, erschienen überall «Heidi»-Bücher in immer neuen Varianten. Johanna Spyri selbst gehört bis heute zu den weltweit berühmtesten

Schriftstellerinnen der Schweiz. Ein derartig langanhaltender, durchschlagender Erfolg, der die unterschiedlichsten nationalen und kulturellen Prägungen der Leser überwindet, ist nicht denkbar, ohne dass elementare schöpferische Kräfte im Spiel gewesen sind: Das Szenario der «Heidi»-Romane speist sich einerseits direkt aus den existenziellen Wurzeln der Biografie der Autorin. Andererseits aktiviert es auch bei den Lesern elementare Problem-, Wunsch- und Sehnsuchtszenarien.

Johanna Spyri ist mit dem «Heidi» ein in jeder Hinsicht genialer Wurf gelungen. Sie ver-

webt eigene verborgene und massiv tabuisierte Lebenskonflikte in den Romanstoff – wenn auch vielfach maskiert und kostümiert. Alles andere wäre in den eleganten, machtbewussten und auf eine intakte, bürgerlich-moralische Fassade erpichten «besseren» Zürcher Kreisen, in denen sie verkehrte, gar nicht möglich gewesen. Bei ihren Lesern aber rührte sie mit den Abenteuern des verstossenen, aber durch seine übersprudelnde Herzlichkeit und vitale Naturverbundenheit alle Widrigkeiten überwindenden Heidi an Grundstrukturen aus dem kollektiven Unbewussten.



gewesen. Aber übermütig, wie er war, verzechte er sein ganzes Erbe. Mutter und Vater sterben vor Gram. Der brave jüngere Bruder kommt schon bald an den Bettelstab. Den Ältesten verschlägt es in den Kriegsdienst nach Neapel, wo er, so flüstert man im Dorf, sogar im Raufhandel jemanden erschlug, so dass er desertieren muss.

Das Kind, das keiner haben will

Jedenfalls taucht er nach ein paar Jahren wieder auf, mit dem halbwüchsigen Sohn Tobias. Aber auch dieser hat kein Glück. Er heiratet zwar in Mels die Adelheid, und die beiden lieben sich inniglich. Nachdem Tobias aber beim Hausbau von einem Balken erschlagen worden ist, verbleicht bald darauf auch Adelheid an einem heftigen Fieber – zurück bleibt das kleine, glut-ägige Heidi mit den wilden Locken, das keiner haben will. Mit aufgerissenen Augen beobach-

Allein, es kommt, was man nicht erwartete. Heidi erweist sich als lebensklug und selbstbestimmt.

ten die Dorfbewohner, wie die selbstsüchtige Tante das Kind zum verschrobenen Grossvater auf der Alp bringt. «Das arme Tröpfli!», sagen sie zur Tante, «wie kannst du so etwas tun!»

Allein, es kommt, was man nicht erwartete. Heidi erweist sich als lebensklug und selbstbestimmt. Nicht nur taut es den verbitterten Alp-öhi durch seine Herzlichkeit innert kürzester Zeit auf. Es erkundet die neue Welt selbständig, klettert auf den Dachboden ins Heu, richtet sich dort ein eigenes Schlaflager ein, von dem es jede Nacht direkt durch das Guckloch den Mond und die Sterne sieht. Es freundet sich mit dem Geissenpeter an und findet Trost im Rauschen der drei alten Tannen hinter dem Haus, im Blumenmeer auf der Wiese und bei seinen Lieblingsgeissen, dem Schneehöppli, dem Bärlü und dem Distelfink. Kurz, es erobert im Flug das unbekannte Terrain und macht es zu einer viel wärmeren Heimat, als sie je hatte.

Wer wüsste nicht, dass die berechnende Dete das Kind nach einiger Zeit wieder abholt und nach Frankfurt ins Haus der reichen Bürgersfamilie Sesemann bringt, wo es Gespielin der gelähmten Klara werden soll! Wer wüsste nicht, dass das Heidi in dieser fremden Welt beinahe stirbt vor Heimweh – angesichts der bösen Erzieherin Rottenmeier, unter deren Fuchtel es jetzt steht! Wer wüsste nicht, dass im zweiten Band, «Heidi kann brauchen, was es gelernt hat», der reiche, aber verständige Herr Sesemann und sein Freund, der Arzt, die Not des Kindes erkennen und das abgemagerte Geschöpf von einem Tag auf den anderen auf die Alp zum Grossvater zurückbringen! Und wer kennt nicht das Happy End: die kranke Klara, die mit Hilfe des Doktors und der klugen

Johanna Spyri hat eine archetypische Geschichte erfunden, die unbewusste Urerfahrungen jedes Menschen auf spielerische Weise zur Sprache bringt: Glück, Schicksal, Liebe, Krankheit, Tod, Aggression, Kälte – aber auch Heilung durch die Akzeptanz undomestizierbarer Triebe, durch Gefühle und durch die wilde Natur. Das ist es, was uns beim Wiederlesen des «Heidi» auch im Erwachsenenalter so verblüfft: Die harmlose «Heidi»-Geschichte ist viel komplexer, als es auf den ersten Blick scheint. Wenn wir uns die «Heidi»-Expeditionen aus der eigenen Kindheit vergegenwärtigen, sind es typischerweise die starken, anrührenden, emotionalen Bilder, die aus dem Nebel der Erinnerung auftauchen. Im ersten Band, «Heidis Lehr- und Wanderjahre», wird das arme Waisenmädchen Heidi von der kaltblütigen Tante Dete ohne viel Federlesens auf eine einsame Alp zum verschrobenen Alp-öhi gebracht, als das Kind ihr zur Last wird und sie selbst Aussichten auf ein besseres Leben hat. Der Grossvater wäre ein vermögender Erbe eines der schönsten Bauerngüter im Domleschg

Jazz

Eine Reise in die Nacht

Von Peter Rüedi

Michael Wollny, geboren 1978 in Schweinfurt und heute in Leipzig lebend, ist der Star unter Deutschlands Jazzmusikern der mittleren Generation. Das ist, nicht zuletzt für ihn selbst, ein Paradox. «Die Intensität des Jazz hat den Preis, dass man nie ein grosses Publikum damit erreicht», sagt er. Stimmt, aber nur im Prinzip. Wollny, ein bravouröser Techniker, der auch weiss, wo die Fingerfertigkeit an ihre Grenzen kommt, ist mit seinem letzten Album, «Weltentraum», immerhin in die Charts vorge-stossen und hat damit nicht nur den Preis der deutschen Schallplattenkritik abgeholt, sondern zahlreiche Auszeichnungen in Frankreich und Grossbritannien. Zumindest innerhalb seines Bereichs hat der Mann selbst so etwas wie Pop-Status erreicht. Den Kontakt mit populären Musikformen scheut er übrigens so wenig wie den mit sogenannter E-Musik. Und er stellt seine Projekte gern in grössere thematische Zusammenhänge. Besonders fasziniert ist er von den Nachtseiten der schwarzen Romantik und deren Ausstrahlung auf das Medium Film. So beginnt sein jüngstes Album, «Nachtfahrten», mit einer gelassenen, tief vibrierenden Interpretation von Angelo Badalamenti «Questions in a World of Blue», einer Melodie aus David Lynchs «Twin Peaks», und in der Folge beschwört es weniger sehnsuchtschwangere eichendorffsche Vollmondnächte als die Abgründe der Gothic Novels von Edgar Allan Poe und anderen, gelegentlich nicht ohne pathetische Emphase (das Titelstück!) oder skurrile pianistische Irrlichter («Nachtmahr» oder «Marion», Letzteres nach Bernard Herrmanns Musik zu Hitchcocks «Psycho»). So ist Wollnys Musik zwar eine Art jazzistische Neo-Romantik und mehrfach gebrochene neugotische Anknüpfung (inklusive Assonanzen an die mittelalterliche «Welt von Gestern», in einer Motette oder im Arrangement eines Stücks von Guillaume de Machaut); aber in ihr klingt weniger die gefühlsselige Romantik als die klirrend abgründige. Vor allem aber ist dies gute improvisierte Musik im toll integrierten Trio mit dem Bassisten Christian Weber und dem Drummer Eric Schaefer.



Michael Wollny: Nachtfahrten. ACT 9592-2

>>> Fortsetzung auf Seite 72



Die Ehe ist nicht besonders glücklich: Spyri mit Ehemann Bernhard Spyri, 1851.



Pietistische Frömmigkeit: Bertha Orelli.

»» Fortsetzung von Seite 71

Frankfurter Grossmama ebenfalls auf die Alp verfrachtet und durch die wilde Liebe Heidis, die Pflege des Grossvaters und die heilende Natur von ihrer Lähmung befreit wird und kräftig und gesund schon wieder gehen kann?

Es ist eine Mischung aus Märchen, Entwicklungsroman und Selbsttherapie, was Johanna Spyri für Kinder erfunden hat. Es endet mit einer heilsamen Katharsis für das ganze Figurenkabarett. Pikant oder vielmehr: entlarvend ist in diesem Zusammenhang, dass Johanna Spyri selbst weder Kinder besonders mochte noch von den Kindern besonders geschätzt wurde – im Gegenteil. Die Biografin Regine Schindler fand Hinweise dafür, dass sie von diesen eher gefürchtet wurde. Dieses verräterische Detail weist den Königsweg ins dynamische Zentrum ihrer Romane – und es ist der Schlüssel, der die geheime Verbindung zwischen Johanna Spyris Biografie und dem Heidi eröffnet. Das Buch ist gar nicht so sehr an die Kinder gerichtet, sondern vor allem ein Buch der Autorin für die Autorin. Es ist ein Gegenentwurf zu ihrem eigenen Leben, eine kraftvolle Emanzipation von der vorgegebenen Frauenrolle und die Schaffung einer eigenen Identität.

Späte Entdeckung des eigenen Ichs

Kein Wunder, hat Johanna Spyri die «Heidi»-Geschichten 1879 innerhalb von wenigen Wo-

chen geschrieben – es brach förmlich aus ihr heraus. Vor ihren Freunden spielte sie das Ereignis herunter: Es komme dann auf Weihnachten ein Buch von ihr, lässt sie verlauten. Die «Heidi»-Romane erscheinen 1880 und 1881 im Verlag von Friedrich Andreas Perthes in Gotha. Johanna Spyri ist jetzt 53 Jahre alt. 1876 war ihre Mutter gestorben. Meta Heusser, Tochter eines gebildeten, gesellschaftlich angesehenen Pfarrers in Hirzel, erhielt die bestmögliche Bildung, die eine Frau damals erhalten konnte. Sie wurde schon früh literarisch geschult – ein Talent, das sie der Tochter vererbte, und sie leitete diese auch zum Schreiben an. Aber die Mutter war auch frömmlicherisch, kühl, ehrgeizig und ziemlich dominant. Erst nach ihrem Tod entwickelt die Spyri eine eigentliche Schreibeuphorie. Es ist eine Therapie gegen die Depressionen, die sie immer wieder heimsuchten. Es ist die späte Entdeckung des eigenen Ichs.

Johanna Spyri heiratete zwar standesgemäss – den Redaktor der *Eidgenössischen Zeitung*, Juristen und späteren Stadtschreiber Johann Bernhard Spyri, der zum engsten Freundeskreis und den frühen Förderern Richard Wagners gehörte. Die Ehe ist nicht besonders glücklich. Der Mann ist vielbeschäftigt und oft abwesend. Johanna interessiert sich weder für die Hausarbeit noch für die traditionelle Frauenrolle. Ihr einziger Sohn ist oft krank und stirbt früh. Vier Jahre vor der Entstehung des «Heidi» wird

Johanna Spyri in die Aufsichtskommission der Höheren Töchterschule in Zürich berufen. In Zürich pflegt sie einen erhabenen Freundeskreis: Sie verkehrt nicht nur mit der Mutter von Conrad Ferdinand Meyer, sondern auch mit seiner Schwester. C. F. Meyer ist es, der ihr «Heidi»-Buch sofort liest, ihre resolute Erzählweise lobt und freundlich vermerkt, dass er daraus manches lernen konnte. Man verkehrt mit Richard Wagner, dem böse Zungen eine Affäre mit Johanna Spyri unterschoben, was die Biografin Regine Schindler widerlegt. Man verkehrt im Umfeld von François und Eliza Wille vom herrschaftlichen Gut Mariafeld bei Meilen sowie demjenigen des gebildeten, vermögenden Ehepaars Wesendonck. Kurz: Man bewegt sich in der Zürcher Aristokratie – aber der dort verbreitete Hang zur Selbstgewissheit, Blasiertheit, Oberflächlichkeit mit jenem winzigen Stich ins Moralische und in nobel verbrämte Hypokrisie – das ist es nicht, was die wissbegierige, selbstbewusste und intelligente Johanna Spyri befriedigen könnte. Einerseits verlangt ihr eigener gesellschaftlicher Ehrgeiz diesen Umgang, sie kann nicht anders, andererseits ist es genau diese Gesellschaft, die sie langsam erstickt.

Wie ambivalent sie sich verhält, verraten witzige Anekdoten, die Regina Schindler in ihrer Biografie zutage fördert. Bertha von Orelli, eine moralisch wackere, von pietistischer Frömmigkeit beherrschte Zürcher Instanz, Mutter vieler

Kinder, wird zu einer Art mütterlicher Freundin von Johann Spyri. Das tut ihr allerdings nicht nur gut. Zum einen unterwirft sie sich ihr, macht sich künstlich klein und sucht Anerkennung. Zum andern kritisiert sie umstandslos deren Kinder, da sie offenbar nicht besonders hübsch sind. Wie schwer erträglich frömmelisch die von Orelli allerdings auch war, verrät ein Eintrag aus ihrem Tagebuch, das einen Konzertbesuch in der Tonhalle beschreibt. Sosehr ihr das Konzert von Rubinstein auch gefallen habe, notiert sie, sie wolle solche Anlässe künftig lieber meiden: «Ich musste unwillkürlich an alle Sünden denken, welche sich in einem so gefüllten Saal befinden, die unsrigen nicht ausgenommen.» Ebenso lustig-boshaft der spitzzüngige Brief von Betsy Meyer-Ulrich, der Mutter von C. F. Meyer, an ihre Tochter: «Schliesslich bat ich sie [Johanna Spyri], in Beziehung auf ihren Wagner-Enthusiasmus mehr Mass zu halten. Stell Dir vor, der Lappi von Mann [Johann Bernhard Spyri] hat sie aufgefordert, ein Gedicht zu des Musikers Verherrlichung zu machen, das in Musik gesetzt und gesungen wurde. Natürlich hat die arme Johanna ihren Gegenstand vergöttert, und ich musste ihr daher sagen, sie habe ihr Knie, nach meiner Überzeugung, vor einem Baalpriester gebogen», und sie giftelt schmallippig weiter: «So soll die gesetzestreue Frau Doctorin Rahn einen zierlichen Blumenstraus zu den Füßen des Künst-

lers haben werfen lassen [...], und von der guten Henriette Bodmer-Pestalozzi wird erzählt, sie habe sich im Zwischenakt im Angesicht des ganzen Publicums – in der Rangloge – an die Brust der Frau Wagner geworfen u. ausgerufen, «Ich fühle mit Ihnen!»»

Unbewusste Ausbruchsfantasien

Johanna Spyri reagiert auf dieses vereiste, letztlich spiessige Umfeld mit Frustration, innerer Unzufriedenheit, Depression, aber auch mit intelligenten Ausbruchsstrategien. Als Gegengewicht zu Zürich pflegt sie viele Freundschaften zu Bündner Familien. Sie verkehrt regelmässig mit angesehenen Damen aus der Churer Gesellschaft und bricht oft monatelang zu Aufenthalt ins Bündnerland auf, wobei sie am liebsten Wanderungen in die Berge unternimmt. Dort, weitab von Zürich, in der Natur, befreit von Zwängen, ist sie glücklich, geradezu euphorisch. Auf den Wanderungen in den Alpen sammelt sie den Stoff für ihre «Heidi»-Romane und entwirft heilende Gegenwelten.

Kein Zufall also, dass es viele Befreiungssignale in den «Heidi»-Romanen gibt, die Johanna Spyri wohl mehr unterliefen, als dass sie sie bewusst erfand: Kaum ist das Heidi beim Grossvater auf der Alp, wirft es alle Kleider vom Leib. Der Alpöhi ist etwas verwundert, meint, dass es dem Kind nicht an Verstand fehlen könne, und befragt es nach dem Grund: Es wolle wild sein

wie die Geissen und sich mit so leichten Beinchen bewegen können wie diese. Wie die Spyri das Korsett ihres Zürcher Lebens sprengen wollte, entledigt Heidi sich kurzerhand ihrer bisherigen Identität. Und als das Heidi bei den Sesemanns in Frankfurt keinen Ausweg aus seinem Unglück sieht, fängt es an zu nacht wandeln und öffnet jede Nacht wie in Trance die Haustüre, so dass sie am Morgen jeweils weit offen steht.

Hier haben sich die unbewussten Ausbruchsfantasien der Schriftstellerin Johanna Spyri ihre literarische Bahn gebrochen. Die «Heidi»-Romane sind damit Manifestationen einer unterschweligen, aber kraftvollen, einer unter der Maske des Kinderromans versteckten, aber von jedermann verstandenen Emanzipationsbewegung. Johanna Spyri hat einen genialen Ausweg aus dem erstickenden bürgerlichen Leben gefunden, das für eine Frau ihrer Generation nicht viele alternative Identitäten vorsah. Dass sie mit dem literarischen Akt gleichzeitig einen Kinderroman von Weltformat entwarf, ist einer der schönsten Nebeneffekte.

Johanna Spyri: Heidi. Lehr und Wanderjahre. Diogenes. 224 S., Fr. 19.90

Johanna Spyri: Heidi kann brauchen, was es gelernt hat. Diogenes. 168 S., Fr. 19.90. Beide Bände mit Zeichnungen von Tomi Ungerer

Regine Schindler: Johanna Spyri (1827–1901). Neue Entdeckungen und unbekannte Briefe. NZZ Libro. 224 S., Fr. 84.90

“ABSOLUT BRILLANT UND UNGLAUBLICH FESSELND!”

- Bill Zwecker - CHICAGO SUNTIMES

“Einer der besten Filme des Jahres!”

- Brian Tallerio - ROGER EBERT

“5 von 5 Sternen!”

- Mick LaSalle - SAN FRANCISCO CHRONICLE

“Spannend – Tom Hanks überzeugt!”

- Christian Jungen - FRAME

TOM HANKS

by STEVEN SPIELBERG
BRIDGE OF SPIES
DER UNTERHÄNDLER
NACH WAHREN BEGEBENHEITEN

FOX 2000 PICTURES, DREAMWORKS PICTURES AND RELIANCE ENTERTAINMENT PRESENT AN ANIMATED FILM BY PARTICIPANT MEDIA
AFTERWORKS LIMITED AND STUDIO BABELBERG IN ASSOCIATION WITH AARON ENTERTAINMENT / MARC PLATT PRODUCTIONS
STEVEN SPIELBERG DIRECTS TOM HANKS 'BRIDGE OF SPIES' MARK RYLAND, ANNY RYAN AND ALAN ALDA
CASTING BY ELLEN LEVINS COSTUME DESIGNER STEPHEN STORPER HAIR AND MAKEUP CHARLIE WOODRICK PRODUCTION DESIGNER THOMAS NEWMAN
EXECUTIVE PRODUCERS KASIA VALUCKA AND ANNE HANCOCK PRODUCED BY MICHAEL KAPLAN EXECUTIVE PRODUCERS ADAM STAMMER DANIEL LUPU JEFF SKOLL JONATHAN KING PRODUCED BY STEVEN SPIELBERG MARC PLATT
WRITTEN BY MARCO VIORELLI DIRECTED BY MATT CHARMAN EXECUTIVE PRODUCERS JOEL COHEN PRODUCED BY STEVEN SPIELBERG
DISTRIBUTED BY FOX

JETZT IM KINO
BRIDGEOFSPIES.CH · FOX.CH





«Schönheit, die uns human macht»: Ruinen von Palmyra.

Kultur

«Zukleistern unseres Versagens»

Nur drastische Massnahmen könnten verhindern, dass die Terroristen des Islamischen Staates (IS) weitere antike Schätze vernichten, sagt James Cuno, Präsident des J. Paul Getty Trust. Einen Wiederaufbau bereits zerstörter Anlagen lehnt er ab. *Von Christine Brinck*

Wenn Museumsdirektoren irgendwo auf der Welt über James Cuno sprechen, dann bleibt Neid wahrscheinlich nicht aus. Denn der 64-jährige Amerikaner ist Präsident und CEO des J. Paul Getty Trust in Los Angeles und damit Herr über die reichste Kunstinstitution der Welt mit einem Vermögen von 5,6 Milliarden Dollar. Cuno ist einer der angesehensten Kunsthistoriker seines Faches. Bevor er nach Kalifornien kam, leitete er das Art Institute of Chicago, das Courtauld Institute of Art in London und die Museen der Harvard University. In seinen Veröffentlichungen setzt er sich mit der Rolle und Funktion von Museen auseinander. Zu einem allgemein anerkannten Standardwerk wurde sein 2008 erschienenes Buch «Who Owns Antiquity: Museums and the Battle over «Our Ancient Heritage».

Mr. Cuno, als der IS den weltberühmten Triumphbogen sprengte, blieb uns wieder nichts anderes übrig, als die Zerstörung eines Weltkulturerbes ohnmächtig hinzunehmen. Die Unesco nannte es ein Kriegsverbrechen. Aber selbst negative Publicity spielt dem Islamischen Staat in die Hände, weil sie ihm Aufmerksamkeit bringt. Was soll man tun?

Es gibt Leute, die sagen, dass die Zerstörung unseres Kulturerbes angesichts des menschlichen Leids, das sich seit Jahren abspielt, nicht zählt. Ich denke, dass das

eine falsche Unterscheidung ist. Da gibt es keine Wahl. Das Leid der Menschen in der Region ist der eine Aspekt, der andere ist, dass unser Zugang zu unserem Kulturerbe Teil dessen ist, was uns als Menschen auszeichnet. Die Zerstörung der antiken Kunst in der Region beraubt die Syrer oder Iraker ihrer Geschichte, ihrer Identität. Doch diese Schätze sind auch das Erbe der gesamten Menschheit.

Vor ein paar Jahren haben Sie ein Buch mit dem Titel «Wem gehört die Antike?» geschrieben. Es handelt von Museen, Grabräuberei, dem Austausch und der Rückgabe von Kunstwerken. Doch Ihre Frage im Titel hat wegen der Zerstörung von Altertümern einen neuen Dreh bekommen. Passender wäre: «Wer schützt die Antike?»

Leider – Sie haben recht.

Auf dem Buchumschlag ist die assyrische Kolossalstatue eines Stiers mit menschlichem Kopf aus Nimrud von 865 v. Chr. abgebildet, die von IS-Kriegern vor laufender Kamera zerstört wurde. Was ging Ihnen durch den Kopf, als Sie das sahen?

Entsetzen. Verachtung für die Tat. Wir hätten es schützen müssen, und keiner konnte es tun. Es geht wie so oft in der Geschichte der Eroberung um die Vernichtung der Zeugnisse einer früheren Kultur. Niemand will hier irgendjemanden konvertieren, diese IS-Leute sind einfach wild entschlossen, alles zu zerstören, was ihre Weltsicht in

Frage stellt, egal, ob es 2000 Jahre alt ist oder gestern entstanden ist. Deshalb köpften sie auch in Palmyra den 83-jährigen syrischen Archäologen Khaled al-Asaad, weil er sich geweigert hatte, die versteckten vorislamischen Kunstwerke preiszugeben. Kurze Zeit später sprengte der IS dann den bemerkenswerten Baaltempel.

Was würden Sie einem Zyniker sagen, der erklärt, man hätte alle assyrischen Statuen ins Britische Museum verfrachten sollen, dann könnte sie jeder dort bewundern?

Ich glaube nicht, dass alles im Britischen Museum oder in ähnlichen Museen aufbewahrt werden sollte. Artefakte sollten in der ganzen Welt verteilt werden. Ich wünschte mir, dass solche Exponate auch in Museen in Delhi, Schanghai oder Rio gezeigt werden. Eigentlich überall, das ist unsere Herausforderung. Heute ist das eher beschränkt auf Museen in Europa und Nordamerika.

Die Zerstörungswut der Fundamentalisten erschüttert uns seit Jahren; ich erinnere nur an die Buddha-Statuen von Bamiyan, die von den Taliban gesprengt wurden. Die Spur zieht sich von Timbuktu, Nimrud, Ninive, Hatra, Aleppo bis Palmyra, und ein Ende ist nicht in Sicht. Was machen wir aus unserer Verantwortung für diese Schätze?

Sie liegt bei den Vereinten Nationen. Sie haben diese Verantwortung durch die Weltkulturorganisation Unesco qua Sicherheitsrat und Vollversammlung übernommen.



Diese Werke sind nicht Eigentum der destabilisierten Nationalstaaten in der Region. Ihnen obliegt allein die Verantwortung für deren Sicherung. Da sie jedoch dazu gegenwärtig nicht in der Lage sind, sind die Vereinten Nationen verantwortlich.

Doch was soll, kann die Uno tun?

Vor allem müssen die Grenzen kontrolliert werden. Denn der IS handelt mit erbeuteten antiken Schätzen und verwendet die Erlöse für seine militärischen Operationen. Der Umfang dieses Handels ist unbekannt, aber die lokalen Behörden müssen verhindern, dass diese Objekte in die Türkei, nach Jordanien, den Libanon und selbst in den Iran oder die Vereinigten Arabischen Emirate verbracht werden. Ausländische Behörden müssen unterbinden, dass sie in Sammlungen rund um den Globus verschwinden.

Kann die Uno beziehungsweise die Unesco das erreichen? Bis jetzt hört man nur ohnmächtiges Aufschreien.

Um die Sicherung von Kunstwerken zu garantieren, verpflichtete die Uno-Sicherheitsratsresolution 1483 aus dem Jahre 2003 andere Länder, dafür zu sorgen, dass angemessene Schritte eingeleitet werden, um eine sichere Rückkehr von Besitztümern zu ermöglichen, die damals aus dem irakischen Nationalmuseum gestohlen worden waren. Die ausländischen Regierungen haben beschlossen, dasselbe mit dem syrischen Kulturbesitz zu tun. Die Rückgabe in diese Länder indes bedeutet heute, dass man sie erneut der Gefahr der Plünderung und Zerstörung aussetzt.

Also sollen Kulturgüter, die ausserhalb des Irak und Syriens sind, am besten draussen bleiben?

Das US-Abgeordnetenhaus hat unlängst einen Gesetzentwurf befürwortet, der es dem Präsidenten erlaubt, gefährdete Kul-

turgüter vorübergehend unter den Schutz der amerikanischen Regierung oder einer Bildungsinstitution zu stellen, wenn der ausländische Eigentümer darum bittet. Dieses Gesetz sollte rechtskräftig werden und der Uno-Sicherheitsrat sollte andere Länder auffordern, ähnliche Schritte einzuleiten.

Sie haben aber auch vorgeschlagen, Bodentruppen einzusetzen. Wer soll denn einmarschieren, um das Weltkulturerbe zu schützen?

Da der Irak und Syrien den Schutz der Kulturgüter mitten im Krieg nicht zur Priorität machen, sollten die Vereinten Nationen Blauhelme entsenden, um gefährdete Kunstwerke zu schützen. Das Bewachen der Grenzen verhindert vielleicht den illegalen Handel mit Kunst, aber schützt die antiken Stätten nicht vor der Zerstörung. Nur die militärische Bewachung der Stätten selbst kann das schaffen.

Ihr Kollege Hermann Parzinger von der Stiftung Preussischer Kulturbesitz in Berlin schlägt vor, zerstörte Artefakte nach



Notfallmassnahmen: Museumsdirektor Cuno.

dem Krieg wiederaufzubauen. Was halten Sie von der Idee?

Wiederaufbau? Was soll das bewirken? Die Zerstörung ist geschehen. Ich denke, es ist besser, die Zerstörung als Erinnerung und Mahnung unseres Scheiterns zu belassen. Alles andere ist ein Zukleistern unseres Versagens.

Wie sollen wir uns erinnern?

Es ist wichtig, dass Forscher und Studenten antiker Geschichte eine vollständige Dokumentation von allen Altertümern anlegen, damit wir wenigstens den Beweis für das haben, was einst vorhanden war. Wenn wir die Originale ersetzen, dann stellt sich vielleicht das Gefühl ein, dass ja alles ersetzbar sei.

Sie diskutieren in Ihrem Buch das Problem der Rückgabe von antiken Kunstwerken in ihre angestammten Länder. Ist diese Frage gegenwärtig überhaupt noch relevant?

Derzeit dreht sich alles um den Erhalt der Kunstwerke, Restitution ist jetzt sekundär.

Die Einsicht in die Universalität des Weltkulturerbes wird vom Islamischen Staat nicht zu erwarten sein. Gelten also alle vorgeschlagenen Schritte einer besseren Zukunft?

Diese Schritte – und die Förderung eines grösseren übernationalen Verständnisses – werden nur erfolgreich sein, wenn in der Region wieder politische und wirtschaftliche Stabilität eingekehrt sind. Bis dahin müssen Notfallmassnahmen ergriffen werden, um das Weltkulturerbe in der Region zu schützen. Es ist ja diese Verbindung zu unseren ältesten Zivilisationen mit all ihrer Schönheit, die uns human macht. Die Bejahung unserer Humanität ist ein Baustein, der uns am Ende auch helfen wird, den Islamischen Staat zu besiegen. ○

Top 10

Knorr's Liste

1	Corn Island	★★★★★
	Regie: George Ovashvili	
2	Irrational Man	★★★★☆
	Regie: Woody Allen	
3	A Perfect Day	★★★★☆
	Regie: Fernando León de Aranoa	
4	Truman	★★★★☆
	Regie: Cesc Gay	
5	Schellen-Ursli	★★★★☆
	Regie: Xavier Koller	
6	Inside Out	★★★★☆
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
7	Steve Jobs	★★★☆☆
	Regie: Danny Boyle	
8	Spectre	★★★☆☆
	Regie: Sam Mendes	
9	The Martian	★★★☆☆
	Regie: Ridley Scott	
10	The Hunger Games	★★★☆☆
	Regie: Francis Lawrence	

Kinozuschauer

1 (1)	Spectre	90 830
	Regie: Sam Mendes	
2 (-)	The Hunger Games	79 799
	Regie: Francis Lawrence	
3 (2)	Schellen-Ursli	25 903
	Regie: Xavier Koller	
4 (-)	A Walk in the Woods	6844
	Regie: Ken Kwapis	
5 (5)	Hotel Transylvania 2 (3-D)	4423
	Regie: Genndy Tartakovsky	
6 (6)	Inside Out (3-D)	3854
	Regie: Pete Docter, Ronnie Del Carmen	
7 (4)	The Martian	2570
	Regie: Ridley Scott	
8 (3)	Steve Jobs	2555
	Regie: Danny Boyle	
9 (8)	Irrational Man	2512
	Regie: Woody Allen	
10 (7)	The Last Witch Hunter	1658
	Regie: Breck Eisner	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Minions (Universal)
2 (-)	The Walking Dead – 5. Staffel (Impuls)
3 (1)	Jurassic World (Universal)
4 (2)	Ostwind 2 (Constantin)
5 (7)	Die Tribute von Panem (Impuls)
6 (3)	San Andreas (Warner)
7 (-)	Für immer Adaline (Ascot Elite)
8 (-)	Ronaldo (Universal)
9 (5)	Honig im Kopf (Warner)
10 (-)	Fear the Walking Dead – 1. Staffel (Impuls)

Quelle: Media Control



Schläue und Gradlinigkeit: Tom Hanks (r.) als Anwalt James B. Donovan in «Bridge of Spies».

Kino

Der gute Mensch im Kalten Krieg

Das Kino sucht immer häufiger den Wirklichkeitsbezug mit *true stories*. Jüngstes Beispiel ist Steven Spielbergs «Bridge of Spies». Statt historisch korrekt ein Appell an die Menschlichkeit. *Von Wolfram Knorr*

Biopics und anverwandte *true stories* annonciieren historische Seriosität und sind so alt wie das Medium. Zu den frühesten gehört «La reine Elisabeth» (1912) mit Sarah Bernhardt als britischer Königin Elisabeth I. Seit Fantasy- und Superhelden-Filme wieder inflationäre Ausmasse angenommen haben, wird die «wahre Geschichte» zur Rettungsboje, um nicht im abgrundtiefen Wasser der Fiktion baden zu gehen. Und das «verhindern» zurzeit Filme wie «Everest» und «The Program», «Black Mass» und «Der Staat gegen Fritz Bauer», «The Walk» und das aktuelle Werk über den Apple-Gründer: «Steve Jobs». Jüngstes Beispiel ist der soeben angelaufene Film «Bridge of Spies» von Steven Spielberg, der den Beginn der Agentenaustausch-Praxis auf der Berliner Glienicke-Brücke während des Kalten Kriegs schildert.

Federführend war dabei der Anwalt James B. Donovan. Eine Steilvorlage. Denn neben Journalisten und Detektiven ist der Anwalt die kämpferischste Filmfigur in (Polit-)Thrillern und verwandten Genres. Die Ausgangslage für die urbanen Helden muss immer hoffnungslos sein, das gehört zu ihren dramaturgischen Jobs. Ein Individualist gegen ein Kollektiv, ein David gegen einen Goliath. Für Donovan (Tom Hanks) ist die Lage besonders heikel: Als Versicherungsanwalt soll er ohne Erfahrung in die Polit-Arena steigen und den Sowjetspion Rudolf Abel (Mark Rylance) verteidigen, der dem FBI ins Netz gegangen ist.

In Zeiten kollektiven Hasses

Wir befinden uns im Jahr 1957, mitten im Kalten Krieg, der die Amerikaner in Kommunistentenfresser verwandelte, die hemmungslos je-



gerade fünf Jahre später, 1962, sollte es dazu kommen.

Zwei Jahre zuvor ist über der UdSSR ein U-2-Aufklärungsflugzeug mit Pilot Francis Gary Powers abgeschossen worden, und die CIA unter Leitung von Allen Dulles (Peter McRobbie) will nun unbedingt Powers zurückhaben. Für den Deal böte sich der Sowjet-spion Rudolf Abel als ideales Tauschobjekt an. Dulles bittet daraufhin Donovan in geheimer Mission, den Handel in Ostberlin einzufädeln und umzusetzen. Ein nicht ungefährlicher Job, zumal gerade die Mauer gebaut wird und die Beziehungen zwischen den Grossmächten auf einem Tiefpunkt sind. Mit juristischer Schläue und Gradlinigkeit geht Donovan im eisig-aschgrauen Berlin an die heikle Sache, gewinnt die Sowjets und steht am Ende stolz auf der Glienicker Brücke. Ein Sieg zivilisierter, diplomatischer Umgangsformen.

Trinker und Plaudertasche

In zeitgenössisch-ausgebufften Hollywood-Filmen sind auch Anwälte keine Chorknaben mehr. Das Nebeneinander von Gerechtigkeitsauftrag und kommerziellem Eigennutz führt zu beruflichem Zynismus. Nicht so bei Spielberg, der von Matt Charman's Drehbuch angeht, das von den Coen-Brüdern überarbeitet wurde, und seit einigen Jahren politisch motivierte Sujets liebt («Lincoln»), die nicht weniger humane Appelle sind als seine frühen Filme («E. T.»). In «Bridge of Spies» kommt er dabei der Welt von Frank Capra (1897–1991) nahe, der mit charmanten Komödien wie «Mr. Deeds Goes to Town» (1936) oder «Mr. Smith Goes to Washington» (1939) dem aufrechten Amerikaner ein Denkmal setzte. Gary Cooper und James Stewart waren caprasche Helden mit dem Herzen auf dem rechten Fleck. Tom Hanks

den vorverurteilten, der sich mit einem Roten einliess, wenn auch nur – wie in Donovan's Fall – als Verteidiger. Eigentlich muss jeder Rechtsbrecher vor dem Gesetz gleich behandelt werden – wie es in der US-Verfassung steht –, aber in Zeiten kollektiven Hasses ist das Recht keinen Pfifferling wert (auch im Irakkrieg gab es diese Haltung, im Slogan «Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns»). Donovan bekommt das bis in sein Privatleben hinein zu spüren. Er hat also einen mächtigen Goliath gegen sich, selbst der Richter lässt ihn seine Verachtung spüren.

Doch der Anwalt ist nicht nur ein gewiefter Fuchs, der weiss, dass auch Amis spionieren, sondern eben auch ein Patriot, der für die demokratischen Werte seines Landes gegen alle Widerstände kämpft. So scheut er sich nicht, den kratzbürstigen Richter privat aufzusuchen, um ihn in einem Gespräch von Mensch zu Mensch davon zu überzeugen, dass er seinen Mandanten nicht zum Tod verurteilen soll, was die Öffentlichkeit erwartet, sondern zu einer lebenslänglichen Haftstrafe. Und Donovan hat eine vorausschauende Begründung: «Es ist nicht ausgeschlossen, dass in naher Zukunft ein Amerikaner gefasst wird. Dann läge ein Austausch solcher Gefangener nur im Interesse der USA.» (Diese Äusserung ist historisch verbürgt.) Und tatsächlich, nur



Sieg der Vernunft: mit Gattin Mary (Amy Ryan).

ist ihr Erbfolger. Nicht zufällig sagt einmal Rudolf Abel zu ihm: «Du bist ein aufrechter Mensch.» So verhasst der Spion auch sein mag, Donovan kämpft für eine gerechte Behandlung seines Mandanten und lässt sich auch von den Polit-Intrigen des FBI, der CIA und den Animositäten der örtlichen Polizei nicht einschüchtern. Das entspricht, bis in Details, Capra's Appellen an das Gute im Menschen. Spielberg greift das elegant und liebevoll auf, feiert den

aufrechten Bürger mit emotionaler Emphase und seine Hartnäckigkeit als Sieg der Vernunft. Kulinarisch die Rekonstruktion der fünfziger Jahre, spannend das Nebeneinander der beiden Erzählstränge – Abels Verteidigung und Gary Powers Vorbereitung, Flug und Abschuss –, die in Ostberlin dramatisch verknüpft werden. Doch wie in allen *true stories* wird mit historischen Eckpunkten ein Korsett verfertigt und mit schönerer Wirklichkeit ausgefüllt. So veredelt Spielberg den verbürgten Donovan zum pragmatischen Gemütsmenschen.

Tatsächlich wurde er 1957 zum Pflichtverteidiger Abels wegen seiner Erfahrung als US-Nachrichtendienst während des Zweiten Weltkriegs. Eine Chance, für seinen Mandanten, dem der Ruf vorausging, ein Genie unter den Spionen gewesen zu sein, die Todesstrafe in eine lebenslängliche zu mildern, sah er im Zeugen der Anklage, dem KGB-Oberstleutnant Reino Häyhänen, der als Kurier in die USA geschleust wurde, aber ein notorischer Trinker und eine riskante Plaudertasche war. Als seine Tarnung aufflog, gab er alles preis. Es bleibt ein Rätsel, wie ein solcher Mann im KGB Karriere machen konnte, und ebenso rätselhaft bleibt, wie der übervorsichtige Abel den Alki mal, gegen seine Prinzipien, mit in seine Brooklyner Wohnung nahm. Denn nicht das FBI enttarnte Abel, sondern Häyhänen kannte nun seine Adresse.

Im Prozess versuchte Donovan Häyhänen's Glaubwürdigkeit zu brechen: «In der amerikanischen Armee hätte solch ein liederlicher Kerl es niemals über den Gemeinen gebracht.» Trotzdem gelang ihm erst in einer zweiten Instanz, das Todesurteil in eine dreissigjährige Strafe umzuwandeln. 1960 wurde die U-2 mit Powers vom Himmel geschossen, Chruschtschow machte daraus eine Riesenshow und demütigte die Amerikaner. FBI-Chef J. Edgar Hoover wehrte sich deshalb, als Donovan den Plan des Austauschs zur Sprache brachte, mit Händen und Füssen dagegen. Erst Präsident John F. Kennedy gab grünes Licht, und der Weg wurde frei für einen Kontakt zum schillernden Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel, der beste Beziehungen zu Parteigrössen hatte und zur Zentralfigur des Menschenhandels zwischen Ost und West wurde. «Der Mann mit dem goldenen Mercedes» liebte Geld und Luxus. Er wurde zum Vermittler des Austauschs. (Im Film spielt er, verkörpert durch Sebastian Koch, eine eher marginale Rolle.)

Den Zeugen der Anklage gibt es im Film nicht, was nachvollziehbar ist, weil es um Donovan's menschliche Mission geht. Da aber dümpelt das Problem der wahren Geschichten. Sie reizen dazu, die Bios und Fakten über einen roten Teppich aus Heil und Hosianna zu schicken. Die Fakten müssen dabei nicht verdreht, nur emotionaler präsentiert werden. Alle Autoren und Regisseure sind eben Bio-Kosmetiker. ★★★★★

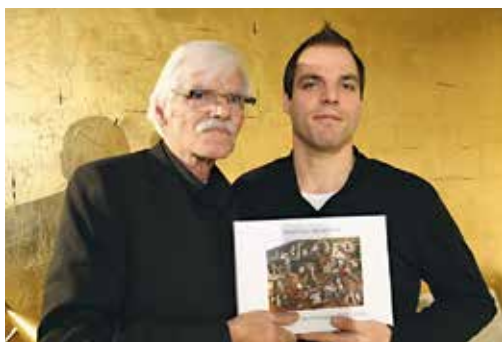
Naturgewalt

David Yarrow zeigt in der Villa Bührlle seine Wildtierfotos; Ruedi Kubli veröffentlicht einen Society-Bildband. Von Hildegard Schwaninger



Aus nächster Nähe: Fotograf Yarrow, hier in New York.

Die Kunstschätze, die das grossbürgerliche Flair der Villa Bührlle in Zürich ausmachen, sind heute im Kunsthaus, die Wände sind leer, doch bis 30. November findet hier eine einzigartige Ausstellung statt. Die Wildtierfotos des schottischen Fotografen **David Yarrow** (geb. 1966) werden gezeigt. Die Lebendigkeit und Schönheit der Natur: Löwen, Tiger, Geparden, Eisbären, Nashörner springen dem Betrachter aus überdimensionalen Bildern entgegen. Die Ausstellung, kuratiert von **Susanne Zoller**, wurde ermöglicht durch Textilkaufmann **Paul Schwob**, der in Lugano und St. Moritz lebt. Er ist Sammler und Kunsthändler (Pools Art Management). Zehn Prozent des Verkaufserlöses der Yarrow-Bilder (Durchschnittspreis: 18 000 Franken) gehen an den «Tusk Trust», zum Schutz für bedrohte Tierar-



Zusammenarbeit: Ruedi Kubli, Sohn Rouven.

ten. Paul Schwob ist der Ex-Mann von **Erika Schwob**, der rechten Hand des Chirurgen Professor **Hermann Sailer**. Seine neue Frau **Gabi Schwob** gleicht ihr aufs Haar, könnte ihre Zwillingsschwester sein. Sailer, als Vertreter der Bührlle-Stiftung, hielt die Laudatio, Vertreter der südafrikanischen Botschaft waren da, man ging zum Abendessen ins «Razzia». David Yarrow hatte seine superattraktive Business-Managerin **Milly Cannon** an seiner Seite, ab und zu ging er auf die Strasse, um sich eine Zigarette anzuzünden; ein cooler Typ, der Freiheit und Unabhängigkeit ausstrahlt. Schlagzeilen machte er durch eine kurze Affäre mit **Liz Hurley**. Er kommt aus guter schottischer Familie (sein Vater **Sir Eric Grant Yarrow** ist Oberhaupt einer Schiffbauerdynastie). Die Pläne des verwegenen Fotografen (er fotografiert in der afrikanischen Savanne die wilden Tiere aus nächster Nähe, schliesst sich dazu in einen Käfig ein): Bis Jahresende bleibt er in London, wo er lebt, dann zieht er los zum Hahnenkamm-Rennen nach Kitzbühel, wo er – er war früher Sportfotograf – die Naturgewalt der Berge und ihre sportlichen Bezwinger fotografieren wird.

dreissig Jahre lang hat **Ruedi Kubli** die Schönen und Reichen fotografiert – oder jedenfalls diejenigen, die man in Zürich dafür hält. Jetzt hat der Society-Fotograf, der – in jüngster Zeit auch assistiert von seinem Sohn

Rouven Kubli – für diverse Zeitungen und Bildbände die Schweizer VIP-Szene dokumentierte, «Höhepunkte, Erinnerungen 1985–2015» herausgebracht. Das Society-Panorama (58 Franken) beginnt mit der Orient-Express-Party zum 40. Geburtstag des einstigen Modekönigs **Gerard Meyer** (Saint Phil) und endet mit einer Modeschau von **Lisbeth Egli** im Hotel «Palace» in Luzern. 1150 Menschen kommen darin vor – darunter **Roger Federer**, **Placido Domingo**, **Nello Santi**, Boxweltmeister **Wladimir Klitschko**, Lebenskünstler **Hausi Leutenegger**, Eisprinzessin **Denise Biellmann**. Die Buchtaufe fand im Möbelladen Redbox von **Ivan Colombo** statt. Kublis Lebensgefährtin servierte Prosecco, **Juanito Banana**, der Mariachi aus Zollikon (eigentlich heisst er **Walter Kaiser** und ist Oberstrass-Zünfter), spielte Musik, und unter den Gästen sah man Zoodirektor **Alex Rübel**, Malerin **Marietta Gianella-Berry** und Unternehmer **Sergio Vassalli** mit Sandra.

Der Jurist **Werner Dessauer** (der ab und zu auch Autor für diese Zeitung ist) liebt Tiere und hat deshalb längst eine Stiftung für sie gegründet. Mit seiner Frau **Lotti Dessauer**, Psychologin mit Doktorhut, teilt er die Liebe zur Literatur, speziell zu mit Humor und Esprit geschriebenen Texten. So riefen die beiden den Jonathan-Swift-Preis für Humor und Satire ins Leben, der nächsten Sonntag erstmals im Literaturhaus in Zürich vergeben



Preisträgerin: Autorin Menasse.

wird. **Charles Lewinsky** ist Leiter der Jury. Der Preis, dotiert mit 20 000 Franken, geht an die österreichische Schriftstellerin **Eva Menasse**.

Rico Zandonella wurde für sein Buch «Rico's» mit dem Grand Prix des Club Prosper Montagné ausgezeichnet (der Klubname geht auf den talentierten Koch zurück, der 1938 das Standardwerk «Larousse gastronomique» herausbrachte). «Rico's» trug unter siebzehn Büchern den Sieg davon, «weil es nicht nur schön ist, sondern auch Lebensfreude vermittelt». Der erste Preisträger, 1983, war auch ein Schweizer: **Frédy Girardet** für «La Cuisine spontanée».

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Frisch gebackene Waffeln

Die Kindererzieherin Teukie Martin, 29, und die Eisdielen-Betreiberin Sky Minkoff, 30, haben kürzlich geheiratet. Zusammen alt werden bleibt eine abstrakte Vorstellung.



Verspielt: Ehepaar Martin-Minkoff.

Sky: Der Gedanke, erwachsen sein zu müssen mit allen Verantwortlichkeiten, die dazugehören, behagt mir nicht. Auch Teukie sieht sich als ewiges Kind. Andere Paare sagen vielleicht: «Wir wollen ein Haus bauen und Kinder bekommen.» Unsere Zukunftsperspektive ist anders: Wir wollen unabhängig und verspielt bleiben.

Teukie: Ich wurde als Waisenkind adoptiert, war immer eine Aussenseiterin, und die Ahnung, dass ich anders bin, wurde durch meine Adoptiveltern immer heruntergespielt und ignoriert. Nicht nur die anderen, auch ich hasste meine Hautfarbe, die Form meiner Augen, meinen Körper. Einfach alles. Ich flüchtete mich früh in Märchenwelten, und dann fand ich Sky, meine Märchenprinzessin. Sie blickte mich hinter Bergen von pastellfarbenen Eiscremesorten an, auch Bonbongläser waren zu sehen und frisch gebackene Waffeln. Es roch süß. Sie trug eine weisse Schürze und war wunderschön. Wie ein Engel. Da war es um mich geschehen.

Sky: Wir planten eine Hochzeit in Disney World, fernab der Realität, wenn man so will. Obwohl der amerikanische Konzern inzwischen Hochzeitskleidungskollektionen im Stil seiner Prinzessinnen verkauft, hatte unser

Thema nichts mit der Kleiderwahl zu tun. Teukie trug Shorts und einen seltsamen Umhang, auf dem Kopf ein Diadem aus Strass, ich war ähnlich gekleidet, mit einer schillernden Feder im Haar. Es sieht vielleicht auf den ersten Blick nicht so aus: Aber wie die meisten Bräute investierten wir unglaublich viel Zeit und Geld in unser Styling.

Teukie: Die Location, ein weissgetünchtes Schloss, war natürlich bereits spektakulär. Eine Hochzeitsplanerin stand uns zur Seite und realisierte alle unsere Wünsche. Kitschig sollte das Fest auf keinen Fall werden, und natürlich verzichteten wir auf Mickey und Aschenputtel.

Sky: Unsere Vorstellung von Kindlichkeit hat mit der Leichtigkeit, der Fantasie, der Neugierde auf Neues und also mit der Furchtlosigkeit zu tun. Das Unschuldige und das Märchenhafte sind Möglichkeiten, der Realität zu entfliehen. Das taten wir auch an diesem Tag, der zauberhaft war und viel zu schnell verging. Wir wollten alle Gäste involvieren, und so wurden meine Neffen kurzerhand als Blumen-Boys eingesetzt. Die Zeremonie fand in der Kapelle statt, inklusive Torte und Rosenblätterregen. Wir hielten alle offiziellen Verpflichtungen möglichst kurz und knapp, damit wir füreinander und für die Party genügend Zeit hatten.

Teukie: Am Schluss liessen wir Dutzende von bunten Ballonen in den Himmel steigen, an jedem hing ein Zettel mit guten Wünschen für

«Das Unschuldige und das Märchenhafte sind Möglichkeiten, der Realität zu entfliehen.»

unsere glückliche Zukunft. Die hat für mich längst begonnen. Seit ich Sky kenne, fühle ich mich zum ersten Mal in meinem Leben jemandem zugehörig: zu einem Menschen, der mich versteht und mich liebt, so wie ich bin. Zusammen teilen wir eine verspielte Lebenswelt, die immer jung bleiben soll. Die Vorstellung, gemeinsam alt zu werden, ist abstrakt, doch den Wunsch, für immer zusammenzubleiben, hegen wir beide.

Protokoll: Franziska K. Müller

Erschiessen?

Von *Andreas Thiel* — Freund und Feind bei der Freien Syrischen Armee.

Soldat: Wir haben einen irakischen Kämpfer erwischt, der im Solde Irans steht.

Kommandant: Die Iraner unterstützen Assad. Erschiesst ihn.

Soldat: Er behauptet, er kämpfe gegen den IS.

Adjutant: Mit den Kurden? Nicht erschiessen.

Soldat: Nein, an der Seite der Nusra-Front.

Kommandant: An der Seite des syrischen Al-Qaida-Ablegers? Erschiessen.

Adjutant: Aber die Nusra-Front bekämpft mit uns den IS.

Soldat: Also?

Kommandant: Die werden unterstützt von der Türkei, welche die Kurden bekämpft. Erschiesst ihn.

Adjutant: Aber sie werden wie wir von den Russen bombardiert.

Soldat: Erschiessen oder nicht erschiessen?

Kommandant: Sie sind Feinde der Amerikaner, welche unsere Freunde sind.

Soldat: Also erschiessen?

Adjutant: Wenn er im Solde Irans steht, ist er alliiert mit unseren Freunden von der Hisbollah.

Soldat: Nicht erschiessen?

Kommandant: Die Hisbollah ist verfeindet mit Saudi-Arabien, welches uns unterstützt.

Soldat: Also erschiessen?

Adjutant: Aber die Hisbollah bekämpft auch Israel, welches unser Feind ist.

Soldat: Nicht erschiessen?

Kommandant: Es ist ganz einfach: Wenn der Iraker Christ ist, dann erschiess ihn. Wenn er Muslim ist, wird er nicht erschossen, es sei denn, er ist Schiit. Dann wird er erschossen. Wenn er hingegen Sunnit ist, wird er nicht erschossen – ausser, er gehört zum IS oder zur Qaida. Wenn er zur Qaida gehört, aber gerade den IS bekämpft, erschiessen wir ihn erst, wenn der IS besiegt ist.

Soldat: Er behauptet, er sei Jeside.

Adjutant: Dann wird er erschossen.

Soldat: Jetzt sagt er, das sei ein Witz gewesen.

Kommandant: Er hat Humor? Dann ist er Jude. Erschiesst ihn!



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Ferne Nahe

Von Peter Rüedi



Weinjournalisten haben einen Hang zur Poesie. Nicht nur, wenn's um die geblühten Umschreibungen von Duftnoten und Aromen geht (wo ein ausschweifender Umgang mit Analogien ja schwer zu vermeiden ist). Bei einem verdienstvollen deutschen Kollegen liest sich der Ausflug ins Dichterische so: «Langsam erhebt sich der Riese aus seinem vulkanischen Erdreich, beginnt sich zu räkeln und schüttelt den Staub eines Jahrhunderts von seinen Schultern. Sein durchdringender Blick ist fest auf die weite Weinwelt gerichtet [...]. Aufsehenerregende, ungemein köstliche mineralische Rieslinge von atemberaubenden Felsen, Steilwänden und Steinklippen in diesem so urzeitlich anmutenden Jurassic Park für Reben helfen uns, bekannte Normen zu überwinden [...]» Manfred Lürer spricht (in «Wein spricht Deutsch») von der nicht nur mir fernen Nahe, dem kleinen Weingebiet am gleichnamigen Nebenfluss des Rheins zwischen Rüdesheim und Martinstein. Vor Zeiten berühmt für seine Rieslinge, geriet es in den Schatten grösserer und renommierterer Anbauggebiete wie Rheinhessen oder Mosel-Saar-Ruwer. Bis Winzer wie Helmut Dönnhoff, Armin Diel oder Werner Schönleber, nun ja: die schlafende Riesin wachküssten. Oder Peter Crusius vom Weingut Dr. Crusius in Traisen, der über eine Reihe herausragender Reblagen an der mittleren Nahe östlich von Bad Kreuznach verfügt. Sie heissen Rotenfels, Bastei, Schlossböckelheimer Felsenberg, Niederhäuser Felsensteier oder Norheimer Kirschheck (deutsche Weinlagen entwickeln ihre eigene Poesie), und bei all seinen Weinen spielt eine Rolle, was als «Mineralität» in aller Munde ist, aber von keinem sinnfällig erklärt werden kann. Dass es Dinge zwischen Himmel und Erde gibt, für die unserer Schulweisheit die Worte fehlen, lehrt uns Crusius' trendig «Top of the Rock» benannter Riesling. Modisch ist der Name, nicht der Wein – ein Klassiker, mit viel Pfirsich, Melone, Zitrus, sehr frisch, «mineralisch», aber ohne penetranten Biss. Zum Glück. Schliesslich wollen wir Wein trinken und nicht Geologie.

Dr. Crusius: Top of the Rock Riesling Nahe 2014.
13%. Riesling & Co, Auswil. Fr. 26.–. www.rieslingco.ch

Kleines Restaurant, grosse Wirkung

Peter Knogls «Cheval Blanc» in Basel gehört seit kurzem zur Weltelite. Das ist nur eine Frage des Geschmacks. Von David Schnapp



Mehr ist da nicht, aber es schmeckt umwerfend: Knogls Kreationen.

Als der Schweizer Restaurantführer «Gault-Millau» Peter Knogl 2014 zum zweiten Mal zum Koch des Jahres bestimmte und ihm die Höchstnote von 19 Punkten gab, waren manche Szenekenner überrascht (ich auch). Und als der «Guide Michelin», die weltweit wichtigste Restaurant-Beurteilungsinstanz, das «Cheval Blanc» in die wenig mehr als hundert Positionen umfassende Liste der 3-Sterne-Lokale aufnahm, waren die meisten Szenekenner schon wieder überrascht. Zu Unrecht allerdings.

Knogl ist ein bodenständiger Niederbayer, dem jedes Starpotenzial fehlt. Weder fühlt er sich besonders wohl, wenn er in eine Kamera blicken soll, noch will er ausgesprochen viele Worte über sein Tun verlieren. Knogl ist auch – bezogen auf seine Gerichte – weder besonders mutig noch ausgesprochen innovativ; manches findet sich auch nach einem Jahr noch oder wieder auf der Karte, und die Teller sehen oft aufreizend unspektakulär aus.

Aber: «Peter Knogl ist eigentlich immer in seiner Küche», sagt mir beim Hinausgehen Reto Kocher, General Manager des Hotels «Les Trois Rois», wo «Le Cheval Blanc» untergebracht ist. Mit acht Köchen arbeitet der 47-Jährige unermüdlich an der Perfektion des harmonischen Geschmacks. Beste Produkte – vom Seeigel bis zur Bergamotte –, ideal zubereitet und mit mediterranen, manchmal asia-

tischen Aromen kombiniert. Das mögen nicht nur die Restaurant-Tester, sondern auch die Gäste: Das Lokal ist mittags und abends ausgebucht. Mehr als 26 bis 28 Leute werden ohnehin nicht empfangen, das «Cheval Blanc» ist klein, seine Wirkung aber ist gross. Manche Gäste, erzählt Direktor Kocher, würden gar kein Zimmer buchen, wenn nicht ein Tisch bei Knogl frei sei.

Zum Mittagessen gibt es zum Beispiel eine Seesunge, einige Tupfen eines frischen, leichten Gurken-Gels und eine umwerfende Chorizo-Sauce, deren feine Paprikaschärfe leicht im Hals kratzt. Sie hebt den saftigen, auf den Punkt gegarten Fisch gewissermassen aufs Podest und erzeugt gleichzeitig eine geschmackliche Spannung. Mehr ist da nicht, aber es schmeckt umwerfend. Und so ist es bei fast jedem Gang. Bei der Taube (perfekt gedämpft, perfekt geschmort), bei dem Langusten-Carpaccio mit Bagna cauda (eine Art Mayonnaise mit Tomaten, Olivenöl und Sardellen) oder beim Welthit Eigelb-Raviolo mit Spinat und weissem Trüffel. Mit solchen Gerichten kann man nichts falsch machen, aber Knogl macht dann auch noch alles richtig.

Restaurant «Le Cheval Blanc» im Hotel «Les Trois Rois», Blumenrain 8, 4001 Basel; Telefon 061 260 50 07. Sonntags und montags geschlossen. Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Bleibende Werte

Eine konservative Einstellung zu manchen Lebensfragen ist gar nicht schlecht. Deshalb: ein Lob auf den Toyota Avensis. *Von David Schnapp*

Ein mir persönlich bekannter, erfolgreicher deutscher Wirtschaftsanwalt (Frau, zwei Kinder, Eigentumswohnung in Berlin Prenzlauer Berg) fährt einen in Silber metallic lackierten Toyota Avensis der dritten Generation. Er hat zwar Freude an aufregenderen – und auch schnelleren – Autos, verhält sich aber dennoch konservativ und bleibt dem Avensis treu.

Der Avensis ist gewissermassen die Mittelklasse-Ikone von Toyota, auch wenn er keine jahrhundertealte Geschichte aufweisen kann.

1997 eingeführt, hat er sich aber über vier Modellgenerationen zum soliden, bleibenden Wert gesteigert. In den Pannenstatistiken schneidet der Avensis gut bis sehr gut ab, und wer beispielsweise in Zürich ein Taxi bestellt, weiss: Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Avensis mit gelber Taxi-Leuchte auf dem Dach vorfährt, liegt bei gefühlten fünfzig Prozent. Das deutsche *Handelsblatt* schrieb, es gebe kaum ein Occasion-Auto, bei dem man sich weniger vor Pannen fürchten müsse als beim Toyota Avensis.

Gebrauchtwagen interessieren mich dennoch naturgemäss wenig, ich steige in den brandneuen Toyota Avensis Kombi mit Dieselmotor und manueller 6-Gang-Schaltung. Seit einiger Zeit sieht der japanische Bestseller nicht mehr so bieder aus wie zu seinen Anfängen in den neunziger Jahren. Von aussen macht er sogar einen ausgesprochen flotten Eindruck, die Designer haben die Möglichkeiten, welche die langgezogene Kombi-Form bietet, gut genutzt. Innen herrscht konservative Sachlichkeit vor, man muss sich nicht lange mit hypermodernen Bedienkonzepten herumschlagen, sondern

weiss nach 45 Sekunden, wo was einzustellen oder zu regeln ist.

Grüne Idylle

Der Avensis möchte nichts anderes darstellen, als er ist: ein solides, praktisches Auto, das technisch durchaus auf der Höhe der Zeit ist (Kopf-, Seiten-, Knie-Airbags und andere Sicherheitssysteme, Verkehrsschilder-Erkennung, modernes Unterhaltungssystem und vieles andere mehr). Er wirkt angenehm unaufgeregt. Zu einem Preis von knapp 42 000 Franken für das Testmodell bekommt man ein gutausgestattetes Auto mit umfassenden Garantieleistungen und einem sehr komfortablen, sparsamen Fahrverhalten: 5,5 bis 6 Liter Treibstoffverbrauch auf 100 Kilometer sind realistisch.

Manche Lebensfrage sehe ich konservativ. Meinen Coiffeur etwa habe ich seit über elf Jahren nicht gewechselt. Es ist ein Familienunternehmen dreier kurdischer Brüder aus dem Irak, die sich mit Fleiss und guter Laune ein gutes Geschäft aufgebaut haben. Ich empfehle deshalb ihren Laden: Coiffeur & Hairstyling K5 im Puls 5, Zürich. An Dingen, die sich bewährt haben, sollte man festhalten. Wie zum Beispiel an einem Toyota Avensis.

Toyota Avensis 2.0 D-4D Swiss Trend
Hubraum: 1995 ccm, Leistung: 143 PS/105 kW
V-Max: 200 km/h
Preis: Fr. 41 000.–, Testauto: Fr. 41 910.–

JEDEN TAG EINZIGARTIG

SWISSVAXTM
HIGH PERFORMANCE CAR CARE
HAND MADE IN SWITZERLAND

SO PFLEGT MAN WERTE

WWW.SWISSVAX.CH - 8117 FÄLLANDEN



«Schreibe gerade mit roter Tinte»: Montblanc-Manager Lambert, 45.

MvH trifft

Jérôme Lambert

Von Mark van Huissing — Schreibt der Franzose bei der Marke Montblanc, die einem Schweizer Konzern gehört, eine Erfolgsgeschichte?

Bevor ich mein Montblanc «Meisterstück» benutze, ziehe ich Tinte auf, weil der Tank ausgetrocknet ist, dann habe ich Tinte auf den Fingern, Flecken auf dem Papier...» – «Verwenden Sie Tinte von Montblanc, die wird in einem speziell designten Gefäß geliefert, damit man nichts verschüttet. Und nehmen Sie ein Löschblatt, so geht es ohne Probleme. Wenn ich es kann, kann es jeder – ich habe zwei linke Hände. Ich finde, Tinte aufzuziehen, ist ein Vergnügen; ich wechsele die Farbe oft, jetzt schreibe ich gerade mit roter Tinte, was nichts mit den Zahlen zu tun hat ... Es macht Spass, wenn man seinen Füllfederhalter gefunden hat und diesen möglichst lange benutzt, auch weil es eine preiswerte Art zu schreiben ist. Und weil sich die Feder der Handschrift anpasst.»

Jérôme Lambert ist der Chef von Montblanc, dem Hamburger Schreibgeräte-, Uhren-, Schmuck- und Lederwarenhersteller. Das Unternehmen, das der 45-jährige Franzose mit

Schweizer Pass seit 2013 leitet, gehört zu Richemont, einem Schweizer Luxusgüterkonzern; zuvor war er Chef von Jaeger-LeCoultre, der Uhrenmanufaktur, die ebenfalls zur Gruppe gehört. Journalisten in der Schweiz bewerten die Performance des Betriebswirtschaftlers aus Besançon wohlmeinend («Der Einstieg zum Aufstieg ist geglückt», *Handelszeitung*, oder: «Lambert verkauft Füllfedern [...] mit Leidenschaft und dem Willen zu Höchstleistungen», *Bilanz*), wogegen ausländische Kommentatoren die herausfordernde Ausgangslage in den Vordergrund rücken («Das Wachstum von Montblanc liegt hinter dem des Konzerns. Verkäufe von Füllfederhaltern sind unter Druck, seit immer mehr Kunden mit Computern kommunizieren», *Wall Street Journal*). Dieses Gespräch – er spricht Deutsch mit Akzent – fand in Bellevue im Kanton Genf statt; Lambert lebt mit seiner Frau und den zwei Kindern im Teenageralter in Hamburg.

«Wie lief die erste Hälfte des Geschäftsjahrs [bis 30. September]?» – «Nicht schlecht, wir sind, wie man im Kanton Waadt, wo ich vorher arbeitete, sagen würde, «*déçu en bien*» [angenehm überrascht]. Es war ein volatiles Jahr bisher, mit Ereignissen wie dem starken Franken, fallenden Aktienmärkten und so weiter. Heute wird von den Unternehmen *agility* [Wendigkeit; er braucht ab und zu auch ein englisches Wort] verlangt.» – «Die Verkäufe der Richemont-Gruppe nehmen zurzeit jährlich um vierzehn Prozent zu, die von Montblanc um sechs Prozent [Quelle: *Wall Street Journal*] . . .» – «Wir machen keine Aussagen bezüglich Umsätzen, ich sage aber: Diese Zahlen stimmen so nicht.» – «Die Verkäufe von Jaeger-LeCoultre stiegen jährlich um durchschnittlich zehn Prozent, als Sie Chef waren.» – «Das habe ich nie ausgerechnet.» – «Gab man Ihnen das schwierige Montblanc-Geschäft, weil Sie bei Jaeger Erfolg hatten?» – «Das würde ich nicht so sagen. Jede Zeit ist anders. Als ich anfang, hatte Jaeger 600 Mitarbeiter, als ich ging, 1800 – ich hoffe also, dass das Wachstum höher war als zehn Prozent pro Jahr, sonst hätte ich zu viele Leute eingestellt. Ab 2009 war ich auch noch Präsident und CEO von A. Lange & Söhne [Uhrenmanufaktur, die ebenfalls zu Richemont gehört], ich hatte also bereits Erfahrung mit der deutschen Kultur, dem Managementstil und so weiter.»

«Sie kennen sich aus mit Uhren. Jetzt sind Sie zusätzlich zuständig für Schreibgeräte, Schmuck und Lederwaren – liegt Ihnen das?» – «Ja, aber es war nötig, mich damit auseinanderzusetzen, um diese Gebiete verstehen zu lernen. Und ich lerne immer noch jeden Tag. Besonders bei den Lederwaren, wo es kürzere Produktzyklen gibt und es mehr um die Marke und Kommunikation geht als um technische Inhalte – das ist eine andere Welt.» – «Trifft der Eindruck zu, dass Montblanc in Richtung *affordable luxury* [bezahlbarer Luxus] geht?» – «Eigentlich nicht, wir haben keine neue Preiskategorie geschaffen, sondern die Produkte unserer Einstiegspreiskategorie neu definiert. Es ist nicht mehr so, dass die Visibilität von Montblanc-Produkten erst ab 20 000 Franken hoch ist oder technisch anspruchsvollste Inhalte erst in dieser Preiskategorie beginnen; wir haben etwa kleine Komplikationen bei den Uhren in tieferen Preissegmenten eingeführt, oder von Marc Newson entworfene Schreibgeräte verkaufen wir in unserer Kernpreis-range [«Meisterstück»-Füllfederhalter kostet zirka 900 Franken].» – «Sie sind Reiter – was haben Sie dabei gelernt, das Sie im Geschäft brauchen können?» – «Dass man mit Gespür mehr erreichen kann als mit Kräfteinsatz oder damit, dem Tier Angst machen zu wollen. Im Management ist es dasselbe.»

Sein liebstes Restaurant: «Ich sage eines in Paris und eines in Hamburg.»: «Jellyfish», Weidenallee 12, Hamburg, Tel. +49 40 410 54 14. «Saturne», 17, rue Notre-Dame-des-Victoires, Paris, Tel. +33 1 42 60 31 90

	1	2	3	4		5		6		7	8	9	10	11
12						13	14		15		16			
17						18				19				
		20				21							22	
23	24							25					26	
				27		28			29					
30		31	32					33						
	34					35	36				37		38	
39					40					41				
42							43		44					
		45							46					
47							48					49		

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Eigenschaft national bekannt

Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Angespitzter Zwergenstock.

7 Erst so kommt der Käse in Bewegung.
12 Flüssige Süßigkeit mit langer Haltbarkeit. 13 Nein, solch menschliches Sein folgt keiner klaren Linie. 16 Entspringt in Tschechien, was als Elbe in die Nordsee fließt. 17 Nicht jeder hat eine Übersicht wie er. 18 Geschmackvolle, teils heilende Winzigkeiten. 20 Was mit 45 waagrecht beginnt, endet mit ihr. 22 Schaut man zurück, landet man mal in jener Zeit. 23 Das Paar macht sich beim Roulette gut. 25 Sie geizt nicht mit Reizen, trotzdem: dem Wohlbefinden zuliebe lieber nicht. 27 Dieser Piz: Spitze des Silvretta-Hauptkamms. 29 Nimmt den Raum zwischen Vogesen und Rhein ein. 30 Er war als Säulenheiliger bekannt, und nach ihm sind sie benannt. 33 Er leuchtet am Himmel und steht für Kraft. 34 Schmusetierchens deutliche Mitteilung. 35 Wie man Jean Dubuffets Art kennt. 37 Die Kante ist ein typisch britisches Konstrukt. 39 Stellvertreter der bedrohten Tierwelt. 41 Damit macht Hobby-Giessen zum Jahresende Kindern Spass. 42 Die Zahlungsfrist, dauert manchmal sehr lange. 43 Wie Gärtchen von Reihenhäusern so sind. 45 Passt kulinarisch bestens zum Vorzimmer. 46 Reihe, dazu Front und Kontur. 47 Ein King, der einen das Fürchten lehrt. 48 Muss ja nicht gleich der von Dracula sein. 49 Solche Ringe verändern bei ihr viele Dinge.

Senkrecht — 1 Forte wird dann lauter. 2 Mirella: Legende der Opernwelt. 3 Den Mond betreffend. 4 Energievolles Kartell mit Sitz in Wien. 5 Zebus getrocknete Haut. 6 Den Steppenfenchel kennen wir als einheimische Art. 8 Das Fegefeuer und der passende katholische Gedenktag. 9 Arabisch, und mit dem griechischen Delta verwandt. 10 Schleifenblumen für Botaniker. 11 Sie sind nichts für asketische Spiesser, sondern etwas für sinnliche Geniesser. 12 Ein Schiff wird kommen, und zwar aus Amerika. 14 Kanada, New Brunswick-Provinz: Nebenfluss des Miramichi River. 15 Kein Dolch, aber im Bedarfsfall auch tödlich. 19 Avantgardist Rolf aus Bern und seine "Erdbilder". 21 Es hat allen zu gefallen, so Adolf Loos. 24 Australisches Tier, mit zwei oder vier Beinen. 26 Die Zimmerpflanze war einst Knopflochblume. 27 Es verkörpert amtliches Beiwerk bei Bauwerken. 28 Schweizer in Russland mögen da an ein Chalet denken. 31 So gehört der Fisch zum Stamm der Weichtiere. 32 Bei Briten hinlänglich bekannte Abnutzung. 33 Eine heilige Schrift, ein Kapitel daraus. 36 Eine aus dem früheren Stammbaum der Violine. 38 Die Stadt und deren Sphinx. 39 Er saust übers Eis, einem Kobold gleich. 40 Hanspeter, der von der Weltwoche. 41 Der Weichkäse mit Schimmel - für Liebhaber himmlisch. 44 CH-Parteien: nicht die GPS, aber in der Richtung.

©Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 443

J	U	D	I	T	H	B	A	N	D	W	U	R	M
E	U	E	I	S	I	G	R	N	U	I			
F	A	H	R	E	N	L	E	B	E	M	A	N	N
F	U	M	E	R	B	I	L	L	I	A	R	D	E
F	C	E	S	I	S	A	S	T	U	R			
U	B	A	H	N	Z	F	U	S	T	I	V		
N	A	B	E	B	A	D	A	S	A	G	R	A	
F	U	R	N	I	E	R	R	A	A	B	A		
A	E	A	K	U	R	Z	G	E	F	A	S	S	T
I	N	T	A	K	T	A	O	U	T	A	S	A	
R	E	Y	E	A	R	R	E	G	N	E	N		
I	N	F	U	L	T	I	E	R	G	L	A		

Waagrecht — 1 JUDITH (Titel eines Schauspiels)

5 (Fuchs-) BANDWURM 11 EISIG 12 NUI (-t: franz. f. Nacht) 13 FAHREN 16 LEBEMANN 19 FUMER (franz. f. rauchen) 20 BILLIARDE 21 CESIS (Stadt) 22 STUR 23 UBAHN 25 FUSTI 26 NABE (-l) 27 BADAS 28 AGRA (ind. Stadt) 30 FURNIER 32 RAAB (Schlag den Raab: TV-Show) 34 AEA (Abk. für ältere Ausgabe) 35 KURZGEFASST 39 INTAKT 40 AOUT (franz. f. August) 41 ASA 42 YEAR (engl. f. Jahr) 43 REGNEN 44 INFUL 45 TIER 46 GLA (-s)

Senkrecht — 1 JEFF (Koons: US-Künstler, Titel

Werk) 2 DUHM (Dieter D., dt. Psychologe, Buchautor) 3 TEEREN 4 HIN 5 BILIS (med./lat. für Galle) AGEL (umgekehrt: lega, it. f. Liga) 7 DREI 8 UNARTIG 9 RUNDU (-m) 10 MINERVA (röm. Göttin) 14 AUFBAUEN 15 RECHEN (schweiz. f. Harke) 17 BLAUSAEURE 18 MASTABA 20 BIZARR 23 UNFAIR 24 ABRATEN 25 FARGO 27 BEUTEL (-ratte) 29 RASSEL 31 IKKYU (Schöpfer der jap. Teezeremonie) 33 AFTER 36 ZART 37 SANG (Präteritum: er sang) 38 TANA

Lösungswort — **WIEDERGEURT**


WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

OYSTER PERPETUAL
GMT-MASTER II IN 18 CT WHITE GOLD



ROLEX



BUCHERER

1888

bucherer.com